Sommer 2013
Nr. 61, 19. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80€

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



Zu diesem Foto: Es zeigt die Biotechfarm im März 2013. Unbekannte hatten wohl Anfang Januar die Bewachungstechnik am ehemals größten Gentechstandort der Republik abgebaut. Vermeintliches Flugblatt der BetreiberInnen dazu auf der Rückseite.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Moin Welt,

Ich könnte beinahe wieder das Editorial vom lezten mal copy-und-pasten. Im Hambacher Forst wird mal wieder eine Waldbesetzung geräumt und ich bin versucht zu sagen: Wie immer, wenn wir das grüne blatt layouten! Sollten wir vielleicht mal einstellen... Ansonsten gibt's auch erfreuliches zu vermelden, nämlich sind wir jetzt tatsächlich die zweite Ausgabe in Folge im Zeitplan. Hat uns nur vorher keiner zugetraut, sodass diverse Artikel wie üblich erst nach Redaktionsschluss ins Layout trudeln. Da muss noch ein bisschen an der Reputation gearbeitet werden. Also liebe Leser- und Schreiber_Innen. Nächstes mal bitte pünktlich! Ihr habts auch viel Zeit, nächster Einsendeschluss ist erst wieder der 1. September. Bitte beachten! Außerdem möchte ich hiermit mal darauf hinweisen, dass es uns beim Layout die Arbeit schon sehr erleichtern würde, wenn die eingesandten Artikel nicht mehr gar so viele Rechtschreib- und Grammatikfehler enthielten.
Während des Layouts hatten wir dann leider noch den Totalverlust mancher Artikel aufgrund eines bedauernswerten Softwarefehlers hinzunehmen. Die ließen sich auf die schnelle nur durch Unterstützung einer Person wieder auftreiben, die als Gegenleistung forderte, Carl Haefner müsse dieses mal an dieser Stelle „anständig mit „C" geschrieben" werden. In diesem Sinne,

Bis dahin: Viel Spaß, frohes Lesen und Schreiben.

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Am Bärental 6
D-04720 Döbeln
Fon: +49 3431/58 94 170
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
KNr.: 110 17 40 600
BLZ: 430 609 67

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 700-seitenhieb (73483644)

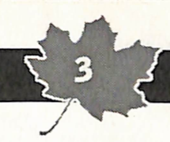
Autor*innen dieser Ausgabe
Kathrin Samstag, Dominik Richl, Scarlett, Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Jörg Bergstedt, Floh, Annika Härtel, Prima, Jes, , Hanna, Karl-Caspar Linde Hyman Roth, Karl-Heinz Farni u.a.

Satz und Layout Dominik Richl, Falk Beyer, Jörg Bergstedt, Scarlett, Karl-Caspar Linde, Pay Numrich, u.a.

Bilder: Seite 17 & 18: Takver, 19 & 21 Leif Hinrichsen, 49, 50 & 51 Alissa Weidenfeld

Auflage: 1500 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen. Die Arbeit der Redaktion wird über ein offenes Wiki im Internet koordiniert: http://gruenes-blatt.de/redaktion/
Zum Schutz vor Spambots und automatischer Indizierung des Redaktionswikis ist dieses passwortgeschützt:redaktion // grbl-passwort
Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.
Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.



Neues vom Dalleverfahren: Prozess gegen Anti – Atomaktivistin vertagt

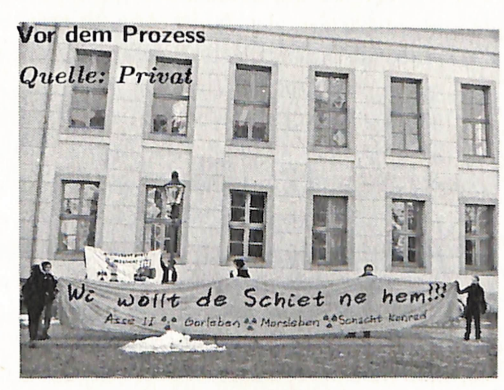
5 Tage nach dem Redaktionsschluss erreichte uns folgende Nachicht:



Solikundgebungstour ein Tag vor dem Prozess in BS. *Quelle: Privat*

BS 26.03.: Über zwei Jahre nachdem der Gorleben-Castor 2010 bei Dalle drei Stunden lang blockiert wurde, sollte nun der dritte Strafprozess gegen eine der angeblichen Blockierer_innen stattfinden. Der Angeklagten, Isabell Jahnke, wird nach der Ankettaktion wie in den bisherigen Prozessen Nötigung und Störung öffentlicher Betriebe vorgeworfen – juristisch fadenscheinige Vorwände für einen weiteren politischen Prozess.

Der Prozesstag endete nach relativ kurzer Zeit und zahlreichen Debatten auf den Gerichtsfluren mit der Aus-



Vor dem Prozess *Quelle: Privat*

setzung des Verfahrens in Verbindung mit der Anordnung der Zwangsvorführung der Angeklagten. Zu diesem drastischen Mittel griff Richter Steinberg, weil die Angeklagte nicht rechtzeitig zum Prozessbeginn im Sitzungssaal anwesend war. Sie befand sich aber bereits rechtzeitig vor dem Gerichtsgebäude und wollte ins Gericht gelangen. Dort waren jedoch sowohl am Eingang als auch vor dem Sitzungssaal Einlasskontrollen aufgebaut, bei denen alle Menschen, die zum Prozess wollten, umfangreich abgetastet und durchsucht wurden. Da diese Prozedur sich in die Länge zog, war es der Angeklagten nicht möglich, rechtzeitig im Saal zu erscheinen. Als der Richter erstmals erwähnte, das Verfahren deswegen aussetzen zu wollen, regte sich aus dem bereits anwesenden Publikum Widerspruch. Der Richter ging auf den Vorschlag ein, dass eine Person nach der Angeklagten sehen sollte. Ihm wurde berichtet, die Angeklagte befände sich nun in der ersten der zwei Kontrollen. Wenige Minuten später stand der Richter persönlich auf, um nochmals nach der Angeklagten zu sehen. Er verließ den Sitzungssaal, lief direkt an der Angeklagten vorbei, die nun in der zweiten der beiden Kontrollen festhing, ignorierte alles um sich herum, betrat den Sitzungssaal wieder und verkündete die Angeklagte sei nicht da. Trotz deutlichem Widerspruch blieb Richter Steinberg bei der haltlosen Behauptung, die Angeklagte würde sich verstecken und setze das Verfahren aus und ordnete die Zwangsvorführung der Angeklagten ohne vorherige Ladung an. Der Anti-Atom-Aktivistin wurde danach auf dem Gang noch vom Richter vorgeworfen, sie habe mit derartigen Kontrollen rechnen müssen und hätte sich als erste anstellen müssen, er hätte dann ohne Publikum mit dem Prozess beginnen können. Offensichtlich interessiert sich Richter Steinberg nicht für die Wahrung der Prozessöffentlichkeit, selbst wenn sie wegen der von ihm angeordneten Kontrollen eingeschränkt ist. Zum Abschluss forderte die Angeklagte noch ein, zumindest Kopien der Durchsuchungsanordnungen zu erhalten, um dagegen Beschwerde einreichen zu können. Nach einigem hin und her und zahlreichen widersprüchlichen Aussagen von Justizsekretärinnen, Verwaltungsbeamten, Justizwachtmeistern und dem Richter selbst wurde ihr dann schlussendlich jedenfalls die Verfügung für eine der beiden angeordneten Kontrollen in Kopie überreicht. Jetzt prüft sie rechtliche Schritte gegen die Geschehnisse des heutigen Tages.

Bereits am Vortag der Verhandlung hatten 20 UnterstützerInnen sich mit der Angeklagten in einer kreativen Aktion solidarisch gezeigt: Verkleidet



Solikundgebungstour ein Tag vor dem Prozess in BS. *Quelle: Privat*

als VertreterInnen von Institutionen wie den Energiekonzernen, der Deutschen Bahn, der Polizei und Justiz schoben sie große Fässer als symbolischen Castortransport durch die Braunschweiger Innenstadt. Zwischenstopps legte die Kundgebungstour beim Amtsgericht, vor einer Polizeiwache, beim BS|Energy-Café und am Hauptbahnhof ein und informierte hunderte PassantInnen mit Transparenten und Flugschriften über den Prozess gegen die Umweltaktivistin.



Solikundgebungstour ein Tag vor dem Prozess in BS. *Quelle: Privat*

Berichte über die Aktion und Vergangene Prozesse sowie neue Termine findest du unter: http://castorblockadedalle.wordpress.com/ und in den grünen blatt, Nr. 56,, 59 und 60.

Modernisiertes Patriarchat

jb Dieser Text basiert auf zwei Annahmen in Bezug auf die Frage von reproduktiven Tätigkeiten und alltäglicher Dienstleistung: Einer zur Verteilung dieser Arbeitsleistung im alten Patriarchat und einer zweiten zur Verschiebung der Zugriffsmethoden in modernen Gesellschaften.

Reproduktives Hinterland: Die Rollenverteilung im Patriarchat

Für die hier folgende Betrachtung soll ein prägendes Kennzeichen des Patriarchats (es ist nicht das einzig Wichtige) benannt werden, dass eine bestimmte Rollenzuweisung und -verteilung bestand und diese jeweils konkreten Personen nach einem nicht zufälligen Muster aufoktroyiert wurden. Die Aufteilung großer Bereiche gesellschaftlicher Tätigkeiten erfolgte nach Geschlecht. Sie war nicht freiwillig, sondern eher eine Art Zuordnung, wobei die in dieses Zuordnungsschema hineingepressten Personen entsprechend zugerichtet und sozial geformt wurden. Solche Aufteilung war notwendig, um Arbeitskraft zu erpressen - im Dienste von Gott, Fürst oder Kapital. Denn jede Form von Herrschaft verbraucht einen großen Teil ihrer Ressourcen zur Absicherung der vorhandenen Privilegien und Hierarchien. Das machte immer erforderlich, menschliche Arbeitskraft zu kanalisieren und in die Projekte der Herrschenden umzuleiten. Hierfür sind im Laufe der Geschichte vielfältige Lösungen entwickelt worden - von der Sklavenhaltung über Frondienste bis zu Steuern oder dem Entzug subsistenter (d.h. sich selbst versorgender) Lebensmöglichkeiten, damit die Menschen zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen sind. Früh, d.h. nicht erst mit Entstehung des Kapitalismus, setzte sich eine geschlechtsspezifische Rollenverteilung durch. Es ist wenig hilfreich, diesen Vorgang verkürzt als Unterwerfung „der" Frauen durch „die" Männer zu denken - auch wenn es aufgrund der Rollenverteilung vor allem Männer waren, die die praktische Durchsetzung auf der formalen Ebene organisierten. Denn wichtiger als solche formalen Aspekte sind bei der Durchsetzung von Rollenmustern diskursive Steuerungen, d.h. die Frage, wie Menschen denken über sich, über andere und über die Strukturen in der Gesellschaft - und wer dieses Denken steuert bzw. beeinflusst. In den gesellschaftlich als anerkannt geltenden Werten, in Normen, Kategorien und Begriffen, selbst in Mimik und Gestik verstecken sich Denkmuster, die nicht isoliert voneinander entstehen, sondern zentralen Diskursen folgen - also dem, was so allgemein gedacht wird, „mainstream" ist. Sie werden nicht allein von einzelnen Gruppen hergestellt, während andere nur Opfer der Diskurse sind. Vielmehr sind (fast) alle gleichzeitig TäterInnen und Opfer. Das gilt auch für die patriarchalen Rollenzuweisungen: Erwartungshaltungen an die Geschlechter, Behauptungen geschlechtsspezifischer Eigenschaften und daraus folgender gesellschaftlicher Einhegungsnotwendigkeit. All das passiert in allen Köpfen, d.h. Männer und Frauen sind beide TäterInnen in einem Spiel, das den von ihnen abstrahierten Logiken folgt und beide in Unfreiheit, nämlich in vorgegebene Rollen presst. Daran ändert nichts, dass diese Verteilung so erfolgt, dass in den Binnenhierarchien des traditionellen Patriarchats Männer regelmäßig über Frauen stehen (Hierarchien, Lohnhöhen, Eigentumsverteilung usw.), über sie bestimmen und Frauen dem Mann zugerechnet werden (Namensrecht, Familienstand usw.). Solche Unterschiede dürfte durch den Blick auf den Gesamtdiskurs nicht übersehen werden - die Zerschlagung der Binnenhierarchien in der Gesellschaft ist noch lange nicht erledigt. Aber es wäre falsch, die ursächliche Schuld in den Individuen zu suchen - auch wenn unbestritten ist, dass diese (fast) immer ihren Teil beitragen und daher auch einzeln gefordert sind, mit den Traditionen zu brechen, ohne neue Unterdrückungsverhältnisse zu schaffen.

Genau hier entsteht mit der Modernisierung der Gesellschaft das neue Problem. Der Kampf gegen das traditionelle Patriarchat ist nicht beendet, hat aber (glücklicherweise) bereits die eine oder andere Wirkung gezeigt. Dummerweise hat er mit dieser (Teil-)Emanzipation von einer Fessel der Menschheit mitgeholfen, neueren Unterdrückungsverhältnissen den Weg zu ebnen. Das geschah nicht bewusst und auch nicht nur an dieser Stelle, ist aber doch ein Blindfleck in diesem Befreiungskampf (wie auch in anderen Befreiungskämpfen). Die großen, als amorphe, kollektive Identitäten organisierten GegnerInnen (Kapital, Markt, Staat, Religionen usw.) haben eine bemerkenswerte „Intelligenz" gezeigt, die bedrohlichen Protestwellen, Verweigerungs- und Alternativbestrebungen durch Verschiebungen in den Ausbeutungsverhältnissen nicht nur abzufedern, sondern selbst zum Steigbügelhalter moderner Hierarchien, Diskurse usw. zu machen.

Modernisierte Reproduktion: Gekaufte Körper

Während also alte Rollenmuster langsam (z.T. unerträglich langsam) zerfallen oder niedergekämpft werden, organisiert sich Herrschaft neu. Dominant ist dabei zur Zeit die grenzenlose Verwertungs- und Profitlogik, die aus allem das zu machen trachtet, was der Generierung von Kapital und Profit am besten dient. Das führte und führt zu einer immer weiter voranschreitenden, ökonomischen Durchdringung (fast) aller Lebensbereiche und bewirkt damit eine Modernisierung, bei der traditionelle Rollen und Aufgabenbereiche neu verteilt werden. Neu heißt nicht: gerechter oder weniger herrschaftsförmig. Sondern heißt zunächst nur: Anders, nach neuen Kriterien verteilt. Diese ökonomische Durchdringung wird befeuert von dem ständigen, einem Zwang ähnelnden Antrieb zur Inwertsetzung aller Teile der Gesellschaft - der Produkte menschlicher Arbeit, der Ideen und des Lebens selbst. Sie bricht einerseits global über die Gesellschaft herein, dringt andererseits aber auch an jedem Ort in die Ritzen des Lebens, bedroht jede Privatheit und gewinnt fortwährend neues Terrain aus den bislang noch nicht verwerteten Bereichen des Lebens. So entsteht eine Totalität - der Fetisch, alles und jedeN zu verwerten, wirkt immer und überall. Ob angesichts solch prägender Mechanismen die alten Muster - also z.B. die Verteilung nach Geschlechtszugehörigkeit bzw. -zuweisung - gänzlich verschwinden oder nur ergänzt, verformt bzw. vermischt werden mit neueren Wirkgrößen, lässt sich nicht vorhersagen. Daher soll hier nur dargestellt werden, welche neuen Muster heute prägen und welche Wirkungen das nach sich zieht.

Die globale Ausdehnung aller Wirtschaftsbeziehungen macht den permanenten Zugriff auf (theoretisch) alle Rohstoffe, alle Lebewesen, alle Flächen, alles Wissen, alle Infrastruktur und alle Arbeits-/Denkkraft der Menschen möglich. Der Prozess, sich diese Zugriffe zu sichern, ist sehr komplex und ungeheuer gewaltförmig. Von Kriegen (moderner Imperialismus) über die Abtrennung der Menschen von ihren Lebensgrundlagen (Vertreibung vom Land, Umverteilung von unten nach oben, Gesetze, Zäune und mehr) bis zur Inwertsetzung von allem und jedem greifen übermächtige Mechanismen in die gesellschaftlichen Subräume und sortieren Zugriffsrechte und Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig überziehen Bildungsprogramme, Medienschlagzeilen, Wahrheitsregimes in Büchern und Internetportalen, inszenierte Gemeinwillensverkün-

Bücher zu Sexismus und Patriarchat

Roswitha Burgard
Frauenfalle Psychiatrie
(2002, Orlanda Frauenverlag in Berlin, 224 S.)
Das Buch hält mehr als der Titel verspricht. Hier findet sich eine ganze Abhandlung über Rollen, Zurichtungen und Erwartungshaltungen, mit denen Frauen konfrontiert werden. Psychiatrisierung ist dann die Reaktion auf Abweichung, wodurch nicht ausgeblendet werden darf, dass bereits der „Norm"alfall eine gewaltförmige Unterwerfung unter gesellschaftliche Muster bedeutet. Ein zentraler Teil des Buches beschreibt konkrete Lebenswege von Frauen aus sexueller Gewalt oder erzwungener Rollenzuweisung in psychiatrische Diagnosen. Nur sehr kurz werden antipsychiatrische Positionen angerissen, entsprechende Adressen und Hilfsmittel fehlen ganz, wodurch eine Lücke entsteht.

Scheidungsratgeber von Frauen für Frauen
(2010, Orlanda Frauenverlag in Berlin, 168 S.)
Eine lange Liste von Rechtsanwältinnen hat dieses Buch zusammen verfasst und dabei vor allem formale Ratschläge notiert: Anrecht auf Unterhalt, Zugang zu Sozialhilfe oder Ähnlichem, Formulierungshilfen für Anträge und Tipps für die praktischen Abläufe. Wichtige Fragen wie dem Schutz vor Übergriffen werden nur am Rande und in Bezug auf den rechtlichen Rahmen erwähnt. Etwas seltsam wirken Abschnitte, die als normal annehmen, dass Frauen neue Hetero-Beziehungen eingehen und dort wieder die gleichen, weiblichen Rollen spielen.

Pinar Selek
Zum Mann gehätschelt, zum Mann gedrillt
(2010, Orlanda Frauenverlag in Berlin, 237 S., 18 €)
Ein intensiver Einblick in den Werdegang junger Männer am Beispiel der Türkei. Ein verbindender Text steht zwischen Interviewsequenzen mit mehreren Männern, die in ihrer Erziehung und dann, schwerpunktmäßig dargestellt, im Militärdienst auf bestimmte Verhaltensweisen gedrillt werden.

Silvia Federici
Aufstand aus der Küche
(2012, edition assemblage in Münster, 127 S.)
Das Buch soll eine neue Buchreihe unter dem Titel „Kitchen Politics" eröffnen. Es enthält drei Aufsätze voller feministischer Kritik, erstmals übersetzt ins Deutsche. Die Texte sind unterschiedlich alt, z.T. mehrere Jahrzehnte. Die aufgezeigten Gedanken wirken nicht neu. Angesichts etliche Rückfälle in längst überwunden geglaubte Zeitalter mag eine solche Selbstvergewisserung antipatriachaler Positionen aber nützlich und nötig sein.

Berghahn, Sabine/Wersig, Maria (Hrsg.)
Gesicherte Existenz?
(2013, Nomos in Baden-Baden, 373 S., 89 €)
Der Band mit mehreren Kapiteln verschiedener Autorinnen beleuchtet die ökonomische Seite patriarchal organisierter Beziehungen, d.h. vor allem - aber nicht nur - der Ehe. Dabei zeigen sich etliche strukturelle Benachteiligungen von Frauen, weil die privaten und gesellschaftlichen Verhältnisse weiterhin stark am männlichen Ernährermodell orientiert sind. Frauen verdienen nur dazu (also weniger), haben keinen gleichen Zugriff auf gemeinsame Ressourcen oder entspringen aufgelösten Beziehungen weniger abgesichert. Die Autorinnen wagen auch Verbesserungsvorschläge, kommen aber angesichts der Vielschichtigkeit von Unterschieden zu der Auffassung, dass statt tausend Kämpfen im Detail eine grundlegende Lösung sinnvoller wäre: Das Grundeinkommen - ohne Wenn und Aber gleichberechtigt ausgezahlt.

Bücher zu Ökonomie

Ernst Lohoff/Norbert Trenkle
Die große Entwertung
(2012, Unrast in Münster, 303 S.)
Von rechts bis links, also scheinbar quer durch alle politischen Spektren, werden die wirtschaftlichen Krisen der letzten Jahre zum ökonomischen Überlebenskampf hochstilisiert. Ihr Ausgangspunkt soll in Problemen und Fehlern der Finanzmarktjongleure liegen - weshalb einige diesen sanieren wollen, während andere ihn zu Zielscheibe der Kritik machen. Dem System Kapitalismus und seinen zentralen Antriebskräften kann das - könnten sie „denken" - freuen. Denn es lenkt ab und vor allem Milliarden bis Billionen Euros, Dollars & Co. um. Nur ganz Wenige weisen darauf hin, dass die Antriebsfedern der ewigen Profitgier und damit auch die Auslöser der Krisen an anderen Orten liegen. Dazu gehört seit Jahren die Gruppe „krisis". Aus deren Kreis stammen die beiden Autoren, die in ihrem Buch darlegen, dass die ständige Suche nach neuen Profitquellen fast zwangsläufig immer neue Spekulationsfelder schaffen und damit die Finanzmärkte zur Explosion bringen musste. Die Ursachen liegen daher tiefer als im Verhalten von Zockern und Versagen der Aufsicht.



Philipp Löpfe/Werner Vontobel
Reiche Multis - arme Bürger
(2012, Orell Füssli in Zürich, 207 S., 19,95 €)
Zahlen reihen sich in dem Buch aneinander und veranschaulichen, wie sich in den letzten Jahrzehnten Reichtümer immer ungleicher verteilt haben, während Krisen und Katastrophen vor allem die Armen trafen. Doch wie so oft folgt aus diesem - lesenswerten - Überblick die naive Folgerung, es müsse einen besseren Kapitalismus geben. Dort hätten Arbeitnehmer und Unternehmer beide nur Vorteile: „Alle leben in der besten aller Welten" (S. 133). „Diese Welt hat es tatsächlich gegeben", phantasieren die Autoren ein goldenes Zeitalter von ca. 1950 bis in die 1970er Jahre herbei, also Jahren voller Kriege, Kolonialismus, faschistischen Regimes usw. Bei soviel Naivität ist schon überraschend, dass unter den wenigen Vorschlägen am Ende des Buches mit einer starken Arbeitszeitverkürzung wenigstens überhaupt etwas Zählbares benannt wird.

dungen und andere Mittel der Diskurssteuerung die gesellschaftlichen Debatten. Sie formen Wahrnehmung und Werten. Auch wenn all dieses angesichts konkurrierender Interessen und komplizierter Elitenverhältnisse nicht vollständig einheitlich ausgerichtet ist, sind doch einige Richtung als dominant erkennbar:

- Die Menschen sollen ihr Lebens nicht direkt, z.B. auch eigener Schaffenskraft mit eigenen Produktionsmitteln, sondern vermittelt über ein Lohnarbeitsverhältnis und die Nutzung von Geld zum Einkauf der nötigen Versorgung.
- Alle Ressourcen sollen zu diesem Zwecke permanent verfügbar sein.
- Die Steuerung der Prozesse ist nicht gleichberechtigt, sondern in der Hand derer, die über die entsprechenden Privilegien verfügen.
- Abweichungen werden durch diskursive Manipulation oder repressiven Druck verhindert oder eingegrenzt.

Subjektiv funktional: Mitschwimmen und Nutzen der Angebote

Für die in dieses System ungefragt eingebundenen Menschen ergibt sich angesichts der Dominanz der so gestalteten Ordnung bei gleichzeitig nur noch schwer zugänglichen Alternativen ein deutlicher Druck, sich systemkonform zu verhalten, d.h. eigene Vorhaben so umzusetzen, wie sie der Gesamtlogik entsprechen. In Kapitalismus & Co. mitzuspielen, erscheint funktional - alles andere abwegig oder zumindest wenig erfolgversprechend. Das Gesamtsystem stellt ein Angebotsmuster bereit, innerhalb dessen die Menschen ihre (scheinbar) eigenen Wünsche (scheinbar) optimal umsetzen können - z.B. durch den Besitz von Gütern oder Geld, durch das Ausnutzen formaler Wege bei der Umsetzung von Ideen, durch die Orientierung von Lebenspraxis an den formal oder diskursiv vorgegebenen Normen.

Nicht effizient, aber: Die Masse macht's

Das Bild der „Intelligenz" von Staaten oder dem Kapitalismus als aktuelle Gesamtheit vieler Teil der großen Maschine ewiger Verwertung und Profitjagd ist übertragen. Natürlich gibt es nicht wirklich eine Intelligenz von Staaten oder Märkten. Das Bild, hier würde eine übernatürliche Persönlichkeit handeln, stellt nur den Versuch dar, Phänomene mit Begriffen und Denkfiguren aus der menschlichen Erfahrung zu beschreiben. Das ist mit den Denkprothesen der Marke „Gott", Himmel und Hölle usw. nicht anders gewesen. Im Fall von Staat, Markt usw. sind es sehr große, gewaltförmige und -tätige „Figuren", die wirken. Sie sind nicht selbst intelligent oder überhaupt irgend etwas, sondern



Adelheid Wedel
Armut hier und heute
(2. Auflage 2012, Militzke in Leipzig, 208 S., 19,99 €)
„Ein Deutschlandreport" steht selbstbewusst im Untertitel. Das ist etwas übertrieben, denn zum einen geht es „nur" um die Frage materieller Bedingungen, zum anderen bilden fünf Interviews mit Betroffenen den Kern des Buches. Diese stammen aus verschiedenen Schichten, sind aber in der auseinander klaffenden Schere zwischen Arm und Reich aus der materiell sicheren Lage herausgefallen. Umrahmt werden diese Einblicke in die Verhältnisse außerhalb der Konsumzonen und medialen Überflutungen von einigen grundlegenden Texten, deren AutorInnen z.T. zu den gesellschaftlichen Eliten, aber eher nicht zu Armen gehören.

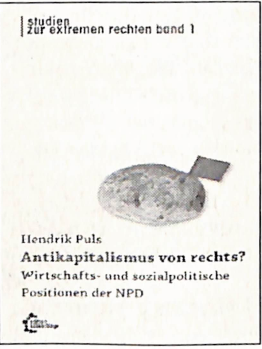
Grundeinkommen: Umstritten quer durch alle politischen Lager
Während die Einkommensschere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, streiten sich ernannte, selbsternannte und vielleicht auch echte ExpertInnen um die richtige Medizin. In der Regel stammen sie aus den Schichten, die es nicht betrifft. Eines der Rezepte ist das Grundeinkommen - und es zeigt eine seltsame Streuung der Meinungen: In allen politischen Lagern gibt es BefürworterInnen und GegnerInnen. Dieses zerrisssene Bild zeigt auch der Buchmarkt: Zwei Bücher aus eher staatsinterventionistischen Kreisen (Nähe Attac, Linke, Neokeynesianismus), die unterschiedlicher kaum sein könnten.

Werner Rätz/Hardy Krampertz
Bedingungsloses Grundeinkommen - woher, wozu, wohin?
(2011, AG SPAK Bücher in Neu-Ulm, 105 S., 15 €)
Ein Buch zum Einstieg ins Thema und als übersichtliche Zusammenfassung, denn die einzelnen Themen und Fragestellungen sind in kurze Kapitel mit vielen Übersichten, Tabellen und Schaubildern verpackt. So entsteht kein Kompendium, sondern ein gutes Nachschlagewerk für Argumente zu den wichtigsten Fragen. Die Schaubilder stammen aus einer Ausstellung und wären auch zur öffentlichen Präsentation geeignet - leider findet sich aber kein das erlaubender Copyleft-Hinweis.

Heiner Flassbeck u.a.
Irrweg Grundeinkommen
(2012, Westend in Frankfurt, 224 S., 16,99 €)
Das Buch ist ein überraschend eindeutiges Lobeslied auf den freien Markt unter staatlicher Kontrolle. Wenn der Staat alles richtig macht, würde es für alle am besten sein. Ein Grundeinkommen wäre dann nicht mehr nötig - und folglich schon die Idee schädlich auf dem Weg zum guten Kapitalismus. Klare Absagen erteilen die AutorInnen jeder Idee, den Wachstumswahn zu drosseln oder revolutionärere Veränderungen anzustreben. Hier feiert der Glaube an die Wunderwaffe Markt ihre Wiederauferstehung - etwas verwunderlich angesichts dessen, dass Flassbeck der Chefökonom von Oskar Lafontaine war.

Andreas Exner,
Brigitte Kratzwald
Solidarische Ökonomie & Commons
(2012, Mandelbaum in Wien, 138 S., 10 €)
Schon kurz nach dem Erscheinen avancierte das kleine Büchlein zu einem Standardwerk in der Commonsdebatte. Diesen Ruf hat es zu Recht. Denn statt langatmiger Ausführungen führt es in übersichtlichen Kapiteln zunächst in den gesellschaftlichen Rahmen und die hinter der Commonsidee stehenden Überlegungen ein. Sodann folgt eine Art Geschichte der Commons als umkämpftes Feld. Schließlich folgt der Abschluss: Ein Kapitel über praktizierte Formen der Commons (Netzwerke, Kooperativen oder die Lage in ganzen Ländern) und eines zu den weiteren Perspektiven.

Hendrik Puls
Antikapitalismus von rechts?
(2012, edition assemblage in Münster, 142 S., 16,80 €)
Es geht um „wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD", wie der Untertitel ankündigt. Untersucht werden Programm und Aussagen, die Zeitung „Deutsche Stimme" und die benannten Vorschläge der NPD für eine andere Gesellschaftsordnung. Text und Zitate wechseln einander auf den eng beschriebenen Seiten. Bedauerlich ist die Beschränkung auf die NPD, denn deren Ideologiebildung ist kein abgrenzbarer Raum. Einzige Ausnahme ist ein kurzer Blick auf frühere Zeiten, dort dann aber vor allem auf mehrere Jahrzehnte zurückliegende Vorläuferdebatten. Ein Literaturverzeichnis und einige Personenbeschreibungen runden das Werk ab.



sie saugen ihre Fähigkeiten aus den Köpfen und Leibern derer, die sie in ihre Maschine integrieren und anzapfen. Das verläuft nicht besonders effizient, weil das Ziel nicht die Kooperation der Unterschiedlichen und Eigenartigen ist, als welche die Menschen ohne hierarchische und diskursive Steuerung zusammenkommen würde. Sondern die Denk- und Arbeitskraft der Menschen soll für bestimmte Zwecke und für den Nutzen nur Weniger eingefangen werden. Der dafür nötige Aufwand an Beeinflussung, Steuerung und Kontrolle ist immens. Doch die Masse macht's. Den großen, abstrakten Kollektivitäten gelingt es, derartige Massen von Menschen mit viel Zeitaufwand einzubringen, dass insgesamt diee erhebliche Wirkung entsteht.



Was heißt das für das Ziel „Selbstorganisierung"?

Viele politisch aktive und auch etliche andere Menschen träumen von Alternativen zum üblichen Leben - manche nur für kurze Phasen im Leben, andere länger oder erst spät. Die Dominanz der Angebotsmuster in der Gesellschaft schafft nun eine absurde Situation: Auch für die Verwirklichung scheinbar alternativer Ideen scheint die Nutzung der „normalen" Möglichkeiten erfolgversprechend. Das Ergebnis ist verheerend:

- Alternative Wohnprojekte, die über Bankkredite finanziert, von selbstgeschaffenen Vereinen verwaltet werden - oder wo Projekte sogar eigene, bankähnliche Strukturen aufbauen usw.
- Politische Oppositionsgruppen, die sich hierarchisch organisierten, kollektive Identitäten und Zugangsbeschränkungen schaffen, Parlamente oder verregelte Demonstrationen als Handlungsrahmen wählen.
- Orientierung der eigenen Strategien an dem (scheinbar) Funktionalen - von Eigentumsbildung bis zur Hörigkeit gegenüber ExpertInnen, ob nun vor Gericht oder bei fachlichen Fragen.
- Nutzung der weltweit organisierten Stoff- und Wissensströme für eigene Zwecke durch Nutzung des Tauschmittels Geld zum Einkauf erzwungener Arbeitsleistung und Ressourcen im internationalen, anonymen Markt.
- In der Gesamtheit verschwindet auch - zumindest vorübergehend - die Fähigkeit, selbstbestimmt zu agieren, d.h. es entsteht eine Kultur des Lebens, in dem die Fremdsteuerung durch Angebote des Systems die eigene Entscheidung weitgehend verdrängt.

Diese und viele weitere Verflechtungen des eigenen Lebens und eigener Organisierungen zu analysieren, zu demaskieren und durch freie Kooperationen zu ersetzen, wäre das Ziel der Selbstorganisierung. Sie bedeutet also einen grundsätzlichen kulturellen Bruch. Eine - eher modische - Hinwendung zu symbolhaften Positivbezügen auf Selbstorganisierung, Selbstbestimmung oder gar die Allgemeinfloskel „Anarchie" hilft da wenig bis nichts. Denn alles, auch das Label „Anarchie", ist nicht gegen die Instrumentalisierung des übermächtigen Systems gefeit. Im Gegenteil - viele solche sich als oppositionell inszenierenden Nischen sind schon lange kaum noch etwas anderes als Verkaufsmessen für Buttons, Bücher, Mitgliedschaften sowie Schlachtfelder um Hegemonien in gesellschaftlichen Subräumen. Die Welt da draußen zeigt das jeden Tag deutlich.

Gentechnikseilschaften „bestellen“ Polizeieinsätze gegen KritikerInnen

jb Juli 2011: Schwarzes Wochenende für die deutsche Gentechnikmafia: Ihr wichtigster Versuchsstandort am AgroBioTechnikum (Groß Lüsewitz und Sagerheide östlich von Rostock) und ihr Propagandagarten (Schaugarten Üplingen in der Börde) wurden von Unbekannten weitgehend zerstört. Der Sachschaden ging in die Hunderttausende, denn hinter den Feldern steckten etliche Konzern- und Steuergelder - ergaunert durch Anträge voller Lügen und Fälschungen. Mit den Attacken gerieten die Seilschaften der Gentechnik erneut in den Fokus, hatten sie doch bei beiden betroffenen Standorten ihre Finger im Spiel. Noch mehr erregte die Strategie der Überfälle die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Strafverfolgungsbehörden. Was folgte, war hollywoodreif. Inzwischen liegen die Ermittlungsakten vor und zeigen ein beeindruckendes Bild, was staatliche Repression im Dienste der Industrie so alles macht.

Die Akte 230 Js 26473/11

Im Februar 2013 erhielten zwei Personen die Mitteilung, dass sie Ziel umfangreicher Überwachungsmaßnahmen durch das Landeskriminalamt in Magdeburg wurden. Betroffen war auch ihr Umfeld - einschließlich fünf AnwältInnen, 9 JournalistInnen und einer Landtagsabgeordneten. Belastendes Material entstand dabei nicht, aber nun hatten die Betroffenen Anrecht auf Akteneinsicht. Und diese Akte der Staatsanwaltschaft Magdeburg mit dem Aktenzeichen 230 Js 26473/11 hatte es in sich. Sie zeigte den Verlauf eines verzweifelten Versuchs, die seltsam perfekt und spurenlos ablaufenden Feldbefreiungsaktionen in Deutschland endlich aufzuklären - und zweitens den absurden Gehorsam sachsen-anhaltinischer Verfolgungsbehörden gegenüber den Lobbyinteressen der Gentechnikindustrie.

Die ganze Story kann im Internet nachgelesen werden unter http://de.indymedia.org/2013/03/342340.shtml.

Bl. 1-20: Erste Vernehmungen - keine Verdächtigen

Der erste zusammenfassende Text steht schon auf Blatt 2 in der Strafanzeige: „Ca. 9-10 dunkelgekleidete maskierte Personen handelten vor Ort. Ca. 4 Personen überfielen den am Wachhaus aufhältigen Wachmann. Dieser wurde mit Pfefferspray bedroht und gezwungen in die Knie zu gehen. Aus dem Wachhaus entwendeten die Täter dann SIM-Karten und Akkus der Handys, sowie Dienstbuch und Dienstanweisung. 4-5 weitere Täter fingen den zweiten Wachmann, welcher vom Turm i.R. Wachhaus unterwegs war, ab. Sie zwangen ihn unter Vorhalt von baseballartigen Gegenständen in die Knie zu gehen. Hierauf entwendeten sie dessen Funkgerät und Taschenlampe. Diese Gruppierung entfernte sich fußläufig zur Straße. Abgangsrichtung unbekannt. Motorengeräusche waren nicht wahrnehmbar. Die erste Gruppierung könnte im Bereich des Feldes aufhältig sein. Inwieweit es zu Schäden am Feld kam ist bislang nicht bekannt. Mindestens 2 der Täter verfügten über Ortskenntnis im Bereich des Feldes. Die Wachmänner wurden nicht verletzt." Für den Reigen der möglichen Straftaten wurde ein Extrablatt genutzt: „Besonders schwerer Landfriedensbruch" (später geändert in: „Räuberische Erpressung"), Nötigung, Bedrohung, Sachbeschädigung und schwerer Hausfriedensbruch. Die ersten Vernehmungen liefen noch in der Nacht - zwei Wachleute schilderten die Abläufe aus ihrer Sicht und belegten die Präzision des Überfalls. Nirgendwo tauchen Namen möglicher TäterInnen auf. Auch die am 12.7.2011 vorgenommene „Funkzellenauswertung führte zu keinen Ergebnissen bzw. Kreuztreffern."

Bl. 20-23: Lobbyisten schlagen Verdächtige vor - Polizei im Dienst der Konzerne

Am 14.7.2011 trudelte ein Brief von Horst Rehberger ein und wurde als Blatt 20 direkt nach den beiden ersten Vernehmungen eingeheftet. Rehberger ist kein Unbekannter - und schon gar nicht ein Unbeteiligter. Er gehört der FDP an und war - als klassischer Besserwessi eigentlich aus Saarbrücken stammend - mehrere Jahre Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt. Dort peppelte er mit viel Geld die Agrogentechnikindustrie auf, förderte Lobbyverbände und berichtet in seiner Autobiographie „Unterwegs" stolz über seine tollen Leistungen für diese profitorientierte Technik. Offenbar liegt ihm sein „Baby" noch sehr am Herzen, denn seit Jahren kämpft er - nun wieder von Saarbrücken aus - für die Agrogentechnik gerade in Sachsen-Anhalt. Unter anderem ist er Beiratsvorsitzender des Lobbyverbandes InnoPlanta (Sitz in Gatersleben) und agitiert als Rechtsanwalt gegen die FeldbefreierInnen von Gatersleben (Aktion am 21.4.2008).

Nun übernahm Rehberger die Interessenvertretung der schaugarten-betreibenden BioTechFarm GmbH (Kerstin Schmidt) und schlug dem Landeskriminalamt einen Verdächtigen vor: „Namens und im Auftrag meiner Mandantin stelle ich hiermit Strafantrag gegen Unbekannt wegen Sachbeschädigung (§ 303 StGB) und Hausfriedensbruchs (§ 123 StGB). Außerdem weise ich daraufhin, dass Jörg Bergstedt, Ludwigstraße 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, dringend verdächtig ist an Vorbereitung und Durchführung der Straftaten, auch gegen das Wachpersonal des Schaugartens (Freiheitsberaubung, räuberische Erpressung u.a), maßgeblich beteiligt gewesen zu sein." Da wusste er mehr als die Polizei. Worauf seine Annahmen beruhten, schrieb er auch (Auszüge):

- „Seit Jahren spielt Bergstedt, der als seinen Beruf „Revolutionär" angibt und zurzeit als „Rechtsbeistand" im Berufungsverfahren beim Landgericht Magdeburg den ... verteidigt, in der Feldbesetzer- und -zerstörer-Szene der Bundesrepublik eine führende Rolle. Er ist wiederholt einschlägig vorbestraft und musste 2010/2011 in diesem Zusammenhang eine mehrmonatige Freiheitsstrafe verbüßen."
- „Seit der 2008 erfolgten Eröffnung des Üplinger Schaugartens, der europaweit größten Präsentation konventionell gezüchteter sowie - zum Vergleich - gentechnisch verbesserter Pflanzensorten ist Bergstedt bei Protestaktionen von Gentechnik-Gegnern immer wieder in Üplingen in Erscheinung getreten."
- „Da seine bisherigen Aktionen gegen den Schaugarten und den InnoPlanta e.V. nicht die von ihm wohl erhoffen Resultate gebracht hatten, hat Bergstedt im Jahr 2011 seine fanatische, mit üblen Beleidigungen, Unterstellungen und Verleumdungen Andersdenkender gespickte Kampagne gegen den Schaugarten Üplingen und den InnoPlanta e.V. massiv verschärft."

Zudem führte Rehberger an, dass der Verdächtige in der Zeit vor der Attacke einige Male in Üplingen gesehen wurde, nämlich am 26.4. (also zweieinhalb Monate vorher) mit Kamera (die Fotos erschienen gleich danach auch im Internet auf der passenden Seite mit Datumsangabe), am 7.6. (also über einen Monat vorher) auf einer Treckerdemo „Wir haben es satt!") und am 19.6. (also knapp einen Monat vorher), allerdings da nur „wahrscheinlich".

Das reichte: „Zusammenfassend lässt sich feststellen: Wer, wie Bergstedt, das InnoPlanta-Forum 2011 „stoppen" will und „den Seilschaften ihre Gentechnik-Suppe versalzen" möchte (Anlage 2 Seite 2), dem bleibt wohl nichts anderes übrig, als den Schaugarten soweit wie möglich zu zerstören. Alles spricht

deshalb dafür, dass Bergstedt bei der Vorbereitung und Durchführung der Feldzerstörung im Schaugarten am 10./11.07.2011 eine maßgebliche Rolle gespielt hat. In seiner Wohnung dürften sich unter diesen Umständen Unterlagen finden lassen, die seine Täterschaft bestätigen und möglicherweise auch zu den Mittätern Bergstedts führen."

Um keine Zweifel aufkommen zu lassen, schickte Rehberger am gleichen Tag eine Bestärkung hinterher. „Der dringende Verdacht dass Jörg Bergstedt bei der Feldzerstörung vom 10./11.07.2011 in Üplingen eine zentrale Rolle gespielt hat, wird durch den beigefügten Bericht der taz vom 15.07.2011 (Seite 19) 'Die klandestinen Feldbefreier' zur Gewissheit." Die taz hatte nichts anderes vermeldet als dass in der Projektwerkstatt in Saasen ein anonymes Schreiben mit dem Wachbücher und Unterlagen aus der überfallenen BioTechFarm eingegangen sei. Ein klarer Fall von falscher Verdächtigung - damit wäre eigentlich der Denunziant selbst Straftäter!

Rehberger ist führender Repräsentant in Lobbyverbänden der Agrogentechnik in Deutschland, so unter anderem bei InnoPlanta. Dieser Verband hat sich am Aufbau des Schaugartens Üplingen beteiligt. Über beides, InnoPlanta selbst und der Schaugarten, zeigt Jörg Bergstedt in seinem Buch „Monsanto auf Deutsch" und im gleichnamigen Vortrag einen tiefen Blick hinter die Kulissen. Das hat die dort kritisierten Seilschaften offenbar schwer genervt, weswegen sie seit Sommer 2009 versuchen, Bücher und Vortragsinhalte verbieten zu lassen. Kläger sind Kerstin Schmidt vom Schaugarten und der damalige InnoPlanta-Vorsitzende Uwe Schrader (ebenfalls FDP). Vertreten werden sie durch das Anwaltsbüro von - na? - genau: von Horst Rehberger in Saarbrücken. Deshalb läuft der Prozess auch dort vor den Gerichten. Der Versuch, gerade den unbequemen Enthüllungsautor Bergstedt mundtot zu machen, ist also nicht neu und Horst Rehberger darin geübt.

Rehberger blieb im Laufe der Zeit nicht allein. Rechtsanwalt Stiebler mischte sich für Monsanto ein und auch die Uni Rostock meldete sich mit einer Strafanzeige - und (wie die anderen auch) begehrte Akteneinsicht, erfolgreich. Die Polizei lieferte den GentechnikbetreiberInnen und -lobbyistInnen anstandslos Material über ihre GegnerInnen.

Bl. 24.26: Rent a Polizeiüberwachung – Bitte erhört ...

Als nächstes folgt ein erstes Zwischenergebnis des Landeskriminalamtes. Und tatsächlich: Wunschgemäß wird der Gentechnikkritiker Bergstedt zum Verdächtigen. Die brachten nun auch noch ihre eigene Phantasie in Schwung und konstruierten einen zusätzlichen „Beweis", den selbst Horst Rehberger noch nicht entdeckt hatte: „Am 15.07.2011, um 18.05 Uhr teilte Herr Hermann, vom Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern mit, dass auf den Internetseiten www.linksunten.indymedia.org der Artikel „Gentechnik-Versuchszentren (Lüsewitz/Üplingen) zerstört!" eingestellt wurde. In dem Beitrag geht es um den Überfall auf ein Versuchsfeld der BioTechFarm GmbH & Go KG am 11.07.2011 in Üplingen. Verfasst wurde der Beitrag unter dem Pseudonym „Bio-Okay", am 15.07.2011 um 14:33 Uhr. Zusätzlich wurden verschiedene Unterlagen, u.a. Dienstanweisungen, Auszüge aus dem Dienstbuch des Wachschutzes etc., die während der Tat entwendet wurden, eingestellt. „Bio-Okay" gab dazu an, dass diese Unterlagen in einem Briefumschlag ohne Absender übermittelt wurden und in der Projektwerkstatt in Reiskirchen OT Saasen für die Polizei zur Abholung bereit liegen. Innerhalb des Beitrages wird sich auf Jörg BERGSTEDT ... bezogen."

Letzteres stimmt. Im Text finden sich Angaben über die zerstörten Versuchsfelder und die dahinterstehenden Strukturen. Dabei werden die Klagen in Saarbrücken und Vortragsverbote erwähnt. Da taucht der Name auf. Warum das einen Tatverdacht ergibt, ist nicht erkennbar.

Aus eins mach zwei: Weiterer Verdächtiger gefunden

Nun wollte das LKA wohl nicht nur Verdächtige aus FDP-Vorschlägen kreieren, sondern schuf auch noch selbst einen. Auszug: „Der Geschäftsführer der ABS GmbH, Herr Jörg Hübner gab nach dem Überfall auf das Versuchsfeld an, dass während einer Demonstration in Üplingen am 07.06.2011 eine männliche Person besonders auffiel, weil diese ihre Einstellung gegen Gentechnik verbal sehr aggressiv vertreten hatte und sich erkennbar einen Lageplan des Geländes aufzeichnete und zusätzlich gezielte Fragen zur Sicherung des Versuchsfeldes stellte. Bei der Demonstration handelte es sich um eine sogenannte „Bauern - Sternfahrt gegen Gentechnik"." Es geht dann weiter mit einigen Erläuterungen, dass die Person

230 Js 26473/11 0391/6064225 04.02.2013

Ermittlungsverfahren gegen [redacted]
Tatvorwurf: Schwerer Raub, Raub
Tatzeit: 11.07.2011
hier: Überwachte Telefonnummern: 015228728353 und 064001903283

Sehr geehrter Herr Bergstedt,

hiermit werden Sie darüber benachrichtigt, dass es in dem o.g. ehemaligen Strafverfahren für die Erforschung des Sachverhaltes oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes der Beschuldigten erforderlich gewesen ist, aufgrund richterlicher Anordnung des Amtsgerichts Magdeburg ohne Ihr Wissen die Telekommunikation zu überwachen und/ oder Verkehrsdaten für den o.g. Anschluss zu erheben. Sie waren an dem angegebenen Telekommunikationsvorgang beteiltigt. Die Aufzeichnungen werden den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend gelöscht.

Diese Mitteilung entspricht einer gesetzlichen Pflicht. Sie müssen keinerlei Maßnahmen ergreifen. Gegen die Maßnahme können Sie binnen 2 Wochen nach Zugang dieser Benachrichtigung die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme sowie der Art und Weise Ihres Vollzugs bei dem Amtsgericht Magdeburg (Breiter Weg 203-206, 39104 Magdeburg) beantragen.

kritische Fragen gestellt hätte usw. Dann folgt: „Recherchen im Internet zu der Demonstration ‚Bauem - Sternfahrt gegen Gentechnik` führten zur Feststellung eines weiteren Fotos auf dem die männliche Person ebenfalls abgebildet ist (www.abl-ev.de/iunqe-abl/sternfahrt-dokumentation.html). Neben dieser Person sind noch drei weitere unbekannte männliche Personen und Jörg BERGSTEDT abgebildet." Na das ist doch mal ein klarer Beweis: „Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass auf Grund des Verhaltens der männlichen Person (vor allem durch das Fertigen von handschriftlichen Aufzeichnungen zu den Lageplänen des Schaugartens Üplingen) und der Tatsache, dass sich diese Person zusammen mit dem (im Artikel zum Überfall auf das Versuchsfeld Üplingen benannte) BERGSTEDT 3 Tage* vor dem Überfall in Üplingen befand und außerdem sich die entwendeten Unterlagen in der Projektwerkstatt Saasen, dem Domizil des BERGSTEDT befinden, sich zumindest ein Anfangsverdacht gegen beide Personen ergibt." (*Die Sache mit den 3 Tagen findet in der Akte gar keinen Beleg. Offenbar wurden die Monate Juni und Juli verwechselt!)

Dieser „Anfangsverdacht" - trotz dünnem oder eher nicht vorhandenem Eis - reichte zu bemerkenswerten Beschlüssen: Volle Überwachung von Telefonen und Emailverkehr sowie Observation 24 Stunden rund um die Uhr. Beantragt durch das Landeskriminalamt und freundlich genehmigt vom Vizepräsident Wybrands des Amtsgericht Magdeburg - Teil einer Justizstruktur des Landes, die seit Jahren fest an der Seite der Agrogentechnikindustrie und -lobby steht.

Der Staat hört und liest mit: Die Monate des Überwachungszeitraumes

Nach den Beschlüssen machten sich die sogenannten ErmittlerInnen an die Arbeit. Auf den Feldern, bei Befragungen der AnwohnerInnen usw. kamen sie aber immer nur zu den gleichen Resultaten: Keine Spuren, keine verdächtigen Wahrnehmungen - nichts. Alles wirkte eher, als hätten Aliens die Felder zerstört. Irgendwann tauchten sogar einige als gestohlen vermerkte Sachen auf dubiose Weise wieder auf, so dass die Fahnder zweifeln, ob nicht die Wachleute selbst in Frage kämen, an den rätselhaften Abläufen beteiligt zu sein. Den Gedanke verfolgten sie aber nicht weiter, sondern trieben das Abhören und Überwachen voran:

- Alle Festnetz- und Handygespräche der Projektwerkstatt wurden mitgeschnitten und dann eines nach dem anderen angehört.
- Einige Wochen fahndeten die überforderten KriminalbeamtInnen nach der Emailadresse der Projektwerkstatt (offenbar eine ziemlich

Bücher: Umwelt& Konzerne

Edition Le Monde
Atlas der Globalisierung
(2012, taz Verlag in Berlin, 173 S., 14 €)
Groß, voller Bilder und Karten, eingeteilt in verschiedene Kapitel zu aktuellen Fragen: So präsentiert sich die neue Ausgabe des schon seit vielen Jahren wie ein Jahrbuch herauskommenden Werkes über „Die Welt von morgen" (Untertitel). Es sind nicht nur Öko-Themen, die hier untergebracht sind. Neben den Folgen des Reaktorunfalls von Fukushima, dem Verlauf des Klimawandels und dem Ringen um die versiegenden fossilen Energien geht es um Kriminalität, Kriege, Politiken der Großmächte und die Vereinten Nationen.

Jorgen Randers
2052 - Der neue Bericht an den Club of Rome
(2012, ökom in München, 431 S., 24,95 €)
Ein seltsames Buch. Einerseits besteht es aus einer Vielzahl von Zahlen, die in Trends umgedeutet werden, mit denen dann die Entwicklungen der nächsten vier Jahrzehnte beschrieben werden. Im Wesentlichen geschieht dabei das Erwartbare - gesellschaftliche Verwerfungen oder soziale Revolten fehlen in den Szenarien. Sie wären auch schwer berechenbar - aber ganz außer Acht lassen? Bei den Zahlen und Trends ist das Buch vor allem eine Fleißarbeit. Dabei sind schon einige Grundannahmen seltsam. Unkritisch nimmt der Autor an, dass sich Risikotechnologie und Reparaturkonzepte zerstörerischen Wirtschaftens einfach so durchsetzen - von der CO2-Abscheidung bis zur Gentechnik. Richtig spannend wird es dann im letzten Teil, wo es um Neuvorschläge geht. Gelobt wird der starke Staat, z.B. mit der Behauptung, „50 Jahre Entwicklungshilfe ... haben gezeigt, dass stabile staatliche Einrichtungen ... unverzichtbare Voraussetzungen für langfristiges wirtschaftliches Wachstum sind". Das findet der Autor gut und hofft auf mehr davon. Am Ende gibt er 20 gut gemeinte Ratschläge, u.a. die: „Investieren Sie in hochwertige Unterhaltungselektronik als Ersatz für die Realität" und „Erziehen Sie Ihre Kinder nicht zu Naturliebhabern". Wohlgemerkt: Das ist keine Satire. Warum ein Ökoverlag das verlegt und bewirbt? Keine Ahnung ...

Jürgen Bruhn
Okkupierte Welt
(2012, laika in Hamburg, 128 S., 19,80 €)
Wer das Buch „2052" gelesen hat, wird sich vielleicht schon wundern, warum sich ein Werk in einem dogmatisch marxistischen Verlag ausgerechnet auf diese Perspektive eines staatsautoritär gelenkten Kapitalismus positiv bezieht. Schon im Klappentext wird der Bezug hergestellt - und im Laufe des Buches wird die Ähnlichkeit deutlich: Bürgerlich-autoritäre Ideen eines staatlich kontrollierten Kapitalismus und der Traum von einer Neuauflage des Staatskapitalismus (früher als „real-existierender Sozialismus" verklärt) sind ebenso dicht beieinander wie die verkürzte Kapitalismuskritik, wenn vor allem oder nur der Finanz- oder „Turbo"kapitalismus Missfallen erregt. Insofern sei das Buch durchaus empfohlen: Als Beleg für das weiter verbreitete, niedrige Niveau politischer Analysen.

Andreas Engelhardt
Schwarzbuch Baumwolle
(2012, Paul Zsolnay in Wien, 221 S., 17,90 €)
Akribisch zusammengetragen stellt der Autor die ökonomischen und ökologischen Folgen des intensiven Baumwollanbaus dar. Er stellt Vergleiche mit Wolle, Kunststoff- und Zellulosefasern an. An der einen oder anderen Textpassage kommen bereits Zweifel auf, warum hier ein Firmenname fällt oder da eine Lobeshymne ohne Beleg erfolgt. In den Perspektivenkapiteln wird noch deutlicher, dass das Buch keine politische Analyse, sondern ein Vergleich verschiedener Rohstoffe für Textilien ist, die ein vorher vermutlich feststehendes Ergebnis bringen sollte: Zellulose gehört die Zukunft, weil alles andere noch schlechter ist. Unterschiedliche Belastungen innerhalb der Rohstoffe je nach Herstellungsweg werden im Buch fast ganz ausgeblendet.

Susanne Lettow
Bioökonomie
(2012, transcript in Bielefeld, 183 S., 23,80 €)
Die totale Verwertung und Vermarktung von Körper (Organen) und Lebensinformationen (DNA), die Kontrolle von Denken und Fühlen sowie die Manipulation von Leben durch künstliche Stoffe stellen den Expansionsraum des zukünftigen Kapitalismus dar. Mehrere AutorInnen beschreiben in ihren Kapiteln die aktuellen Entwicklungen und Gefahren. Das Buch ist ein gelungener, kritischer Einblick in das Geschäft mit dem Leben. Es taugt auch als Nachhilfe für alle, die glauben, Kapitalismus und Wachstum gerieten von selbst an ihre Grenzen. Was LeserInnen leider mitbringen müssen, ist eine Toleranz gegenüber gestelzter Wissenschaftssprache. Sie macht den Zugang zum Buch nicht gerade leichter, was schade ist.

anstrengende Tätigkeit) und begannen dann auch deren Überwachung.

- Eine Person im 40km entfernten Wetzlar wurde abgehört, weil auf deren Anschluss der Vertrag des überwachten Handys läuft.
- Eine Rund-um-die Uhr-Überwachung wurde beantragt und - wie in Sachsen-Anhalt üblich - vom Gericht prüfungslos genehmigt.

Die Polizei glaubte selbst nicht, was sie tut

So richtig überzeugt wirkt die Polizei in der gesamten Akte nicht von ihrem Tatverdacht. Nirgends wird erklärt, wie überhaupt aus dem „Anfangsverdacht" etwas wird, was umfangreiche Überwachungsmaßnahmen nach sich zieht. Das Amtsgericht bot bei seinen Beschlüssen gar keine eigene Begründung, sondern verwies lapidar auf die Erkenntnisse des LKAs - die es aber ja gar nicht gab. Am zweiten Tatort und trotz vermuteter gleicher TäterInnengruppe führte die zuständige Staatsanwaltschaft Rostock ohnehin nie Verdächtige.

Die ganze Überwachung erbrachte erwartungsgemäß nichts Belastendes. Zusammenfassung des LKA: „Die Auswertung aller TKÜ - Maßnahmen einschließlich der Intemetaktivitäten bei beiden Beschuldigten ergaben keine belastenden Momente für die Begehung der Straftaten. Aus diversen Gesprächen beider Beschuldigter konnten entlastende Momente entnommen werden."

Bleibt die Frage, warum die Überwachung erfolgte. Ging es darum, die Szene auszuhorchen? Ein Aktivist, der auch hinter den Kulissen als Journalist recherchiert, und ein kritischer Streiter in bäuerlichen Organisationen, der ebenfalls als einschlägiger Journalist arbeitet, wären genau die richtigen dafür. Nicht weil sie verdächtigt sind, sondern als Aktivist und als Journalist viele Kontakte in der Szene pflegen? Dann aber wäre das Abhören von Journalisten, Anwälten, Abgeordneten usw., die ja alle als GesprächspartnerInnen der zwei mitbetroffen waren, gar kein Versehen mehr, sondern das Ziel des Ganzen gewesen.

Verzweifelte Polizei

So mühte sich die Polizei beim Stochern im Nebel. Zuerst versuchte sie, einen Journalisten zu Reden zu bringen, der im „Gen-ethischen Informationsdienst" (GID) ein anonym geführtes Interview mit mindestens einem/r TäterIn veröffentlichte. Doch Pech: Ein Journalist darf schweigen.

Dann gerieten Menschen in Verdacht, die an anderen Orten und zu anderen Themen Aktionen durchführten. Die Polizei ließ Handschriften und Sprachstil mit der Adresse auf dem Briefumschlag und dem geführten Interview vergleichen - ohne verwertbare Ergebnisse. Endgültig zum Hollywood-Drehbuch wurde das Ganze dann im Verlauf des Jahres 2012. Am 23.12.2011 hatten die Ermittler (trotz weiter bestehender Befugnis zum Abhören) die logische Konsequenz aus der von Anfang an erkennbaren Klarheit, die falschen Verdächtigen zu verfolgen, gezogen: Sie schalteten die Überwachungsmaßnahmen ab. Und dachten sich etwas Neues aus: „In einem hier anhängigen Gefahrenabwehrvorgang wurde in Gatersleben ein präpariertes Versuchsfeld angelegt, um mit speziellen kriminaltechnischen Fallen, Täter, welche das Feld angreifen, zu überführen. Da es in den letzten Monaten auch Angriffe auf Genfelder im Bereich Bernburg (ohne auswertbare Spurenlage) gab, eröffnete sich die realistische Chance eines Angriffes auf das präparierte Feld. Ziel war es u.a. auch, Täter bezüglich der hier im Verfahren zu verfolgenden Straftaten abzugleichen und diesem zuzuordnen. Inzwischen wurde das Feld abgeerntet und die Fallen ohne Erfolg zurückgebaut."

Das wirkt filmreif: Seit Jahren narren Unbekannte alle Sicherheitsvorkehrungen, hinterlassen nie Spuren. Dann wird ein Feld präpariert und sogar zerstört, aber es gibt wieder keine Spuren: was geht da ab? Außerirdische? Oder die Bewacher selbst?

Anfang Februar erhielten die ehemals Verdächtigen die Mitteilung über die Einstellung des Verfahrens und wenig später über die gelaufenen Überwachungsmaßnahmen. Auch ein Redakteur der FR erhielt ein solches Schreiben - und das setzte eine öffentliche Reaktion frei. Nur in Sachsen-Anhalt schwiegen alle lange - die halten zusammen ...

Ticker: Agrogentechnik und ihre Seilschaften

Neues vom Acker (machen)!

(jb) Gießener FeldbefreierInnen
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

Lage der Felder 2013

Dies ist ein Auszug aus der Übersichtsseite www.gentech-weg.de.vu, wo die folgenden Angaben ständig aktualisiert und mit Links zu den Quellen enthalten sind.

- Das AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz einschließlich der Felder dort ist Geschichte (schon vermeldet).
- Üplingen als Standort wackelt ebenfalls immer mehr. Uwe Schrader hab laut FR am 13.3.2013 öffentlich bekannt, dass dieses Jahr in Sachsen-Anhalt keine Felder vorgesehen sind. Damit fehlt voraussichtlich auch der ganze Schaugarten, zumindest wird er keine Flächen mit gv-Beeten enthalten. Außerdem habe kreative Köpfe die Anlage einfach eines Nachts kurzerhand abgebaut. Kerstin Schmidt bemüht sich aber weiterhin um neue Gelder des Forschungsministeriums und versucht, Firmen zur Verlegung ihrer Freisetzungen nach Üplingen zu bekommen. Entscheidend könnte werden, ob die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz die Ackerfläche überhaupt wieder für diese Zwecke verpachtet. Stadt Braunschweig und die evangelische Kirche sind hier entscheidend, aber wohl beide der Gentechnikmafia ausreichend wohlgesonnen. Ausführend ist jedoch eine Behörde, die zum Landwirtschaftsministerium Niedersachsen gehört – und das ist jetzt in grüner Hand! Wir dürfen gespannt sein, ob hier eher gekünastelt wird (sprich: alles darf weiterlaufen wie bisher) oder sich etwas ändert ...
- Für den Zeitraum Herbst 2013 (ursprünglich schon 2012 geplant, klappte aber nicht) bis Ende August 2016 ist ein Winterweizenversuch des IPK Gatersleben am Standort Üplingen geplant.
- Der BASF-Kartoffelversuch auf dem Limburgerhof (BASF-Agrarbetriebsgelände südlich Ludwigshafen) wird nicht stattfinden. Der Antrag wurde zurückgezogen.
- Es gibt zur Zeit keine erkennbaren Aktivitäten für Versuchsfelder in der Anbausaison 2013. Denkbar sind laut Anmeldestand weiter das Monsanto-Rübenfeld in Gerbitz (oder Thulendorf, Üplingen) und das KWS-Rübenfeld in Üplingen. Weiter gültig sind auch die Genehmigungen der Uni Rostock für Tabak (mögliche Orte: Thulendorf, Üplingen) und Weizen (mögliche Orte: Thulendorf, Üplingen) sowie von Mais der Firma Pioneer (in Zabeltitz, Üplingen oder Thulendorf). Theoretisch ist auch noch ein BASF-Versuch mit Kartoffeln möglich – das würde aber der Ankündigung von BASF widersprechen (was wiederum nichts heißen muss ...).
- Pflanzen zum Anbau wird es wohl kaum geben. MON810 ist in Deutschland verboten, die BASF-Kartoffel Amflora will selbst BASF nicht mehr. Laut der Gentechnik-Propagandaplattform TransGen will die EU bis 2014 keine anderen Pflanzen zulassen.
- Für 2013 und 2014 steht zudem der umstrittene Impfversuch an Fohlen in Grabow (Mecklenburg-Vorpommern) im Register.

Strafanzeige gegen Horst Rehberger

Wegen der Denunziation, die zur Telefonüberwachung führte, hat ein Betroffener Strafanzeige gegen Horst Rehberger gestellt – wegen falscher Verdächtigung. Auszug aus der Begründung (Beschwerde gegen die Telefonüberwachung, Seite 7): „Ich stelle hiermit aus diesem und allen anderen in Frage kommenden Gründen Strafanzeige gegen Horst Rehberger. Ich verzichte nicht auf eine Benachrichtigung und wünsche, über den Fortgang des Verfahrens informiert zu werden. Insbesondere beantrage ich Akteneinsicht zum Abschluss der Ermittlungen – mit dem gleichen Recht, wie Rehberger die Akten zu dem hier verhandelten Verfahren überlassen wurden."

Rotgrün in Niedersachsen: Aus für HannoverGEN, Forschung bleibt

Der Regierungswechsel in Niedersachsen könnte für die GentechniklobbyistInnen Probleme bringen, wenn ... ja, wenn dort gehandelt wird entsprechend den Ankündigungen und Möglichkeiten. Der Ausschnitt aus dem Koalitionsvertrag zu "Gentechnikfreies Niedersachsen" liest sich so: „Im Verbund mit der Landwirtschaft wird die rot-grüne Koalition alle Möglichkeiten ausschöpfen, Niedersachsen gentechnikfrei zu halten und dafür keine Fördermittel bereitstellen. Im Bundesrat wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass es keine weiteren Lockerungen am derzeitigen Gentechnikgesetz geben wird und die Verursacher entsprechender Kontaminationen zum Schadenersatz herangezogen werden. Niedersachsen wird dem Bündnis der gentechnikfreien Regionen beitreten. Die rot-grüne Koalition wird dafür sorgen, dass auf landeseigenen Flächen keine Gentechnik eingesetzt werden darf. Sie setzt sich dafür ein, dass jede Verunreinigung von Saatgut, Futter- und Lebensmitteln durch gentechnisch veränderte Organismen im Sinne einer echten Null-Toleranz vermieden wird. Damit die Verbraucherinnen und Verbraucher die klare Wahl haben, soll eine Kennzeichnung erfolgen. Dazu gehört auch eine Positiv-Kennzeichnung tierischer Produkte, die nachweislich ohne den Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel erzeugt werden. Das Projekt HannoverGEN wird beendet." (Koalitionsvertrag: www.gruene-niedersachsen.de/fileadmin/docs_lv/downloads/Dokumente/koalitonsvereinbarung-rotgruennds.pdf

Ein Problem besteht darin, was fehlt: Zu Versuchsfeldern steht nichts in der Vereinbarung – und mehrere Zeitungen vermeldeten, dass dieses mit Rücksicht auf den Global Gentechplayer KWS Saat AG mit Sitz im niedersächsischen Einbeck auch ganz bewusst geschah (so wie in Rheinland-Pfalz, wo die grüne Ministerin auch gleich zusicherte, BASF nicht ärgern zu wollen).

Tamra Gilbertson/Oscar Reyes
Globaler Emissionshandel
(2010, Brandes&Apsel in Frankfurt, 192 S., 19,90 €)
Ein weiteres Buch mit einer kritischen Betrachtung der dominierenden Klimaschutzpolitik - und ein gutes, aufklärendes zudem! Denn die beiden AutorInnen nehmen das Instrument des Handels mit Emissionszertifikaten detailliert auseinander, zeigen Gefahren, geringe Umweltwirkung und kapitalistische Interessen am Luftverschmutzungshandel auf. Für diese Erkenntnis wird es Zeit, denn die heutigen KritikerInnen des Schachern um Umweltverschmutzungen waren vor 10 Jahren noch auf der anderen Seiten - Hand in Hand mit Grünen, EU usw. Sie stänkerten sogar gegen die frühen KritikerInnen, die aus ökoanarchistischem Blickwinkel das damalige Kyotoprotokoll kritisierten. Jetzt, wo der Fehlschlag deutlich wird, inszenieren sich die damaligen BefürworterInnen als KritikerInnen - um immer vorne dabei zu sein. Das Buch stammt aus Amsterdam, die vorliegende Fassung ist eine Übersetzung aus dem Englischen.

Zu Landwirtschaft

Thomas Kruchem
Der große Landraub
(2012, Brandes&Apsel in Frankfurt, 144 S., 12,90 €)
Die Vertreibung vieler BäuerInnen vom seit langer Zeit selbständig bewirtschafteten Land ist einer der Gründe für Hunger und Verelendung. Dieses Buch benennt Beispiele aus verschiedenen Ländern über die Kontinente des globalen Südens gestreut. So werden die Folgen besonders eindrucksvoll sichtbar. Die Opfer profitgieriger Konzernpolitiken und der sie unterstützenden Regierungen bekommen Namen und Gesichter. Fotos begleiten die Stories, die bedrücken.

Wilfried Bommert
Bodenrausch
(2012, Eichborn/Bastei-Luebbe in Köln, 384 S., 19,99 €)
„Die globale Jagd nach den Äckern der Welt", wie das Buch im Untertitel heißt, ist zur Zeit Thema vieler Debatten und Veröffentlichungen. Angesichts der Brisanz der Frage ist das durchaus berechtigt. Denn - und das zeigt auch dieses Buch in eindrücklichen Schilderungen und Zahlen - hier hat die ewige Hetze nach Profiten Werkzeuge unter kapitalistische Fuchtel genommen, die der Kolonialzeit entsprechen. Wenn die Gewehrläufe heute meist durch Scheckbücher ersetzt sind (mitunter geht das auch Hand in Hand), zeigt sich die Handschrift der Welteroberung - diesmal sogar rechtlich abgesichert: Eigentum durch Kaufen statt schießwütiger Vertreibung. Rund um das Kernthema gruppiert der Autor weitere Aspekte organisierten Hungers - von der Lebensmittelvernichtung bis zur Umweltzerstörung. Am Ende deuten einige Kapitel Auswege an.

Edition Le Monde
Cola, Reis & Heuschrecken
(2011, taz Verlag in Berlin, 111 S., 8,50 €)
Ein schön gemachtes, aber schockierendes Bilder- und Lesebuch aktueller agro-industrieller Zumutungen. Es geht um Designer-Lebensmittel, Markenfetisch, herrschaftsförmige Konzernstrategien, Gift im Essen, Wegwerfen und Landkauf. Fotos, Zeichnungen und Karten illustrieren den informativen Text. Dabei bildet das großformatige Werk kein Kompendium, sondern beleuchtet das Geschehen an Einzelthemen in jeweils geschlossenen Kapiteln. An einigen Stellungen sowie in den abschließenden Kapiteln geht es um Verbesserungsmöglichkeiten und zukünftige Essensformen.

Michael Mann/
Hans Werner Tobler (Hrsg.)
Bauernwiderstand: Asien und Lateinamerika in der Neuzeit
(2012, Mandelbaum in Wien, 324 S., 19,90 €)
Bauernkämpfe waren immer ein Teil des Widerstandes gegen die Obrigkeit, ihre Unterdrückung und sonstigen Zumutungen. An ausgewählten Beispielländern und -epochen stellen die Autoren (tatsächlich alle männlich) Aufstände und Protestaktionen aus den vergangen zwei Jahrhunderten dar. Einige richtetert sich gegen ungerechte Landverteilung, andere waren Teil gesamtgesellschaftlicher Auseinandersetzungen mit Diktaturen oder wirtschaftlicher Ausbeutung.

Andrea Fink-Keßler
Milch
(2013, ökom in München, 285 S., 19,95 €)
Ob der leicht an den Coca-Cola-Schriftzug erinnernde Titel das schon suggerieren soll, bleibt unklar - aber das Buch über die Milch „vom Mythos zur Massenware" (Untertitel) ist mehr eine Kulturgeschichte des Lebensmittels als ein ökologische oder agronomische Expertise. Viele Kapitel zeigen die Geschichte der Viehhaltung und Milchnutzung in verschiedenen Teilen der Welt, die Formen der Weiterverarbeitung, die allmähliche Industrialisierung von Erzeugung bis Konsum sowie schließlich die modernen Fragen von Bio- und Designqualitäten.

Jean Ziegler
Wir lassen sie verhungern
(2011, C. Bertelsmann in München, 320 S., 19,99 €)
Ein typischer Ziegler ... fleißig Zahlen und Fakten gesammelt, in klaren Worten und einen spannenden Text gegossen. Konkrete Beispiele aus aller Welt, vielfach mit eigenen Augen gesehen, mischen sich mit Insiderberichten aus den Sphären der großen Politik. So wird das Buch zur Anklage und mensch reibt sich höchstens die Augen, wie solch ein Werk ins Bertelsmann-Imperium passt.

Indirekt hängt der Schaugarten in Üplingen am nun grün geführten Landwirtschaftsministerium, denn eine ihm unterstehende Behörde macht die Pachtverträge – und die müssen 2013 offenbar neu abgeschlossen werden.

Maulkorb per Gericht: Sachstand in Saarbrücken

Der beklagte Autor und sein Anwalt haben eine nochmalige, umfangreiche Zusammenstellung aller Beweise für den Betrug mit Sicherheitsforschungs-Fördergeldern erstellt. Die scheint die Gegenseite ins Schwitzen zu bringen. Sie bitten immer wieder um Fristverlängerung. Dadurch kommt der Prozess nicht weiter voran. Es gibt also nichts Neues. Infoseite: www.projektwerkstatt.de/gen/filz_brosch.htm.

Journalismus wird immer oberflächlicher

Magazine leben von Anzeigeneinnahmen, LeserInnen wollen einfache Kost. Das verändert die Art, Reportagen und Texte zu schreiben. Inzwischen sind viele RedakteurInnen einfach nur noch strohdumm, d.h. sie kennen sich in ihren Themen überhaupt nicht aus und schreiben irgendwas. Wer das mal besichtigen will, kann sich den ARD-Presseclub im Januar 2013 angucken, wo ein FAZ- und ein Spiegelfachredakteur einen Unsinn zusammenstammeln, dass einem die Worte fehlen. So meinte der FAZler: „Wir wollen die Landwirtschaft in Südamerika stärken" - und meinte damit Importe, also das gv-Soja, welches kontinentweit BäuerInnen und Regenwald verdrängt. Der Spiegelredakteur bezeichnete Biolandbau pauschal als "Esoterik" und lobte chemische Lebensmittelzusätze als Fortschritt.

Prof. Dr. Jany

Er gehörte immer zu den Postensammlern der deutschen Gentechnikseilschaften. Dabei gelang es ihm, gleichzeitig in einer Bundesbehörde zur Lebensmittelüberwachung (MRI) zu arbeiten und Vorsitzender eines Lobbyverbandes pro Gentechnik (WGG) zu sein. Jetzt ist er pensioniert, aber sammelt weiter. Er leitet die Arbeitsgruppe für Lebensmittelzusatzstoffe der EFSA und ist Vizepräsident für Forschung und Lehre an der Wadi-International University, Hwash-Homs (Syrien).

Rukwied auch FNL-Chef

Wie üblich folgte dem Wechsel auf dem Chefposten des Bauernverbandes auch der beim Propagandaverein FNL. Ob Heereman, Sonnleitner oder jetzt Rukwied – sie standen immer auch dem Werbeclub für agrarindustriellen Umbau vor. Neben Rukwied sitzen dort Raiffeisen, BASF, Bayer & Co. gleich im Vorstand, weitere wie Monsanto usw. sind Mitglied.

Evangelische Kirche in Bayern wird offensiver: Kampagne pro Gentechnik!

Eine Mitteilung des evangelischen Pressedienstes selbst: „Eine ethische Onlineberatung zu den Themen Pflanzenforschung und Gentechnik hat das Institut Theologie-Technik-Naturwissenschaft (TTN) entwickelt. Das neue Webportal www.pflanzen-forschung-ethik.de erlaube den Nutzern, sich ‚selbstständig ein ethisch fundiertes Urteil über Anwendungen der Grünen Gentechnik zu bilden', erklärte das Institut am in München. Die Grüne Gentechnik werde in Deutschland seit Jahrzehnten kontrovers diskutiert, erklärte Projektleiter und TTN-Geschäftsführer Stephan Schleissing. Den interessierten Beobachtern falle es zunehmend schwer, die 'ausufernden Konflikte' nachzuvollziehen. Das Webportal informiere über das Themenfeld der modernen Pflanzenforschung und enthalte Meinungen von Akteuren in Bayern. Zudem könnten sich die Nutzer anhand eines interaktiven Fallbeispiels selbst ein Urteil bilden. 'Damit wird ethisches Argumentieren erfahrbar', so Schleissing."

From Jena with loathe

prima/jes Jena ist eine schöne Stadt. Daran besteht kein Zweifel. Ganz umgeben von Bergen, überschaubar, aber auch nicht wirklich klein, mit ihren kleinen Gassen in der Altstadt, gepflegten Wohngebieten am Rand, mit ihrem politischen und kulturellen Leben – eine alte Stadt mit einem jungen Gesicht, eine liebenswerte Stadt, ein Studentenparadies.

Du hast sie gesehen und sofort ins Herz geschlossen. Du fandst sie gemütlich und aufregend zugleich. Es gab schlechte Presse, weil ein paar Nazi-Terroristen zufälligerweise aus Jena stammten. Du fandst das sehr ungerecht, du hast sie immer verteidigt, die Stadt deiner Zukunft.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich bin bestürzt über die Form der mir zugesandten Zulassung zum Masterstudium. Während die Hinweise zur Einschreibung deutscher Studienbewerber sachlich und informativ gehalten werden, erzeugen die Hinweise für Ausländer_innen geradezu den Eindruck, angeschrien und bedroht zu werden. Das Blatt hat einen extrem unhöflichen, groben Ton, es ist voll von fett hervorgehobenen, unterstrichenen oder in Großbuchstaben gedruckten Befehlen, an Ausrufezeichen wird nicht sonderlich gespart, und das einzig relevante Verb in Bezug auf die Immatrikulation heißt "müssen". Diese Hinweise erwecken zudem den Anschein, der Studienplatz wird mir nicht zugestanden, es heißt stattdessen, er wird mir nur noch "angeboten" oder "reserviert". Meine Qualifikationen unterscheiden sich nicht von denen der Bewerber_innen mit deutscher Staatsangehörigkeit, und ich sehe nicht den geringsten Grund für diese respektlose Behandlung.

Bei ihnen zu Hause ist das alles doch noch schlimmer.

Sehr geehrte Frau P.,
wir werde Ihre Kritik an unseren Schreiben zum Anlass nehmen, diese noch einmal zu prüfen. Ich möchte aber darauf verweisen, dass es auch ausländische Studienbewerber gibt, die die deutsche Sprache noch nicht so hervorragend beherrschen, wie Sie.

Sind Sie K. oder das Andere da auf dem Klingelschild?
Ich bin doch K.s Mitbewohnerin! Ich habe einen Namen, ich bin nicht das Andere!

Sehr geehrte Frau A.,
mein Bachelorzeugnis ist nach dem Thüringer Hochschulgesetz eine gültige Hochschulzugangsberechtigung. Eine beglaubigte Übersetzung meines Schulzeugnisses ist für mich mit Kosten verbunden, die ich nicht tragen kann. Was für einen Grund haben Sie, mein Schulzeugnis zu überprüfen? Und zu welchem Zweck brauchen Sie einen aktuellen und lückenlosen Lebenslauf von mir? Nach allen mir bekannten Datenschutzgesetzen bin ich berechtigt, diese Gründe zu erfahren.



Sehr geehrte Frau P.,
das Internationale Büro der Friedrich-Schiller-Universität Jena ist maßgeblich dafür zuständig, welche Unterlagen für die Immatrikulation vorliegen müssen. Wenn Sie die genannten Unterlagen nicht vollständig vorlegen möchten, ist das Ihre freie Entscheidung. Diese Entscheidung führt allerdings dazu, dass das Internationale Büro die Immatrikulation nicht vornehmen kann.

Meine Mitbewohnerin kann im Wohnheim keine Wäsche waschen, weil die Waschmaschinen nur mit den Chipkartenausweisen funktionieren. Sie hat aber keinen.



Ich kann keinen Kopierer benutzen, ich kann keine Bücher ausleihen mit einem Blatt Papier...
Dann musst du dich einfach als Gast in der Bibliothek anmelden!

Sehr geehrte Frau A.
Warum muss ich für die Immatrikulation persönlich erscheinen? Mein deutscher Freund hat seine Immatrikulation bereits per Post erledigen könne, und es wäre auch in meinem Interesse, möglichst schnell und nicht erst kurz vor Vorlesungsbeginn immatrikuliert zu werden. Ich habe einen Antrag auf Immatrikulation gestellt, warum wird er nicht bearbeitet?

Du kommst aus Russland? Echt? Hahaha, dafür kannst du aber gut Deutsch!

Sehr geehrte Frau P.,
Der Antrag auf Immatrikulation, den Sie ausgefüllt haben, wird nicht benötigt. Das Internationale Büro führt eine zentrale, d.h. persönliche Immatrikulation durch, um für internationale Studierende eine best mögliche Betreuung zu gewährleisten und den Studienstart so angenehm wie möglich zu gestalten. Demgemäß sind Vorarbeiten zu leisten. Erst wenn die Studierenden an einem der genannten Immatrikulationsterminen zur persönlichen Immatrikulation erscheinen, werden sie immatrikuliert.

Wir können Sie nicht einfach selbst entscheiden lassen, wie Sie sich immatrikulieren möchten. Wenn wir anfangen, Ausnahmen zu machen, dann führt das nur zur Verwirrung. Stellen Sie sich vor, zwei Ausländer unterhalten sich in der Mensa und stellen fest, dass sie nicht gleich behandelt wurden.
Aber was, wenn sie sich mit Deutschen unterhalten?

Nur die Bewerber mit dem deutschen Abitur können sich normal beim Studierenden-Service-Zentrum immatrikulieren. Bei ihnen gehen wir davon aus, dass sie schon hier aufgewachsen sind und mit dieser Kultur vertraut sind.

Die Uni muss doch verhindern, dass die Leute betrügen. Sie haben gesagt, sie verschicken einfach keine Ausweise an Ausländer, die nicht in Jena gemeldet sind. Sonst tun sie nur so, als ob sie hier studieren, um eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen.

Wie gut, dass du dich wehrst gegen diese Diskriminierung. Das mache ich auch so, zum Beispiel jetzt, wo der Vermieter möchte, dass wir uns an Reparaturen in der Wohnung beteiligen.

Nennen Sie es Generalverdacht, aber wir müssen doch Missbrauch verhindern!

Bist du Erasmus? Wo ist denn deinen Heimatuni? Wie, du hast keine?

Wie heißen Sie?.. Ach du Sch...!

Aus unserer Erfahrung müssen ausländische Studierende aber besonders betreut werden. Die persönliche Immatrikulation ist dafür ein gutes Angebot.

Warum steht auf meinem Gutschein denn nur „ausländ. Studierende" statt meinem Namen? Bei Deutschen steht doch der Name drauf, und da steht auch, der Gutschein sei personengebunden...

Na weil die im Studi-Service-Zentrum doch gar nicht wissen, wie ihr alle heißt!

Gutschein Nr.: 122 - 447

für ein
Dschungelbuch
JENA



für:
für ausländ. Studierende

Bei Abgabe dieses Gutscheins erhalten Sie im Büro des Studierendenrates (**StuRa**) der Friedrich-Schiller-Universität Jena **ein Dschungelbuch** (Wegweiser durch den „Dschungel" der Universität und das studentische Leben in Jena incl. Kalendarium).

Achtung: Dieser Gutschein ist bis Mitte November 2012 gültig, personengebunden und kann nicht erneut ausgestellt werden.

Ort: **StuRa-Büro**
Carl-Zeiß-Straße 3
Erdgeschoss
hinter der Cafeteria
Zeit: siehe Internet
www.stura.uni-jena.de

StuRa-Ausgabe-Vermerk:
Ausgabe am ... durch ...:

Eintrag in Registerliste erledigt

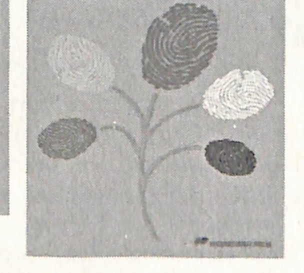
Wir definieren aber als Bildungsinländer die mit dem deutschen Abitur.
Aber im Hochschulgesetz steht das anders...
Ich mache hier nur meinen Job und muss Vorschriften erfüllen.
Von wem kommen die Vorschriften?
Ich weiß es nicht. Sie sind alt.

Wir sind so stolz auf unsere Uni. Unser Institut ist wie eine große Familie. Die Professoren spielen sogar in einer Band. Ihr werdet euch hier wohl fühlen!

Ich habe alle Bedingungen erfüllt und nur noch einen vorläufigen Studierendenausweis bekommen. Wie soll ich mich denn mit diesem Blatt Papier ausweisen?
Aber das ist doch normal. Alle Ausländer kriegen das.
Aber deutsche Studierende bekommen doch auch vorläufige Ausweise, wenn sie ihren richtigen verlieren.

Wie heißen Sie?.. Was für ein verrückter Name!

Warum schickst du nicht einfach eine Postkarte? Dann kannst du dich beschweren.
Diese Postkarte?



Welchen Wunsch haben Sie im Zusammenhang mit der Interkulturellen Woche 2012 an Ihr Umfeld, die Gesellschaft oder die Politik?

Äußern Sie Ihren Wunsch mittels dieser Karte. Egal ob Text oder Bild, Gedicht oder Zeichnung – lassen Sie Ihrer Kreativität freien Lauf.

Wie bei einer richtigen Postkarte, können Sie einen Adressaten eintragen. Geben Sie aber bitte nur den Namen und den Ort an (Bsp. Thüringer Landesregierung, Erfurt).

Einwerfen können Sie Ihren Wunsch während der interkulturellen Woche vom 23. bis zum 29.09. in den „Briefkasten" an der Stadtkirche.

Die Karten werden zum Zweck einer späteren Ausstellung gesammelt.

Du kommst aus Russland? Wo denn genau her?
Was kennst du denn in Russland?
Ähm, Moskau.

Siehst du dieses alte, hässliche Gebäude da, in der Mitte zwischen abstürzenden Baracken? Das schlimmste Haus in der ganzen Gegend, das ist schwer zu übersehen. Das ist das Wohnheim für ausländische Studierende. Nein, nicht für solche aus Spanien oder so. Solche aus Syrien oder aus Russland.

Wie heißen Sie? Noch mal?.. Hahaha, das habe ich gerade doch richtig gelesen, oder? Wieso nicht? War doch richtig!

Die Ausländerbehörde kann Ihnen keinen Termin mehr im März geben. Kommen Sie im April. Da ihre Aufenthaltserlaubnis bereits im März ausläuft, nutzen Sie diese E-Mail als Fiktionsbescheinigung. Wenn Sie kommen, müssen Sie ein biometrisches Foto mitbringen. Und Nachweis einer Krankenversicherung. Und Nachweis über ausreichenden Wohnraum. Und einen Nachweis über Lebensunterhalt, eine Gehaltsbescheinigung.

Ich erkläre dir das jetzt. Du verstehst einfach nicht alles. Das hat alles seinen Grund.
Ja, aber woanders nennt man diesen Grund auch Apartheid...

Du bist ja so ein emotionaler Mensch... Du musst sachlich bleiben und dich nicht so aufregen.

Aber ich finde das nicht schlimm...

Wir sind stolz auf unsere Stadt. Jena ist so weltoffen und tolerant. Halt die Fresse und sei dankbar.

Wer braucht schon Grenzen? - Sommer des Widerstands steht vor der Tür

Grenzen überall – vor allem in den Köpfen

Kathrin Samstag Ist jeder Mensch eigentlich gleich wertvoll? Wer oder was rechtfertigt es, dass zufällige äußere Umstände bestimmen, ob ein Mensch einen Pass hat oder bekommt oder behält oder ihn verliert? Wer hat Pässe eigentlich erfunden? Und wer Visa, Aufenthaltstitel, ...? Was heißt das: „Mensch ohne Papiere"? ?? ??? Warum finden es die meisten Menschen normal, dass nicht jede_r überall hin darf?



Frankreich, Ärmelkanal, Fährhafen von Calais: Täglich starten hier 60 Fähren nach Großbritannien. In ihnen überqueren jährlich offiziell mehr als 10 Millionen Menschen und mehr als 1,5 Millionen LKW das Meer (Quelle: www.calais-port.fr). Es gibt aber auch andere Reisende. Jene ohne die richtigen Papiere. Sie kommen unter anderem aus Afghanistan, dem Iran, Syrien, Eritrea, Ägypten und nutzen dieselben Fähren. Sie sind gezwungen, heimlich auf die Schiffe zu gelangen - meistens versteckt in und unter LKW. Diese Menschen wollen aus ebenso vielfältigen Gründen nach Großbritannien wie ihre offiziellen Mitreisenden, dürfen es aber nicht.

Am „falschen Ort" von den „falschen Eltern" geboren und schon ist mensch ohne jedes eigene Zutun Weltbürger_in zweiter Klasse. Dass mensch sich damit nicht abfinden muss, zeigen all jene, die trotzdem nach Europa kommen, das Mittelmeer überqueren, mit gefälschten Papieren auf europäischen Flughäfen landen oder eben in LKW versteckt Grenzen überqueren. Wenn Ausbeutung, warmgehaltene Konflikte, repressive Regime, Umweltzerstörung und Perspektivlosigkeit so stark werden, dass selbst Familie, Freunde und die gewohnte Umgebung keine Haltekraft mehr besitzen, warum dann nicht selbst sein Glück und seine Chance in den Wohlstandsinseln der postmodernen Welt, im neokolonialen Norden suchen Das Risiko ist groß, niemals anzukommen oder auf ewig nur willkommen zu sein für gefährliche, mies bezahlte oder gar kriminalisierte Drecksarbeit (Bau, Landwirtschaft, Gastronomie, ...). Aber es nicht wenigstens versucht zu haben, wäre eine kampflose Niederlage.

Frankreich, Ärmelkanal, in und um Calais: Die unerwünschten Reisenden leben in leer stehenden Häusern oder in Zeltlagern, die sich in den Dünen oder im Gehölz neben Rastplätzen befinden. Tagsüber versuchen sie, nicht aufzufallen und vor allem nicht der Polizei zu begegnen. Nachts finden die endlosen Versuche statt, ungesehen LKW oder direkt eine der abgesicherten Fähren zu besteigen. Manche schaffen es schnell, andere nie. Viele junge, entschlossene Menschen (meist männlich sozialisiert, oft minderjährig) versuchen ihr Glück, aber auch Alte und Familien sehen keinen anderen Weg. Die Migrant_innen leben vor Ort von Ersparnissen oder Geldsendungen ihrer Familien. Viele von ihnen werden von Freiwilligen in Suppenküchen direkt neben dem Fährhafen verpflegt oder zu Duschen außerhalb der Stadt gefahren. Die Polizei versucht, sie mit Razzien, willkürlichen Verhaftungen, körperlicher Gewalt und der Zerstörung von Hab und Gut davon zu überzeugen, dass es in Europa keinen Platz für sie gibt. Trotzdem lassen sich viele hundert Menschen nicht davon abhalten, ihr geplantes Ziel Großbritannien zu erreichen. Kaum haben es wieder einige Dutzend Migrant_innen über den Ärmelkanal geschafft, werden ihre Schlafplätze schon von den Nachfolger_innen eingenommen.

Derweil läuft um sie herum das alltägliche Leben einer verschlafenen Kleinstadt. LKW und reiselustige Europäer_innen fahren ins abgezäunte Hafengelände und auf die nächste Fähre nach Großbritannien. Manche wundern sich, warum auf einer Wiese am Hafen kleine Zelte stehen. Die meisten sehen sie nicht oder ignorieren sie lieber. Besser nicht so genau darüber nachdenken, wer da warum am Hafen zeltet...

Voices from the Borders

Annika Härtel Angesichts der eben beschriebenen Situation ist es wichtig, dass sich Gruppen in den Anrainerstaaten der Nordsee und des Ärmelkanals vernetzen, gemeinsam die Situation an dieser Grenze analysieren, die Öffentlichkeit sensibilisieren und Wege des Widerstands ausarbeiten. Außerdem ist es von großer Bedeutung, die Folgen unmenschlicher Flüchtlings- und Migrationspolitik auch in Deutschland viel stärker in die Öffentlichkeit zu tragen.
Beide Anliegen haben uns dazu motiviert, in diesem Sommer mit dem Bildungslogger „Lovis" eine große Sommerreise auf die Nordsee und zurück zu organisieren.

Derzeit planen lokale aktivistische Gruppen, NGOs und engagierte Einzelpersonen in unterschiedlichen Ländern entlang der Nordseeküste (in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland) die Kampagnen- und Vernetzungstour „Voices from the Borders".

Im Zentrum dieses Projektes stehen die Europäischen (Außen-)Grenzen und ihre Widersprüchlichkeit insbesondere in Bezug auf Menschenrechte. Vom 3. bis 24. August 2013 segeln wir von Rotterdam (NL) aus nach Brugge (B), Oostende (B), Dunkerque (F), Calais (F) und Brighton (GB) und enden in Ramsgate(GB) – mit weiteren noch zu definierenden Etappen. Damit liegen die Hauptübergangsorte von Migrant_innen über Nordsee und Ärmelkanal auf unserer Strecke.

An Bord nutzen wir die Zeit für den Austausch über Migrationspolitiken sowie über Möglichkeiten des Widerstandes gegen diese in ganz Europa.

Während der Stopps in den unterschiedlichen Häfen ist es unser Ziel, die Aufmerksamkeit der Menschen vor Ort zu erregen und sie über das Thema Migration nach und durch Europa zu informieren – Migrant_innen sollen zu Wort kommen und wir planen Ausstellungen, Straßentheater, öffentliche Mahlzeiten von Volxküchen, Screenings auf dem Großsegel, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit u.v.m.

Wir wollen Menschen entlang der Europäischen Grenzen miteinander vernetzen, die sich mit europäischen Migrationspolitiken und ihren Konsequenzen auseinandersetzen, um ein dauerhaftes Netzwerk von Aktivist_innen und NGOs zu etablieren, das auch nach dem Törn weiterbesteht. Die Informationen, Geschichten und Eindrücke, die wir in den Hafenstädten am Festland sammeln und erleben, nehmen wir nicht nur mit an die südenglische Küste, um dort auf die menschenverachtende Situation von Migrant_innen an den EU-Grenzen aufmerksam zu machen, sondern tragen sie auch weiter nach Deutschland.

Über die drei Wochen hinaus sind folgende Aktivitäten geplant: Vom 19.-21. Juli organisieren Gruppen in Hamburg rund um den Hafen ein vielfältiges Programm, das den Start auf die Nordsee vorbereitet.



Im Anschluss an „Voices from the borders" findet auf der Ostsee eine Infotour statt. Sie beginnt am 8. September in Kiel, stoppt am 14. September in Rostock, am 18. September in Stralsund und endet am 21. September in Greifswald. Neben „drum n' bass"-Soliparties und Filmscreenings finden inhaltliche Veranstaltungen statt, die zurzeit mit Interessierten vor Ort geplant werden.

Für die weitere Entwicklung von „Voices from the Borders" und der Projekte in Deutschland laden wir euch herzlich ein, in die Vorbereitungen einzusteigen, eure Ideen und Vorstellungen einzubringen und Teil der Projekte zu werden! Interessierte können sich bei gegenwind@lovis.de melden!

Weitere Informationen

Calais Migrant Solidarity: *http://calaismigrantsolidarity.wordpress.com*

„Trying for England – Sans-Papiers an der französischen Ärmelkanalküste": *http://calaismigrantsolidarity.blogsport.de/ images/TryingforEnglandSansPapie rsanderfranzsischenrmelkanalkste.pdf*

Bundesweiter Flüchtlingsstreik: *http://refugeetentaction.net*

Voices from the borders: *http://voicesfromtheborders.wordpress.com/* (im Aufbau)

Bildungslogger „Lovis": *http://lovis.de*

Termine

Sommer 2013: Ecotopia Biketour – Thema: „Borders & Boundaries"

19.-21. Juli 2013: „Ungerechtigkeit treibt aufs Meer" - Veranstaltungswochenende am und im Hamburger Hafen

2.-10. August 2013: no-border-Camp in Rotterdam

3.-24. August 2013: „Voices from the borders" von Rotterdam bis Ramsgate

8.-21. September 2013: Ostsee-Infotour von Kiel nach Greifswald

Bildquellen

Fotos aus Calais: Sophia Zoe, Berlin
Foto von Lovis: BÖE e.V.

Bundesweite Mobilisierung immer erfolgreicher! 5000 bei Refugees´Revolution Demo.

Presseerklärung der protestierenden Geflüchteten in Berlin und aus ganz Deutschland:

„Die Refugees´Revolution Demo vom 23.03.2013 setzte erneut mit gut 5000 TeilnehmerInnen ein starkes Signal gegen unsere Ausgrenzung, Isolation und menschenunwürdigen Lebensbedingungen. Sie ist eine unmissverständliche Absage an eine Regierungspolitik der Ignoranz, Blockade und Repression gegenüber unseren Forderungen und Aktionen.

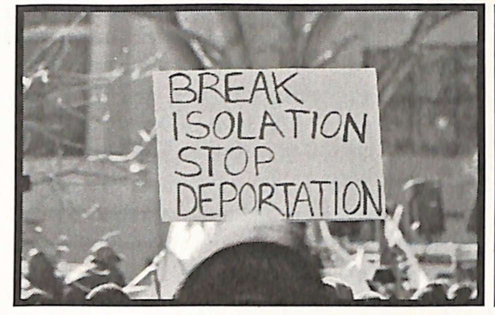
Ein weiterer großer Erfolg der Refugeeproteste liegt in dem immer weiter wachsenden Anteil von sich selbst organisierenden Geflüchteten aus vielen Städten in ganz Deutschland (u.a. aus Frankfurt/Main, Leipzig, Hamburg, Hannover, Braunschweig, Wolfsburg, Magdeburg, Passau, Regensburg, Würzburg, Nürnberg, Bayreuth, Halberstadt, Bitterfeld, Halle, München, Karlsruhe, Stuttgart, Köln, Bremen, Neumünster, Rostock und Kiel) , die unserem Aufruf folgten. Keine der Repressionen von staatlichen Behörden gegen die Refugeeproteste seit einem Jahr, keine Angriffe der Polizei gegen die Refufgees´Revolution Bustour konnten uns stoppen. Weder versagte Urlaubsscheine durch Ausländerbehörden noch Polizeikontrollen bei der Anreise zur gestrigen Demonstration mit zeitweiliger Ingewahrsamnahmen zeigten Wirkung. Und wir werden täglich mehr und stärker. Wir sind gekommen, um zu bleiben!

Unser Dank richtet sich an alle Refugees, Supporter_innen, Unterstützer_innen und Spender_innen, die uns in unserem Kampf beistehen!“

Wir halten fest:

Die Kulisse von Abschreckung und Drohung der herrschenden Politik fällt immer mehr in sich zusammen. Unsere vielen Protestaktionen sowie die Bus Tour zur Information und Mobilisierung zeigen ihre Wirkung. Immer mehr Geflüchtete schließen sich dem Protest an und nehmen den Kampf um ihre Rechte in die eigenen Hände.

Mehr denn je brechen Geflüchtete in ganz Deutschland aus dem physischen und mentalen Gefängnis ihrer Lager aus und überwinden die Grenzen der uns aufgezwungenen Residenzpflicht. Und das – trotz der oft unverhohlenen Strafandrohungen von





lokalen Ausländerbehörden und Lagerleitungen.

Wir sind aus allen Auseinandersetzungen stets gestärkt und noch solidarischer hervorgegangen! Auch der Kreis der UnterstützerInnen unserer Forderungen wächst beständig.

Seit einem Jahr sind wir nun massiv und vielfältig in die Öffentlichkeit präsent und sichtbar! Wir sind nicht mehr zu ignorieren, zu isolieren und zu verschweigen!

Unter den widrigsten Umständen – staatlicher Repression und Isolation, eigene traumatisierende Vergangenheit, prekäre finanzielle Verhältnisse, Kälte, mangelnde medizinische Versorgung, das Fehlen eines planungssicheren und zukunftsorientierten Alltags, aber auch sprachliche Hürden und so manche inhaltliche Differenz unter uns Geflüchteten – schaffen wir es immer wieder, uns zu formieren und solidarisch den Verhältnissen zu trotzen. Wir gewinnen weiter an Kraft und Ausdauer – jeden Tag!

Wir wiederholen und erneuern unsere Forderungen:

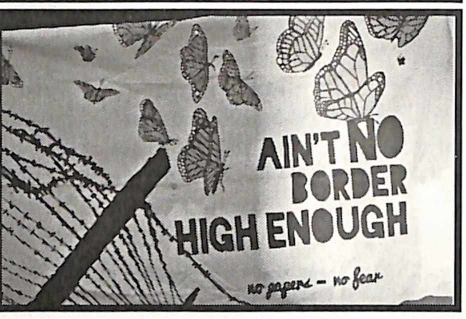
Abschaffung der Residenzpflicht bundesweit!

Schliessung aller Unterbringungslager!

Freie Wahl von Wohnort und -raum in den Städten! Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Abschiebungen stoppen! Keine Duldung der Duldung!

Gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesamten gesellschaftlichen Leben! Dazu gehören u.a.: Arbeitserlaubnis, freiwillige und kostenlosSprachkurse, medizinische Versorgung und Mitbestimmung





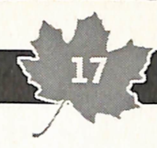


Niemand ist illegal! Alle bleiben! Abschaffung von Dublin II und Frontex! Grenzen einreißen! Rassistische und ausgrenzende Gesetze abschaffen!

Die protestierenden Geflüchteten in Berlin und ganz Deutschland

Mehr Infos unter: refugeesrevolution.blogsport.de

Quelle der Bilder: flicker/Leif Hinrichsen/by-hc-sa



Migration in der postmodernen Krisenvergesellschaftung

Warum einfache Antworten auf Migrationsfragen immer schwieriger werden und was das für emanzipatorische Positionen bedeuten könnte

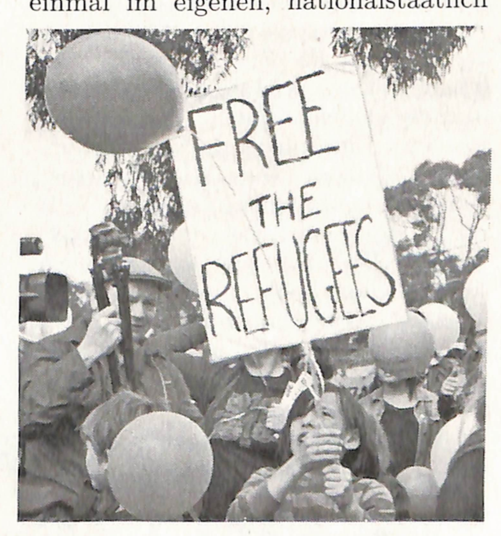
In Berlin und Wien haben sich in den letzten Monaten Protest- und Kampfformen von Migrant_innen bzw. asylsuchenden Menschen entwickelt, die für „deutsche" Verhältnisse völlig neu sind.

Während in anderen Ländern Europas – erwähnt seien hier etwa die französischen „Sans-Papiers" – die Selbstorganisation von Menschen ohne Papiere bzw. mit ungesichertem Aufenthaltsstatus bereits lange Tradition hat, konnte im repressiven ordnungsstaatlichen Klima Österreichs und Deutschlands derartiges bisher nicht verzeichnet werden. Dies hängt nicht nur mit einem rassistischen Konsens und einem völkischen Verständnis zusammen, das teilweise bis in (und vor) den Nationalsozialismus zurückreicht, es hat natürlich auch maßgeblich mit den institutionellen Settings zu tun: Nationalstaatlichkeit und damit der „Gründungsmythos" der staatlichen Apparate baut in beiden Ländern bekanntlich auf ein „ius sanguinis", ein Recht der Abstammung und nicht ein „ius soli", ein Recht des Bodens. Das heißt, dass in der deutschen (und österreichischen, hier sind die Unterschiede gering) Rechts- und Politiktradition die Bürger_innenschaft nicht an die räumliche, sondern eine ominöse familiäre Herkunft gebunden ist. Kein Wunder also, dass hier die Abwehr gegen vermeintlich „volksfremde" Elemente so viel stärker war und ist, Migrant_innen sich in einem engmaschigen Netz von rechtlichen, polizeilichen und sozialstrukturellen Schikanen verwoben finden und folglich Selbstorganisation und Protest so viel schwieriger ist, als in anderen Ländern. Umso wichtiger sind jene Kämpfe von unten, die sich im Wiener „Refugee-Camp" am Sigmund-Freud-Platz und den Refugee-Besetzungen vor dem Berliner Brandenburger Tor manifestierten. Kaum eine Aktionsform sollte höher eingeschätzt werden, verdiente mehr Solidarität und Unterstützung als diese unmittelbaren und ganz praktischen Kämpfe ums Überleben.

Zufällige Proteste oder widersprüchliche systemische Hintergründe?

Ich möchte in Folge jedoch nicht auf die Kämpfe selbst eingehen und auch nicht deren institutionelle Gegner_innen im Staat untersuchen. Mir geht es darum, die Perspektive etwas breiter zu machen und die Hintergründe jener Proteste zu beleuchten. Ganz generell halte ich eine solche Verschiebung des Fokus für zentral, denn ein Herausgehen aus den unmittelbaren Auseinandersetzungen ist etwas, was vielen Aktivist_innen schwer fällt – in der alltäglichen (Bewegungs-)Praxis geht schnell der Blick für das größere Ganze verloren, das strukturelle Setting wird entweder ignoriert oder einfach als „Feind" abgetan. Ganz so einfach ist es aber meist nicht und dies wird auch in den linken Positionen selbst deutlich. Gerade das Beispiel von Kämpfen der Prekärsten unserer Gesellschaft – jener die nicht einmal über die eingeschränkten „Freiheiten" verfügen, die der Staat vergibt – macht dies deutlich. Denn mögen viele meiner obigen Einschätzung der Selbstorganisation von illegalisierten Migrant_innen auf den ersten Blick noch zustimmen, so wird es bereits bei einer etwas differenzierteren Betrachtung haarig. Denn während viele der in Deutschland geborenen und sozialisierten Aktivist_innen für relativ „abstrakte" politische Ziele wie größtmögliche Freiheit, ein nachhaltiges Naturverhältnis, die Dekonstruktion der Geschlechtergrenzen oder gar die Befreiung der Tiere kämpfen, geht es den illegalisierten Migrant_innen oftmals um sehr „banale" Dinge: einen deutschen Pass, ein Recht zu Arbeiten und relativen Wohlstand, die Möglichkeit der Gründung (oder Nachführung) von Familien und insgesamt ein halbwegs friedliches und ruhiges, nahezu „traditionelles" Leben. Zugespitzt formuliert könnte gesagt werden, dass sie genau für das kämpfen, wogegen sich die hiesigen Akteur_innen oftmals wenden. Dieser Widerspruch wird ungern gesehen, taucht aber natürlich gerade im Austausch beständig auf, wenn es um Weltbilder, Verhaltensweisen und Strategien geht.

Gewissermaßen kommen hier die Realitäten eines wohlsituierten, politisch relativ liberalen und kulturell pluralistischen globalen Nordens und jene eines peripheren Südens aneinander, oder besser noch: Die sonst hermetisch abgeschlossene Sphäre des marginalisierten (oftmals postkolonialen) „Anderen" findet sich auf einmal im eigenen, nationalstaatlich



abgegrenzten Raum wieder. Dies führt zu wirklichen Konflikten, die von der „Normalbevölkerung" zusehends regressiv (rassistisch, xenophob, sozialchauvinistisch) verarbeitet werden, bei „Linken" jedoch oft (partiell) verdrängt werden und vor dem Hintergrund „höherer" Ziele und einer unkonkreten Solidarität mit den Schwächeren ausgeblendet werden. Um nicht falsch verstanden zu werden: Diese Solidarität ist natürlich für sich gut und wichtig – aber sie ist auch ein wenig unehrlich bzw. inkonsequent; zumindest dann, wenn die Widersprüche einfach stehen bleiben. Nicht zuletzt droht dann auch die Gefahr, dass vermeintlich solidarische Positionen auf einmal ganz schnell unsolidarisch werden, etwa wenn mit Verwunde-

rung festgestellt wird, dass die (idealisierten) migrantischen Aktivist_innen ganz andere Vorstellungen von Sexismus, Homophobie, Antisemitismus oder schlicht der kapitalistischen Arbeits- und Leistungsideale haben. Die Widersprüche lassen sich aber nur dann erklären, wenn eine beschränkte Binnenperspektive, die bloß auf aktuelle Auseinandersetzung, Aktivismus und den Kampf für (oder gegen) ein Ideal schaut, überschritten wird. Einen wirklichen Umgang mit diesem Widerspruch der Forderungen und Formen von Kämpfen kann also erst eine Perspektive bringen, die Proteste nicht nur als spontane Erhebungen sieht, Aktivismus nicht nur als Weg vom Status-Quo zu einem idealen Ziel betrachtet, sondern sie eingebettet in historische Hintergründe beleuchtet und damit die realen gesellschaftlichen Dynamiken vom Konkreten ins Abstrakte verfolgt (und im besten Fall dann wieder konkret werden lässt). Die Widersprüche können dann nicht nur verstanden werden, sondern auch als Ausdruck verschiedener (Abstraktions-)Ebenen in ihrer ganz praktischen, realen Wirksamkeit gedeutet und so vielleicht auch transformiert werden. Emanzipatorischer Aktivismus wird dann zwar „komplizierter", selbst widersprüchlich, aber im Endeffekt auch ehrlicher und „realistischer". Die Kämpfe der Refugees können dann nicht nur aus „idealistischen" Gründen unterstützt bzw. als enorm wichtig betrachtet werden, sondern auch aus einer analytischeren Perspektive als zentrale Auseinandersetzungen gelesen werden: Gerade weil sie so widersprüchlich sind, namentlich den Widerspruch einer weltsystemischen Segmentierung in Zentren und Peripherien symbolisch in den unterschiedlichsten Facetten repräsentieren und auch ganz materiell ins selige Diesseits deutscher Verhältnisse holen, sind sie von so hoher Relevanz, sowohl für sich, als auch für die „deutsche Linke" bzw. dem, was sie hier lernen kann.

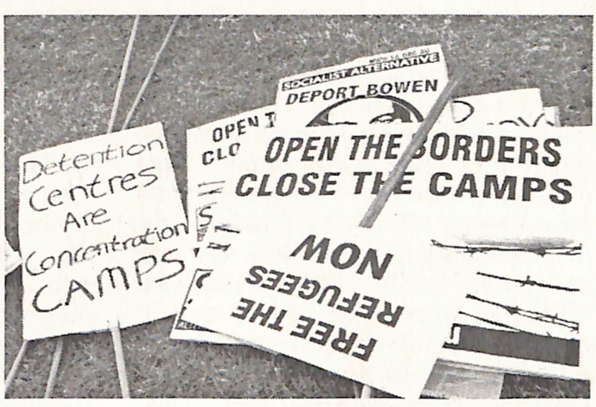
Ich möchte nun im Folgenden einige Anregungen geben, wie eine analytisch weitsichtigere Auseinandersetzung mit den Widersprüchen des Migrationsregimes und seiner Kämpfe aussehen könnte.

Der Status globaler Migrationsverhältnisse und ihre kritische Theoretisierung

Betrachten wir die kritische Migrationsforschung, so stehen sich hier heute zwei im Grunde unterschiedliche Traditionen gegenüber, die sich gemäß der Unterteilung „akteur_innenzentrierte" bzw. „subjektivistische" und „strukturzentrierte" bzw. „objektivistische" einordnen lassen.
Bei den ersten Ansätzen geht es v.a. um die Perspektive der Migrant_innen selbst. Mittels ethnographischer Forschung, Konzepten aus den „Cultural Studies" und wissenschaftssoziologischen Ansätzen, welche die nach „Objektivität" suchende herrschende Wissenschaft in ihren Grundfesten hinterfragt, wird dieser Perspektive nachgespürt. Es geht also darum, warum Menschen von einem Ort an einen anderen ziehen, welche Sinn- und Deutungssysteme hierfür (aus den unterschiedlichen Perspektiven) vorliegen und welche Identitäten hierdurch gefestigt, subvertiert oder erst geschaffen werden. Oft werden hierfür Theorien zum Einsatz gebracht, die im weitesten Sinne mit „postmodernen" Gedanken assoziiert sind und Wahrheit bzw. Aussagen über die Realität als grundsätzlich relativ und sozial konstruiert betrachten. Auf Basis derartiger Ansätze können v.a. vermeintlich sichere Annahmen über „den_die Migrant_in" hinterfragt werden: Mittels einer Dekonstruktion der vorherrschenden Diskurse, die z.B. einen „sozialschmarotzenden Ausländer" imaginieren oder Asylwerber_innen sofort mit dem Stigma „kriminell" belegen, kann nicht nur viel über die problematischen ideologischen Gedanken im Eigenen gelernt werden, auch lassen sich so überhaupt erst die tatsächlichen Motivationen der Migrant_innen eruieren. Die Schwierigkeit bleibt allerdings, von dieser Voraussetzung für eine Erörterung der Migrationshintergründe zu tatsächlichen Aussagen über ihre wirkliche Beschaffenheit zu gelangen. Eine einschlägige Antwort auf diese Frage geben dabei in neueren Debatten vor allem Überlegungen zur sogenannten „Autonomie der Migration". Sie stammen aus dem Umfeld des italienischen Operaismus und möchten den Blick radikal von den problematischen Herrschaftsstrukturen bzw. der reinen Fokussierung auf den Regulierungsaspekt der Migration (und somit die staatlich-obrigkeitliche Migrations- und Asylpolitik) weg hin zu den handelnden Menschen wenden. Es geht also darum, den Eigensinn, die Handlungsfähigkeit und die unabhängig von der herrschaftsförmigen Regulierung stattfindenden Entscheidungsprozesse zu untersuchen. Nicht nur vom Staat als zentraler Instanz der Kontrolle soll damit weggekommen werden, auch soll die Pluralität der Interessen und die eigenständige kreative Energie der Migrant_innen aufgezeigt werden. Aus dieser Perspektive ist es dann nicht mehr wichtig, ob jemand als „politischer Flüchtling", „Arbeitsmigrant_in" oder „Illegale_r" abgestempelt wird, da abseits jener Zuweisungen die einzelnen Menschen eigentlich ganz andere Motivationen haben.
So sehr diese Ansätze wichtig sind, v.a. hinsichtlich der ideologiekritischen Seite, welche den eigenen Blickwinkel radikal destabilisiert und den Blick auf „die Anderen" richtet, gehen mit dieser „subjektivistischen" Perspektive auf Migration auch einige Probleme einher. So kommt es oft zu einer falschen Romantisierung der Migrant_innen als „kämpfender Akteur_innen". Dabei werden die eigenen Vorstellungen von politischen Kämpfen implizit übertragen und jene Aspekte, die nicht ins Schema passen, also auch die oben aufgezeigten Beispiele von Widersprüchen, einfach ignoriert. Generell werden strukturelle Schranken und auch die Eingebundenheit der Menschen in regressive Sozialisierungs- und Handlungsmuster unterbeleuchtet. Dazu gehört, dass in einer – berechtigten – Kritik an einem falschen „Ökonomismus" – d.h. der Reduktion aller kultureller, sozialer, symbolischer und individueller Motivation auf wirtschaftliche Triebfedern – der Spieß umgedreht wird und ökonomische Motive ins Hintertreffen geraten bzw. lieber ausgeblendet werden.
Demgegenüber sind „objektivistische" Ansätze auf eben jene materiellen Aspekte im engeren Sinne ausgerichtet. Sie beschäftigen sich mit

klassischen Indikatoren der Migrationshintergründe, wie ökonomische Situation in einem Emigrationsland, soziale Hintergründe von Migrationspopulationen, demographischen Faktoren und schließlich v.a. auch politisch-staatlichen Rahmenbedingungen. Es sind letztlich auch alleinig diese „objektiven“ Kriterien, die für die staatliche Migrationspolitik Geltung haben, denn zum Gesetz werden kann nur, was sich in objektivierten Rechtsnormen verallgemeinern lässt. Dies erscheint auf den ersten Blick einmal verwerflich, v.a. weil jene individuellen Hintergründe, die in „subjektivistischen“ Ansätzen ernst genommen werden, ignoriert werden. Bis zu einem gewissen Grad ist es das wohl auch, zumindest wenn eins die alltägliche staatliche Praxis betrachtet. Allerdings ist die Problemlage dahinter auch differenzierter zu betrachten, denn wo in der Rechtsnorm illegitim nur die „abstrakte“ Dimension des Absehens von „Einzelschicksalen“ eine Rolle spielt (und somit alle nicht objektivierbaren, individuellen, kulturellen und symbolischen Aspekte außen vor bleiben), kann diesen abstrakteren Momenten aus einer analytischen Sicht durchaus etwas abgewonnen werden, wenn sie kritisch als Ausdruck einer bestimmten Vergesellschaftung gedeutet werden. Dann lassen sich auch vermeintliche „Totschlagargumente“ kritisch deuten. Einige Beispiele, die auch aus gängigen Migrationsdiskursen stammen könnten, seien hier kurz erläutert. Wenn etwa argumentiert wird, dass nationalstaatliche Migrationskontrolle strikt sein müsse und nicht auf einzelne „Wirtschaftsflüchtlinge“ Rücksicht nehmen könne, da sonst – abstrakter betrachtet – viel zu viele Flüchtlinge kämen um „unsere“ Sozialleistungen wie auch die hohen Löhne auszunutzen, so kann dagegen schwer etwas eingewandt werden. Wenn argumentiert wird, dass alleine einzelne Emigrationsländer wie Pakistan oder Nigeria enorme Bevölkerungen mit ebenso hohem Wachstumspotential haben, von denen viele – gemäß der dortigen Lebensverhältnisse – potentiell emigrieren würden, so könnte dies natürlich zu einem demographischen und v.a. auch ökologischen Chaos führen. Und wenn dann aus dieser Logik abgeleitet wird, dass Nationalstaaten ihre Gesetze so scharf machen müssen, um sich diesen wachsenden Migrationsdrucks zu erwehren, so ist das der inneren Logik der Verhältnisse nach – die auch von klassisch „linken“ Akteur_innen wie den Gewerkschaften vollends unterstützt wird – völlig akkurat. Es handelt sich schlicht um eine andere Abstraktionsebene, eine strukturelle Metaebene, wo sich andere Widersprüche auftun, als auf jener der individuellen Positionen. Daraus lässt sich für eine wirklich kritische Position aber nicht schließen, dass weniger abstrakte Ebenen bzw. „subjektivistische“ Ansätze, die sie zu fassen trachten, per se falsch oder irrelevant sind. Denn ein gesellschaftskritischer Blick auf Widersprüche kann auch diese abstrakte, nationalökonomische und staatliche Ebene noch einmal abstrakter fassen und sie gesellschaftskritisch hinterfragen. Analytisch betrachtet mögen dann gewisse „Rahmenbedingungen“ unumstößlich sein, allerdings können kritisch diese Bedingungen selbst auf ihre Bedingtheit untersucht werden, also gefragt werden, woher denn diese Zwänge kommen, um somit die Gesellschaft selbst, die sie erzeugt, zu hinterfragen. Eine solche Perspektive ist dann radikal, weil sie Grundfesten der herrschenden Ordnung wie Eigentum, National- und Rechtsstaatlichkeit und folglich die Unterteilung in privilegierte globale Zentren und subalterne globale Peripherien angreift. Sie kann allerdings auch nicht anders verfasst sein, will sie nicht inkonsequent sein und sich letztlich von vorherrschenden, in gewisser Weise auch „realen“ und „richtigen“ abstrakten Wahrheiten über die Verfasstheit der Welt, widerlegen lassen.

Eine kritische Perspektive kann hingegen beides: Sie kann die Ebene „von unten“, jene der „Grassroots-Organisierung“, der Eigensinnigkeit von Migrant_innen und der unmittelbaren Solidarität mit Menschen für wichtig erachten, zugleich die analytisch abstraktere Ebene der realen politischen und ökonomischen Zwänge anerkennen und damit auch den Widerspruch zwischen beiden akzeptieren. Sie bleibt diesem Widerspruch gerade nicht äußerlich, sondern beschäftigt sich mit ihm selbst und wendet ihn gesellschaftskritisch um die Verhältnisse zu hinterfragen, die ihn überhaupt erst hervorgebracht haben. Warum müssen wir beständig persönliche Schicksale gegen abstrakte politische Strukturen ausspielen? Warum kann es ein derartiges globales ökonomisches Gefälle geben, dass freie Bewegung ein Wunschtraum bleiben muss? Warum muss es überhaupt Nationalstaaten geben, die Menschen nur dann akzeptieren, wenn sie „Bürger_innen“ sind? All diese radikalen Fragen sollten nicht einfach



nur für sich gestellt werden, sondern müssten vielmehr aus den realen Widersprüchlichkeiten, die uns auf der (argumentativen) Bewegung auf den (realen) Abstraktionsebenen begegnen, heraus entwickelt werden. Das heißt v.a. auch, dass sie nicht allgemein zu verstehen sind, sondern in ihrer historischen Entwicklung. Das klassische Asylrecht und ein „enges“ Verständnis von politischen Fluchtgründen sind dann z.B. zu Zeiten des Kalten Kriegs bzw. der „nachholenden Entwicklungen“ ganz anders einzuschätzen, als unter den heutigen geopolitischen Verhältnissen. Abschließend möchte ich deshalb einige Einschätzungen der konkreten historischen Verhältnisse nachschicken, wie sie sich aus einer gesellschaftskritisch-abstrakteren Perspektive auf die realen Widersprüchlichkeiten ergeben.

Migration in der „postmodernen“ globalisierten Krisenvergesellschaftung

Wenn wir nun die historischen Hintergründe der herrschenden Migrationsverhältnisse betrachten wollen, ist es unabdingbar, einige Bemerkungen über den historischen Entwicklungsstand Welt zu machen, zumindest hinsichtlich einiger für die weltweiten Migrationsbewegungen relevanten Faktoren. Zentral erscheint hier zuerst einmal das Faktum der zunehmenden Globalisierung, d.h. eine Veränderung des (sozialen) Raumregimes, die alte, v.a. nationalstaatlich markierte Grenzen zunehmend transformiert bzw. partiell auch überschreitet. Diese Globalisierung wird oft als rein wirtschaftliche wahrgenommen und vordergründig mit sogenannten „multinationalen Konzernen“ und ihrer Expansion in Verbindung gebracht. Zwar spielt

tatsächlich die Monopolisierung von Kapital in großen Unternehmen eine gewichtige Rolle, allerdings handelt es sich dabei nicht alleine um eine bewusst vollzogene „Firmenpolitik", die auch anders gestaltet werden könnte; vielmehr hat die Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte einen technischen Stand erreich, der derartig konzentrierte, intensiv vernetzte und (somit) über nationale Grenzen notwendig hinausreichende Handels-, Produktions- und Innovationsketten von sich aus notwendig macht. Diese Tendenzen führen zu einer ungemeinen Verdichtung und somit Komplexitätssteigerung in den ökonomischen Abhängigkeitsbeziehungen, was dazu führt, dass kaum noch eine „Volkswirtschaft" für sich alleine planen kann. Am deutlichsten wird dies natürlich im Finanzsektor, der nicht nur das Herz des Weltkapitalismus ist, sondern schon seit längerem kaum noch nationale Grenzen kennt. Das Finanzkapital selbst ist – so getrennt es auch von der „Realwirtschaft" scheint – aber gerade Ausdruck der globalen und vernetzten Dimension des erreichten Standes der ökonomischen Verhältnisse.

Globalisiert ist allerdings nicht nur die als Wirtschaft auftretende gesellschaftliche Sphäre. Die Globalisierung betrifft auch die – immer noch weitestgehend nationalstaatlich orientierte – Politik und im breiteren Sinne auch alle anderen gesellschaftlichen Instanzen wie Kultur, Kunst, Zivilgesellschaft usw. Ganz allgemein integriert sich Gesellschaft – den vorherrschenden Herrschaftsformen folgend – immer stärker und es kommt zu Phänomenen wie Pluralisierung, Flexibilisierung und Relativierung alter Normen; allerdings auch zu erhöhten Risikobelastungen, sozialen Disparitäten und einem zunehmenden Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Kohäsion. Die sogenannten „postmodernen" Verhältnisse stehen für dieses Aufbrechen der klassischen, mehr oder minder regulierten modernen Ordnung, in der Verhältnisse noch halbwegs klar (aber natürlich auch herrschaftlich) organisiert waren. In vieler Hinsicht zeigt nun diese postmoderne Vergesellschaftung Momente von Krisen- und Verfallserscheinungen, welche die alte, kapitalistisch-patriarchale Entwicklungsweise in zahlreichen Grundfesten gefährdet bzw. dysfunktional werden lässt. In vieler Hinsicht überschneiden sich dabei eine Dynamisierung und ein Auseinanderdriften der Verhältnisse, ein partielles Aufbrechen alter Hierarchien und die Schaffung neuer, nur vermeintlich „freier" Präkaritätsspiralen, das Herausfallen immer breiterer Segmente und Teile der Bevölkerung und die intensivere und vernetzte Integration gewisser anderer Teile. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass sich in den letzten Jahrzenten Widersprüche immer mehr zugespitzt haben und vielfach komplizierter (durchschaubar) wurden – auch für emanzipatorische Akteur_innen. Hinsichtlich der globalen Dimension zeigt sich dies v.a. in einem zunehmenden Auseinandertreten nicht nur von Zentren und Peripherien, auch werden die Raumregime „intern" brüchiger. D.h. innerhalb der klassischen Regionen des Zentrums bilden sich Peripherien und umgekehrt auch innerhalb der Peripherien partielle Inseln der durchgesetzten kapitalistischen Vergesellschaftung. Ein „Außen" gibt es immer weniger, was und wer jedoch „Innen" ist, wird zunehmend fragwürdig. Dass ein derartiger Zustand für die involvierten Menschen zunehmend untragbar wird, sowohl aus materieller als auch sozialer, soziokultureller und psychischer Perspektive, zeichnet sich ab. Allerdings ist er auch der eignen Logik nach dysfunktional. Einer Logik nämlich, in der kapitalistische Akkumulation (d.h. immer weiteres „Wachstum" in der Form Geld) und politische Regulation (d.h. herrschaftsförmige Organisierung der Gesellschaft nach abstrakten Ordnungskriterien) ineinander greifen und dabei trotzdem ihre (funktionale) sphärenmäßige Trennung beibehalten. Dies ist immer weniger gewährleistet, wie nicht nur die weiter andauernde Eruption der „Wirtschaftskrise" verdeutlicht, sondern auch die politische Desintegration, die sich u.a. an Politikverdrossenheit, politischer Vereinheitlichung und staatlicher Handlungsunfähigkeit (etwa in der Wirtschaftspolitik) zeigt.



Vor diesem Hintergrund einer „postmodernen", globalisierten und krisenhaften Vergesellschaftung ist nun Migration v.a. auch als Ausdruck dieser neuen und verschobenen Verhältnisse zu deuten. Ähnlich wie auch die alten „Systemregeln" morsch werden, nationale Grenzen verschwimmen und soziale Segmentierungen aufbrechen und zugleich in vielfältiger Form neu entstehen, haben sich auch Migrationsregime in den letzten Jahrzehnten radikal verändert. In gewisser Weise spiegelt sich dabei die Zuspitzung systemischer Widersprüche paradigmatisch: Einerseits erhöht sich durch Globalisierung die Mobilität und Migrationsbereitschaft von Menschen, gerade auch jenen der Peripherien; andererseits werden die Grenzen um die Zentren herum immer umfassender dicht gemacht, um die kaum noch im eigenen aufrechtzuerhaltende und gemäß der eigenen Kriterien dysfunktional werdende Ordnung zu schützen. Das zeigt sich etwa am Aufbau einer „Festung Europa", der zunehmenden Abschottung entlang der EU-Außengrenzen, die jedoch zugleich mit einer internen Segmentierung einhergeht, wobei die „Süd- und Ostländer" interne Peripherien herausbilden. Entlang dieser Achsen erfolgen nun trotzdem Migrationsbewegungen und jede noch so nationalistische Migrationspolitik kann die Durchmischung der Raumregime nicht verhindern. Es steigt dabei allerdings nicht nur die Zahl der Migrant_innen bzw. jener die migrationswillig sind, auch kommt es zu einer zunehmenden Polarisierung in "Subalternenmigration" einerseits und "Elitenmigration" andererseits. Dabei werden auch alte Vorstellungen von Migration zunehmend obsolet. War die Arbeitsmigration früher v.a. eine der unqualifizierten Arbeitskräfte, die aus den Peripherien in die Zentren „geholt" wurden, so sind heute v.a. qualifizierte „Schlüsselarbeitskräfte" gefragt. War die Migration früher beschränkt auf gewisse „traditionelle" Wege (etwa aus den ehemaligen Kolonien in die Kernländer), so sind die Muster heute kaum noch klar zu schematisieren. War früher das politische Asyl in Zeiten der klaren politischen Systemgrenzen und der diesbezüglich existenten ebenso klaren Verhältnisse eine relativ „einfache" Sache, so bietet die heutige Weltkarte mit erodierenden Staatlichkeiten, „failed states" und andauernden (quasi-

)bürgerkriegsartigen Zuständen in vielen Ländern der Peripherien selbst den objektiven Rechtsnormen nach wenig eindeutige Grundlagen für ein Asylrecht, das zwischen „Flucht“ und „Migration“ klar unterscheiden möchte. Wenn Asyl überhaupt noch Sinn machen sollte, müsste ein Gros der Menschen, die in den „herausgefallenen“ Regionen der Welt leben, unter dieses „Recht“ fallen. Denn wo zwischen privater und politischer Gewalt, zwischen ökonomischer und gewaltförmiger Benachteiligung, Vertreibung und räumlicher Immobilität kein Blatt mehr passt, sich völlig neue, komplexe und undurchschaubare soziale Verhältnisse eröffnen, da müssten auch die „humanitären Gründe“ für eine Einbürgerung neu überdacht werden. Dass dies jedoch nicht einmal intendiert ist, ja gar nicht möglich ist, ohne den nationalstaatlichen Bestand und somit die gesamte Ordnung der Gesellschaft zu sprengen, zeugt davon, dass es längst nicht mehr um „Legalität“ oder idealistische Vorstellungen von „Menschenrechten“ geht. Die juristischen und realfaktischen Barrieren stehen für handfeste, ja im schrecklichen Sinne einer „Festung Europa“ manifest werdende (ähnliches findet sich freilich auch in den USA, Australien und anderen Ländern der „ersten Welt“) Schutzwälle, mittels derer sich die Zentren von den Peripherien abschotten möchten. Dass dies letztlich nicht zu gelingen vermag, dabei aber strukturelle und auch unmittelbare Gewalt (re-)produziert wird, zeugt von einer Zuspitzung der globalen Verhältnisse, von der wir selbst im Binnenraum der hiesigen Wohlstandsoasen kaum noch die Augen verschließen können.

Conclusio. Oder: Was damit tun?

Wenn anzunehmen ist, dass sich Widersprüche ganz allgemein zuspitzen, so kann dies nicht nur einfach auf die Frage der Migration übertragen werden; vielmehr kann Migration selbst auch als eine der deutlichsten Ausdrucksformen jener allgemeinen Widersprüchlichkeiten gedeutet werden. Dies ist – wie anfangs gezeigt – auf einer unmittelbaren Ebene der politischen Praxen so. Nach der hier nun präsentierten „Tour de Force“ durch verschiedene Abstraktionsebenen und analytische Betrachtungsweisen lässt sich darüber hinaus jedoch feststellen, dass Migrationsregime gewissermaßen als Brennpunkt zahlreicher Widerspruchsachsen einer transnationalisierten und fragmentierten Welt erscheinen. Sie stehen faktisch, aber auch symbolisch für die Unsicherheit, die sich aus der Zerstörung alter Raum-Zeit-Regime und der zunehmenden Unmöglichkeit der Schaffung neuer ergibt. Diese Unsicherheit ist jene einer Welt, die einerseits partiell immer mehr zusammenwächst – technische, wissensbasierte und kulturtechnische Indikatoren stehen dafür –, zugleich aber aus sich heraus ein beispielloses Auseinanderdriften – von arm und reich, integriert und ausgeschlossen, postmodern-multikultiviert und rückwärtsgewandt-konservativ – produziert. Migrant_innen als widerständige, aber auch diese Verhältnisse in ihrer Mannigfaltigkeit reproduzierende Akteur_innen sind dabei von Widersprüchen getrieben und nehmen natürlich auch selbst widersprüchliche Positionen ein. Sich mit kämpfenden Migrant_innen zu solidarisieren ist deshalb zu Recht eine emanzipatorische Position vieler lokaler Akteur_innen. Zugleich gilt es jedoch auch darüber hinaus, mit all jenen, die prinzipiell als global Nicht-Privilegierte zu betrachten sind, zumindest zu sympathisieren; ihre komplexen Unterdrückungsverhältnisse in Betracht zu ziehen und dabei den strukturellen Rassismus im Auge zu behalten, der ihnen in den Ländern des Zentrums wie Deutschland entgegengebracht wird.

Daraus sollte jedoch auch nicht der Umkehrschluss gezogen werden, dass nach politischen, praktisch-organisatorischen, persönlichen und moralischen Standards Migrant_innen immer zu bevorzugen sind, auf Grund ihrer realen Deprivilegierung (symbolisch) zu privilegieren sind. Dies unterschlägt die Komplexität der Verhältnisse, in denen jene Menschen eingebunden sind und vereinheitlicht sie erneut unbotmäßig zu einem Quasi-Subjekt, was den Realitäten schlicht nicht entspricht. Vielmehr handelt es sich dabei erneut bloß um „westlich-privilegierte“ Projektionen, eine idealistische, aber nichtsdestotrotz falsche Simplifizierung der Realität, die letztlich – so könnte überspitzt gesagt werden – praktisch im Endeffekt kaum etwas bringt, als ein gewisses moralisches Besserfühlen der hiesigen Akteur_innen. Darum kann es und soll es nicht gehen. Richtiger wäre es hingegen, Unterstützung (da wo sie möglich ist) und Solidarität (da wo sie angebracht ist) mit einer realistischen Einschätzung zu paaren, die sich der komplexen Herkunft der „Migrationsprobleme“ bewusst ist, aber dabei Entscheidungen möglichst konkret entlang einer „praktischen Widerspruchsbearbeitung“ trifft. Es gäbe dann keine „einfachen“ Antworten und Positionen, die ganz generell zum Thema einzunehmen sind. Zahlreiche scheinbar relevante Probleme, die im Kontext einschlägiger Diskurse aufscheinen (wie etwa jenem zur Verschleierung vornehmlich als migrantisiert gedeuteter muslimischer Frauen oder dem zur oder der „internationalen Solidarität“ mit Menschen aus Ländern der Peripherie), erschienen dann entweder als „Scheinprobleme“ oder zumindest als unterkomplexe Verfehlung der richtigen „Ebene“, auf der eine Auseinandersetzung mit Themen sinnvoll und möglich erscheint. Kritik, Analyse, institutionell-allgemeine und konkrete Praxen können und sollten hingegen nicht einfach zusammengeworfen werden, sondern in ihrer jeweiligen Eigenqualität behandelt werden. Dies kann zwar die zahlreichen Widersprüche, die uns in der (politischen) Praxis begegnen auch nicht ins Nichts auflösen, es macht sie allerdings zumindest versteh- und bearbeitbarer. Dass es letztlich keinen „einen“ Königsweg gibt, dass Emanzipation eine komplexe Sache ist und eindeutige moralische oder praktische Positionen dabei nicht zu haben sind, das haben v.a. linke Akteur_innen hierzulande zu lernen. Denn die meisten Migrant_innen müssen dies nicht mehr tun – alleine durch ihre Alltagserfahrungen bekommen sie vielfach genug der Widersprüchlichkeiten mit, um hier eine ganz andere, „realistischere“ Positionierung zugewiesen zu haben. Kritische Solidarität und emanzipatorische Praxis hieße, zumindest soweit „realistisch“ zu sein, diese Verhältnisse nachzuvollziehen und ihnen nicht mit eigenen Projektionen und Identitätspolitiken zu begegnen.

Hambach-Räumung: Interview mit dem Tunnelaktivisten

Die Räumung des Hambacher Forstes hat letzten Herbst insgesamt vier Tage gedauert und war damit die bislang längste und aufwändigste Räumung einer Besetzung im deutschsprachigen Raum. Hauptgrund warum es so lange dauerte, war ein 15 Meter langes Tunnelsystem, an dessen Ende sich ein Aktivist verschanzt hatte. Ein Gespräch mit dem Maulwurf.

grünes blatt: Wie seit ihr denn eigentlich auf die Idee gekommen einen Tunnel als Blockademittel anzulegen?

Maulwurf: Konkret ist die Idee vor allem aus der Vernetzung mit Aktivisten aus Großbritannien hervorgegangen. Dort haben solche Tunnel schon eine gewisse Tradition im Widerstand und sind regelmäßig verantwortlich, dass sich Räumungen nicht nur über Tage sondern zum Teil über mehrere Wochen hinziehen. Das sollte hier auch geschehen!

Mehrere Wochen sagst du. Letztlich hat euer Tunnel ja "nur" vier Tage standhalten. Hat es euch da noch an knowhow gefehlt?

Der Hauptgrund weshalb die mich so verhältnismäßig schnell da rausgeholt haben, lag in der Vorgehensweise der Polizei. Im UK haben die für so etwas eine Spezialeinheit, die den ganzen Tunnel vom Einstieg bis zu der blockierenden Person nach gräbt. Also, du musst dir vorstellen, so ein Tunnel ist ja kein Gang, wo du drin herumlaufen kannst, sondern ein ziemlich kleiner Gang. Im Hambacher Forst waren die Gänge teilweise nur halber Meter auf halber Meter groß. Im UK läuft die Räumung also so ab, dass das Spezialteam den Tunnel zuerst verbreitert und dann die Leute drinnen durch den Tunnel raus schleppt. Das dauert, ist aber ziemlich sicher. Im Hambacher Forst haben sich die Bullen einfach mit einem Bagger von oben in die Kammer runter gegraben, in der ich war. Geht schneller, nimmt aber in Kauf, dass der ganze Tunnel über mir zusammenstürzt. Es gab ja dann auch tatsächlich Ablösungen von der Tunneldecke in die Kammer hinein in der ich mich aufhielt.

Ok. Das passt ja nicht so ganz zur offiziellen Propaganda, derzufolge du nicht ganz bei Trost seist und "gerettet" werden müsstest...

Wie du sagst, das ist Propaganda, mit der sie die Medien gefüttert haben. Viele haben das wie so oft unhinterfragt geschluckt. Aber selbstverständlich wollte ich gar nicht da raus, mir ging es gut, ich war in keiner Gefahr aus der ich hätte gerettet werden können. Die einzige Gefahr ging die ganze Zeit über von den Polizeiaktionen aus, die ausschließlich darauf abzielten mich schnellstmöglich zu räumen.

Wie würdest du denn eure Konstruktion in baulicher Hinsicht einschätzen? So in Baulicher Hinsicht. In den Medien wurde ja teilweise suggeriert, der Tunnel als solcher habe eine Gefährdung sowohl für dich als auch für die räumenden Bullen bedeutet?

Das ist Blödsinn. Der Tunnel war durchgehend mit Balken abgestützt und mit Holzplatten ausgekleidet. Die Sicherheit war auch allen Beteiligten wichtig, wir sind doch nicht lebensmüde, weder ich, noch die Leute die am Bau beteiligt waren.

Wie ging denn der Bau von statten? Habt ihr euch da vorher einen Plan gemacht, so und so lang soll es werden, da oder da wollen wir ankommen, oder habt ihr einfach drauf los gebaut?

Dazu kann ich nicht viel sagen. Doch bei Bauten auf der Besetzung waren immer Leute dabei die Erfahrung hatten und diese auch weiter gegeben haben. So war ein gegenseitiges Lernen und Unterstützen gegeben.

15 Meter muss mensch erst mal buddeln. Wie lange habt ihr denn dafür gebraucht?

Also die Grubenwehr hat die Bauzeit auf 4 Monate geschätzt. Aber ja - Zeit ist wohl ein großer Nachteil bei der Aktionsform.

Ok, ich merk schon, heikle Fragen ...

Na, die Gegenseite liest ja auch mit. Was ich sagen kann, ist dass es halt stark auf die Art der Konstruktion ankommt. Schon deshalb ist die Frage nach der Bauzeit im konkreten Fall gar nicht so interessant....

Was für Konstruktionsarten gibt es denn?

Vor allem den sogenannten Tagebau und eben den Tiefbau. Beim Tagebau wird ein großes Loch in die Erde gegraben, in worin die Stützwände des Tunnels gebaut werden. Anschließend wird das Loch wieder zugeschüttet. Beim Tiefbau wird wie im Bergbau unter Tage ein Stollen direkt in die Erde getrieben.

So war ja auch der Tunnel im Hambacher Forst gebaut.

Ja. Der wäre schon aufgrund seiner tief und Länge als Tagebau kaum möglich gewesen. Er war ja auch sechs Meter tief.

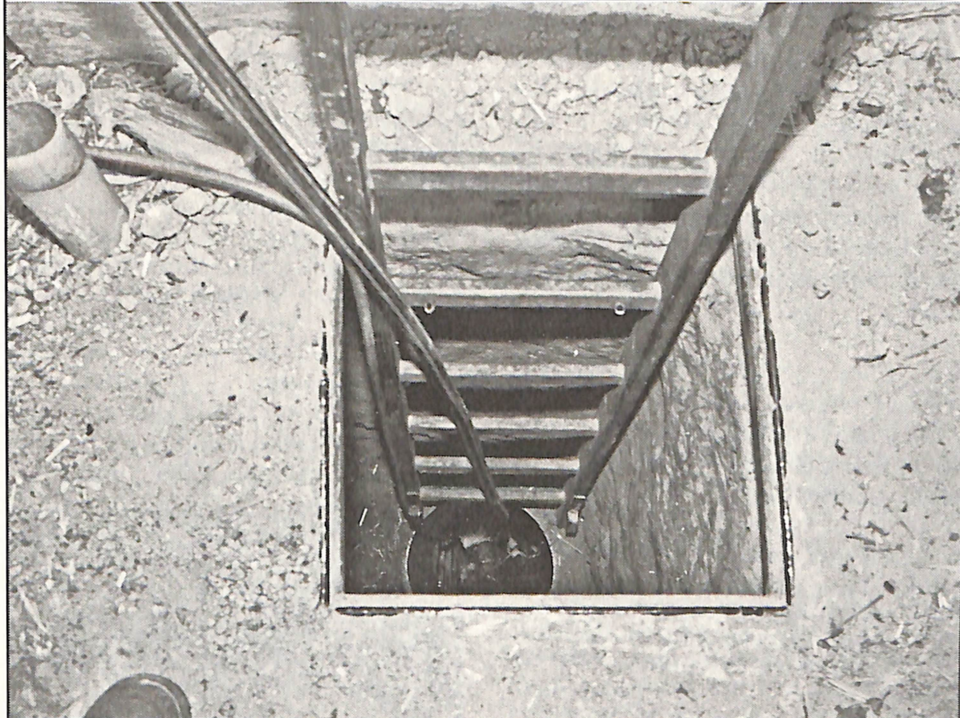
Hattet ihr irgendwelche Extra-Hindernisse für die Bullen in den Tunnel eingebaut oder war das einfach ein 15 Meter langer Schacht?

Keinesfalls. Es wurden sich von Anfang an Gedanken gemacht, wie die Polizei möglichst lange aufgehalten werden könnte, dazu war das Ding ja schließlich da! Der Tunnel war sehr verwinkelt, und auch die sechs Meter ging es nicht in einem Satz hinunter sondern über mehrere Höhenstufen verteilt. Vor allem aber waren insgesamt 6 Türen verbaut die alle von innen verriegelt werden konnten. Manche waren aus massiven Holz, durch die sie ja auch erst mal durch mussten. Andere Türen mussten erst einmal gefunden werden, sodass die Polizei auf einmal plötzlich in der

Sackgasse stand und gar nicht wussten wo es weiter geht, weil sie die Tür einfach gar nicht erkannt haben. Das alleine hat sie einen halben Tag aufgehalten.

Wie lang hat es dann gedauert bis die ersten Bullen bei dir ankamen?

Die erste Person, das war allerdings keine Person von der Polizei sondern einer von der Grubenwehr, kam nach etwa 36 Stunden bei mir an. Auf Nachfrage von mir, wie weit die Arbeiten sind, hat er behauptet, dass es schon eine Räumungsgrabung gäbe, die schon fast bei mir unten sei, und ich in ein paar Stunden eh raus geholt werde. Tatsächlich hatten sie da noch gar nicht entschieden, wie sie das überhaupt angehen wollen.



Klein, aber oho: Der Einstieg in den Tunnel. Das Rohr oben links war der Anfang der Frischluftleitung. Foto: Hubert Perschke

Wie war denn eigentlich deine Sauerstoffversorgung sichergestellt?

Es gab parallel zum Tunnel einen Lüftungsschlauch. Am Ende konnte ich dann mit einer batteriebetrieben Luftpumpe Frischluft ansaugen. Durch den Überdruck und die im Vergleich zur Umgebung höhere Temperatur im Tunnel strömte die Abluft dann durch den Schacht nach draußen. Und für den Notfall hatte ich außerdem noch eine Taucherflasche dabei.

Hattest du Kontakt zur Außenwelt?

Ja, mehr oder weniger die ganze Zeit über. Anfangs über den Lüftungsschlauch, später dann über ein Telefon, das die Grubenwehr runter gebracht hatte.

Mehr oder weniger?

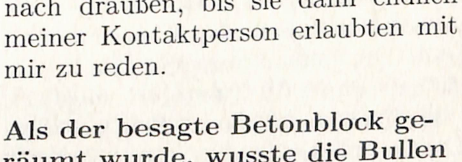
Nun ja. Die Polizei war im Prinzip immer erreichbar. Mit denen wollte ich aber ja gar nicht reden. Die Verbindung nach draußen lief über eine mir bekannte Kontaktperson. Dreimal hat die Polizei keine Kontaktperson zugelassen, somit gab es in der Zeit keinen Kontakt nach oben. Ich denke sie wollten mich mürbe machen, damit ich aufgebe.

Magst du erzählen wies dir da unten ging? Ich stell mir das ja ziemlich anstrengend vor, da alleine in der Dunkelheit zu sitzen....

Also die Dunkelheit war jetzt weniger ein Problem. Ich hatte zwei Lampen und genügend Batterien mit. Der reine Aufenthalt als solcher auch nicht. Am Ende des Tunnels war eine Kammer, 2 Meter lang, einen breit und hoch. Da konnte ich ausgestreckt liegen und aufrecht sitzen. Das Alleine-Sein, das hab ich schon gemerkt, dass das ganz schön zehrend sein kann. Es sollte sich schon gut überlegt werden ob solch eine Aktion alleine gemacht wird oder doch besser zu zweit. Ich hab mich dann tatsächlich sogar ein wenig gefreut als nach 2 Tagen der Grubenwehrler runter kam, einfach dass ich mal wieder einen Menschen sah. Auch wenn der natürlich nicht in meinem Sinne handelte. Vor allem die Langeweile sollte nicht unterschätzt werden. Es ist echt wichtig Möglichkeiten zu haben sich da zu beschäftigen.

Hast du mitbekommen was um dich herum passiert? Wie der Stand der Räumung war?

Am Anfang schon, es waren nämlich direkt über dem Tunneleingang noch vier Personen in einem Betonblock angekettet. Deren Bezugsperson hat das Gespräch zwischen mir und der Polizei vermittelt. Nachdem die geräumt waren hatte ich aber erstmal eine Weile keinen Kontakt mehr nach draußen, bis sie dann endlich meiner Kontaktperson erlaubten mit mir zu reden.



Als der besagte Betonblock geräumt wurde, wusste die Bullen schon von dem Tunnel?

Ja. die haben das schon ziemlich am Anfang gesagt bekommen. Als sie begannen mit schwerem Gerät auf das Campgelände zu fahren, das war so nach den ersten 2-3 Stunden. Am Anfang haben sie sich aber geweigert das überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Erst nachdem sie meine Stimme von unten hörten, wurden sie vorsichtiger.

Wie haben sie dich dann letztendlich da rausgeholt?

Irgendwann haben sie entschieden einfach von oben ein Loch zu mir zu graben. Der Presse haben sie erzählt sie würden einen Meter neben mir graben um dann am Ende von der Seite zu kommen, wenn sie die entsprechende Tiefe hätten. Tatsächlich haben sie direkt über mir gegraben. Als sie dann soweit waren, dass Sichtkontakt bestand, habe ich mich in Richtung Eingang zurückgezogen – also von dem Loch aus gesehen in den Tunnel hinein. Dann hat sich die Grubenwehr vom Ende her hinter mir her gegraben. Als sie näher kamen bin ich dann weiter Richtung Eingang. Von der Seite aus kamen dann zwei Polizisten, die sich aber als Leute von der Grubenwehr ausgaben. Das hab ich denen leider geglaubt, sie trugen mir bis dato unbe-

kannte Uniformen. Ich hab mich dann auch mit denen auf ein Gespräch eingelassen und nach einer Weile bin ich denen auch ein Stück entgegengekommen. Um zu zeigen, dass ich nicht der schlimme Verbrecher war, als der ich in Öffentlichkeit dargestellt wurde. Ich muss aber sagen, dass ich zu dem Zeitpunkt auch schon ganz schön erschöpft war. Sie haben dann eine günstige Gelegenheit abgepasst, mich zu packen und zu versuchen mich aus dem Tunnel schleifen. Das war aber immer noch ziemlich schwierig, der Tunnel war eng, es ging zusätzlich noch um eine Kurve und ich hab mich regungslos gemacht. Sie haben dann angefangen zu drohen, dass sie ein Spezialteam holen und es dann noch schmerzhafter werden würde, oder sogar einen Arzt der mich betäuben sollte. Ich hab mich davon nicht beeindrucken lassen. Sie haben dann eben noch eine Weile weiter gezerrt und hatten mich dann irgendwann soweit, dass sie mich nur noch den Eingasschacht hoch bekommen mussten. Da haben sie mir einen Rettungsgurt angelegt und mich mit einem Seil an den Händen hochgezogen.

Wir haben ja oben schon mal kurz die polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit angesprochen. Willst du nochmal Stellung nehmen, zu dem was da so über dich verbreitet wurde?

Die Polizei hat wohl alles getan um ihr Gesicht in der Öffentlichkeit zu wahren. Fakt war, dass es eine Situation war von der sie eigentlich keine Ahnung haben. Somit hat es angefangen mit der Lüge, aus der Räumung sei eine Rettung geworden. Dies war wohl vonnöten um die ganzen Rettungskräfte zu legitimieren, die für so eine Aufgabe eigentlich gar nicht zuständig wären. Bis dahin mich als verrückt darzustellen, mit der Aussage, ich hätte absichtlich Stützbalken umgeschmissen um Einsatzkräfte zu gefährden. Die Grubenwehr hat nach der Räumung bei der Staatsanwaltschaft klargemacht das es so nicht war. Doch in den Medien war es natürlich trotzdem. Oder ich sei ein vorbestrafter Gewalttäter. Das einzig Haltbare was da immer wieder kommt, ist eine Blockadeaktion gegen einen Castortransport, die auch friedlich war.

Solch eine Verleumdungspolitik gab es ja schon vor der Räumung gegenüber der Waldbesetzung...

Ja. Nachdem RWE gemerkt hat, dass die Proteste nicht von alleine aufhörten und sie diese auch nicht einfach ignorieren konnten, haben sie versucht die Waldbesetzung zu kriminalisieren. So kursierten auf einmal 60 Straftaten, die bis zur Räumung auf über 100 anstiegen. Interessant daran ist, dass nur ein einziger dieser Vorwürfe je bei der Staatsanwaltschaft gelandet und es bei den Restlichen nicht nachvollziehbar ist, ob es ein Ermittlungsverfahren überhaupt gegeben hat. Das einzige Ermittlungsverfahren was bei der Staatsanwaltschaft in Zusammenhang mit dem Kohlewiderstand bislang geführt wird, ist wegen einer öffentlichen Blockadeaktion an der Kohlebahn im letzten Sommer, bei der sich drei Menschen an die Schienen der Kohlebahn angekettet haben.

Was würdest du beim nächsten Mal anders machen? Bzw. Was würdest du Anderen, die so was vor haben, mit auf den Weg geben?

Wie schon gesagt, sollte sich gut überlegt werden, ob diese Aktion alleine gemacht wird. Mir hätte es auf jeden Fall gut getan – so im Nachhinein betrachtet – zu zweit zu sein.

Was ich auf jeden Fall auch noch gelernt habe, ist gar nichts zu glauben, was die Polizei oder Grubenwehr oder sonstige Räumungskräfte mir in so einer Situation erzählen. Die haben ihr Informationsmonopol komplett dazu genutzt mich durch Fehlinformationen in die Irre führen zu wollen, um so die Räumung zu beschleunigen.

Rechnest du mit irgendwelchen Repressalien im Nachhinein?

Hausfriedensbruch und Nötigung standen im Raum. Wobei die Staatsanwaltschaft von der Nötigung schon Abstand genommen hat, da selbst die nicht in der Lage war, sich auszudenken wer da genötigt worden sein soll. Für den Hausfriedensbruch müssten sie noch prüfen ob das Gelände umfriedet gewesen sei.

Wie ging es jetzt nach der Räumung mit dem Widerstand weiter?

Fast unmittelbar danach wurde eine Wiese am Waldrand besetzt, die auch weggebaggert werden soll. Da hat sich die Polizei auch sehr bemüht möglichst offensiv als Handlanger von RWE aufzufallen. Das Camp dort stört sie natürlich und sie wollten es gleich räumen. Den Besetzern sagten sie, der Besitzer habe eine Räumung veranlasst. Als der dann aber ankam und versuchte mit der Polizei zu reden, wurde er verhaftet weil er eine polizeiliche Maßname störe...

Und vor kurzem wurde dann wieder ein Stück Wald besetzt, allerdings auch nach zwei Tagen schon wider geräumt. Es wurde dann dort gleich gerodet, obwohl ja Vegetationsperiode ist und das somit gar nicht erlaubt.

Sind dieses Jahr noch weitere Sachen geplant?

Na klar. Vor allem natürlich die Klimacamps im Sommer, in der Lausitz und im Rheinland. Vom Lausitz- zum Reihenlandcamp ist eine Fahrradkarwane durch Norddeutschland geplant, zur Vernetzung der verschiedenen Energiekämpfe die es so gibt.

Näheres dazu auf

http://hambacherforst.blogsport.de
oder http://reclaimpowertour.org



Der Maulwurf (hier über der Erde)
Foto: Hubert Perschke

ovuvub - Offene Vernetzungsplattform für Umweltschutz von unten im Braunkohlewiderstand

Die Idee: Regelmäßige Treffen und andere kommunikative Prozesse organisieren, um Aktive des Braunkohlewiderstandes zusammenzubringen um im offenen, nicht-vereinheitlichenden Prozess, Projekte und Aktionen des „Umweltschutzes von unten" auszuhecken und durchzuführen.

Warum eine neue Vernetzung?

Da in den letzten Jahren verschiedene Kampagnen, Bündnisse und lose Aktivitäten gege Braunkohle im Rheinland entstanden sind, ist die Frage berechtigt, was nun eine neue Vernetzung soll. Zugrunde liegt die Analyse, dass die einen Strukturen zu starr sind – durch die Schaffung einer (konstruiert) einheitlich handelnden Gruppe die meisten Energien darauf verwendet werden, sich auf Positionen und Aktivitäten zu einigen, wobei das meistens inhaltlich auf schwammige Kompromisse hinausläuft und bei Aktionen auf vereinheitlichende Massenaktionen. Emanzipatorischer und effektiver ist es, Neben- und Durcheinander verschiedner Aktivitäten und Positionen zuzulassen und zu befördern. Andere Strukturen, der losen Aktivitäten sind bisher zu vereinzelt und unkontinuierlich um ihr Potential zu entfalten. Also soll hiermit der Versuch unternommen werden beides zusammenzubringen: Intensiver und offener, dynamischer Prozess. Die Vernetzungsplattform selbst ist niemals Akteur, sondern eben nur eine Plattform für Aktive zum Finden anderer Aktiver für gemeinsame Aktivitäten und zur Organisierung gemeinsamer Werkzeuge.

Umweltschutz von unten:

Umweltkämpfe haben oft das Potential, zu breiten Widerstandsbewegungen zu werden, und auch im Rheinland zeichnet sich ab, dass der Widerstand in den nächsten Jahren massenhafter werden könnte. Doch die Erfahrungen haben gezeigt, dass alleine die Masse nicht zum Erfolg führt, wenn kein Verständnis dafür da ist, wie Herrschaftsausübung funktioniert. Bestes Beispiel dafür ist Stuttgart 21, wo sich eine breite Bewegung zu großen Teilen hat befrieden lassen, durch Schlichtung und Volksabstimmung. Ziel dieser Vernetzung ist es deshalb auch die Kritik an Umweltzerstörung und an Herrschaft zusammenzubringen und so auch Umweltzerstörung nicht als alleinstehendes gesellschaftliches Problem zu betrachten, sondern die Verbindungslinien zu anderen Antagonismen zu ziehen. Gerade im Rheinischen Braunkohlerevier ist die Verknüpfung zwischen Herrschaft und Umweltzerstörung durch die Zwangsumsiedlungen offensichtlich. Ohne Herrschaft gäbe es diese Zerstörung hier nicht. Die gegenseitige Verwobenheit dieser beiden Aspekte unter die Lupe zu nehmen wäre ein lohnendes Unterfangen.

Und action:

Die Vernetzung soll auch dazu dienen schnell und unkompliziert Menschen mit ähnlichen Aktionsinteressen für die Durchführung unterschiedlichster Aktionen zu finden. Das Aufbauen einer gemeinsamen Aktionsinfrastruktur und eine Weitervermittlung von diversen Aktionsmethoden wäre in diesem Sinne hilfreich.

Konkrete Ideen:

Vorzugeben, was in dieser Vernetzung passieren soll wäre gegen das Konzept. Diese Ideen sollen bloß als Anregung dienen und stammen teilweise aus einem ersten offenen Vernetzungstreffen:

-sich mit Inhalten, Aktionen und einer anderen Organisierungsform auf dem Klimacamp, den Aktionstagen und dem Reclaim the Fields Camp einbringen. Offene Plattformen auf den Camps könnten mehr Dynamik in die Camps bringen.

-RWE-Filz aufdecken

-eine Widerstandskultur im Rheinland befördern

-Aktionen der Kommunikationsguerilla

Angedacht ist es auf dem Klimacamp, den Aktionstagen und dem Reclaim the Fields Camp eine Vernetzungs- und Aktionsplattform als Organisierungsmöglichkeit einzurichten, sowie in der Woche vor dem Klimacamp schon ein Vorcamp im dann vielleicht besetzten Wald (falls nicht in der WAA). Das Vorcamp kann Anlaufpunkt für alle Aktivist_innen sein, die die Region schon einmal kennen lernen wollen, die Gruppen suchen um Aktionen zu planen, die sich organisieren wollen um sich inhaltlich auf dem Camp einzubringen, oder sonstiges. Ebenfalls sind ein oder mehrere Treffen im Vorfeld geplant.
Aktuelle Infos dazu gibt es auf ovuvub.blogsport.de. Solange noch keine Termine feststehen, könnt ihr auch unter ovuvub@riseup.net Interesse bekunden unter und euch an der Terminfindung beteiligen.

Von der Waldbesetzung zur Widerstandsregion!

FloH Wer in der deutschsprachigen Umweltbewegung wusste vor drei Jahren schon, dass zwischen Köln, Aachen und Gladbach der größte Klimakiller Europas liegt? Dass dort einer der ältesten Wälder Mitteleuropas nicht nur dem Erdboden gleich gemacht wird, sondern der Erdboden dazu noch 500 Meter tiefer gelegt wird, dass RWEs Tagebaue und Ansammlung an Großkraftwerken ein massiver Faktor der Gesundheitszerstörung sind für die laut Wikipedia zweit-bevölkerungsreichste Metropolregion Europas? Vor allem wussten das die Leute, die selber aus der Region kommen. Seit den Schinenblockaden der Hambachbahn während den Klimacamps, seit der Waldbesetzung im vergangenen Jahr, der spektakulären Räumung, die dank eines verwinkelten Tunnels und einem von den Medien für „verrückt" erklärten Tunnelaktivisten, die längste Räumung einer Waldbesetzung im deutschsprachigen Raum wurde (4 Tage), seit sich Aktivist_innen dauerhaft in der Region ansiedeln, auf Wald- und Wiesenbesetzungen oder im Umfeld der Werkstatt für Aktionen und Alternativen, seither haben einige erkannt, dass diese Region viele dieser „Rationalitäten" vereint, die ein System, das nationales Wirtschaftswachstum als oberste Priorität setzt, zwangsläufig produziert.

Die erste Waldbesetzung

Die erste Waldbesetzung des Hambacher Forstes war entscheidend um verschiedene, bis dahin vereinzelte Aktuer_innen des Braunkohlewiderstandes zusammenzubringen: Unabhängige Öko-Aktivist_innen, Aktive in Bürgerinitiativen oder in Umweltgruppen der näheren und weiteren Entfernung, bisher unorganisierte Anwohner_innen, Aktive der Kampagne ausgeco2hlt. Als Ort des losen, aber kontinuierlichen Austausches war es möglich, verschiedene Perspektiven abzugleichen und zu erweitern, inhaltliche Debatten zu führen, sich auszutauschen über sonstige Kämpfe, die verschiedenen Aktive in ihrem Alltag oder ihrer politischen Praxis führen. Sprich – ein Ort an dem der gewollten Vereinzelung durch kapitalistische Interessen entgegengewirkt, und zudem ein breiter Widerstand gegen ein konkretes Großprojekt aufgebaut wird. Auch das Klimacamp im Sommer und die Schienenblockade währendessen haben zur Verfestigung des Widerstandes beigetragen. Größere Veranstaltungen wie Aktionstage, Skill-sharing-camps und das Unräumbar-Festival fanden auf auf der Waldbesetzung teilweise mit vielen Teilnehmer_innen statt. Gerade im Herbst, als es auf die Räumung zuging, kamen richtig viele Aktivist_innen in den Wald und bereiteten sich auf eine Räumung vor. So kam es dann, dass die Polizei unvorbereitet auf ausgeklügelte Blockadevorrichtungen traf. Am ersten Tag konnten nicht einmal die Kletteraktivist_innen aus den Bäumen geräumt werden, und erst am zweiten Tag wurde der Eingang zum Tunnel entdeckt...

Wiesenbesetzung

Nur wenige Tage nach der Waldräumung wurde eine Wiese am Rand des Hambacher Forstes besetzt, die ebenfalls auf dem Gebiet liegt, das RWE abbaggern will, aber nicht wird. Anfangs bestach die Polizei durch eine Reihe von Peinlichkeiten, die sie als Gehilfin von RWE hervorbrachte. So nahm sie zum Beispiel den Besitzer der Wiese selber in Handschellen fest (ein schönes Bild, das uns schon zur Vermutung brachte, die Polizei hätte sich den „revolutionären Kräften" angeschlossen, erkannt das Eigentum Diebstahl ist, und jetzt angefangen die anarchistische Bodenreform durchzusetzen) als dieser auf die Wiese kam, nachdem er erfuhr dass gerade geräumt wird und die Polizei verlauten ließ, der Besitzer hätte den Auftrag zur Räumung gegeben, was nicht stimmte. Zwei Tage später tauchten sie wieder auf mit schwerem Gerät, rissen Hütten ab, klauten das Holz und meinten sie würden es zur Beweisaufnahme sicherstellen, da es einen Verdacht auf Diebstahl gäbe. Nun, wenn jede Pfadfinder_innengruppe, die dem Walde Holzstangen entleiht um Zelte zu bauen, einen solchen Großeinsatz auslösen würde, hätte die Polizei bald keine Kapazitäten mehr zur Verfügung den Nazis zu helfen beim .... ach so nee, das lag ja nur an der schlechten Koordination der Polizeien untereinander...

Das Vorgehen der Dürener Polizei veranlasste einige Aktivist_innen, dazu sich einmal den lokalen Filz zwischen RWE, Politik und Polizei näher anzugucken. Und siehe da: Es musste nicht lange gesucht werden, bis ein erstklassiger Filz zwischen allen dreien gefunden wurde, und zwar in einer Person: Wolfgang Spelthahn, Landrat von Düren und somit auch oberster Polizist des Kreis Dürens, ist gleichzeitig Aufsichtsrat bei RWE Power. Wie also soll die Polizei so ihre Interessen auseinanderhalten von denen von RWE – einmal ganz abgesehen von der Frage, ob zwischen diese beiden Interessen überhaupt ein Blatt geht in einem bürgerlichen Staat.

Den ganzen Winter über diente die besetzte Wiese als Treffpunkt von Aktivist_innen und Anwohner_innen und war trotz langem und kalten Winter durchgehend besetzt.

Neue Waldbesetzung

Mitte März wurden dann neue Bäume im Wald besetzt, Plattformen in den Bäumen und Hütten am Boden gebaut. Nur wenige Tage später räumte die Dürener Polizei die Besetzung wieder mit dem Versuch eines fiesen Tricks: Anfangs räumten sie nur die Aktivist_innen am Boden, und schützen den Bereich für Abriss- und „Aufräum"arbeiten von RWE und sagte es würde nicht geräumt werden. Erst um Punkt 16 Uhr – Redaktionsschluss bei allen Tageszeitungen – fing sie dann mit der Räumung an. Die Kölner Schmierpresse „Express" gab den

Aktivist_innen dann die Schuld an der Räumung: „Doch aus dem Aufklärungseinsatz wurde spontan eine Räumaktion. Der mögliche Grund: Aktivisten hatten am Morgen via Mail verbreitet, dass die Räumung bereits im Gange wäre und zusätzliche Verstärkung angefordert. „Es werden Menschen vor Ort gebraucht. Kommt zur Wiese wenn ihr nicht wisst, wo die Besetzung im Wald ist“, hieß es dort.“ Die Räumung findet gerade bei Redaktionsschluss des grünen blattes statt.

Klimacamp, Reclaim the Fields Camp, Energiekämpfetour

Diesen Sommer wird zuerst eine Energiekämpfetour stattfinden, die verschiedene Orte an denen Energiekämpfe geführt werden, mit einer Fahrrad- und einer Trampkarawane vernetzen will. Diese Karawanen werden dann mit dem Beginn des Klimacamps im Rheinischen Braunkohlerevier (23.08 - 01.09) enden. Direkt im Anschluss an das Klimacamp wird das Reclaim-the-Fields Camp an gleichem Ort und Stelle stattfinden (28.08. - 08.09.) und Aktionstage während 4 überschneidenden Tagen. Insgesamt wird mit knapp 1000 Aktivist_innen im Rheinland gerechnet.

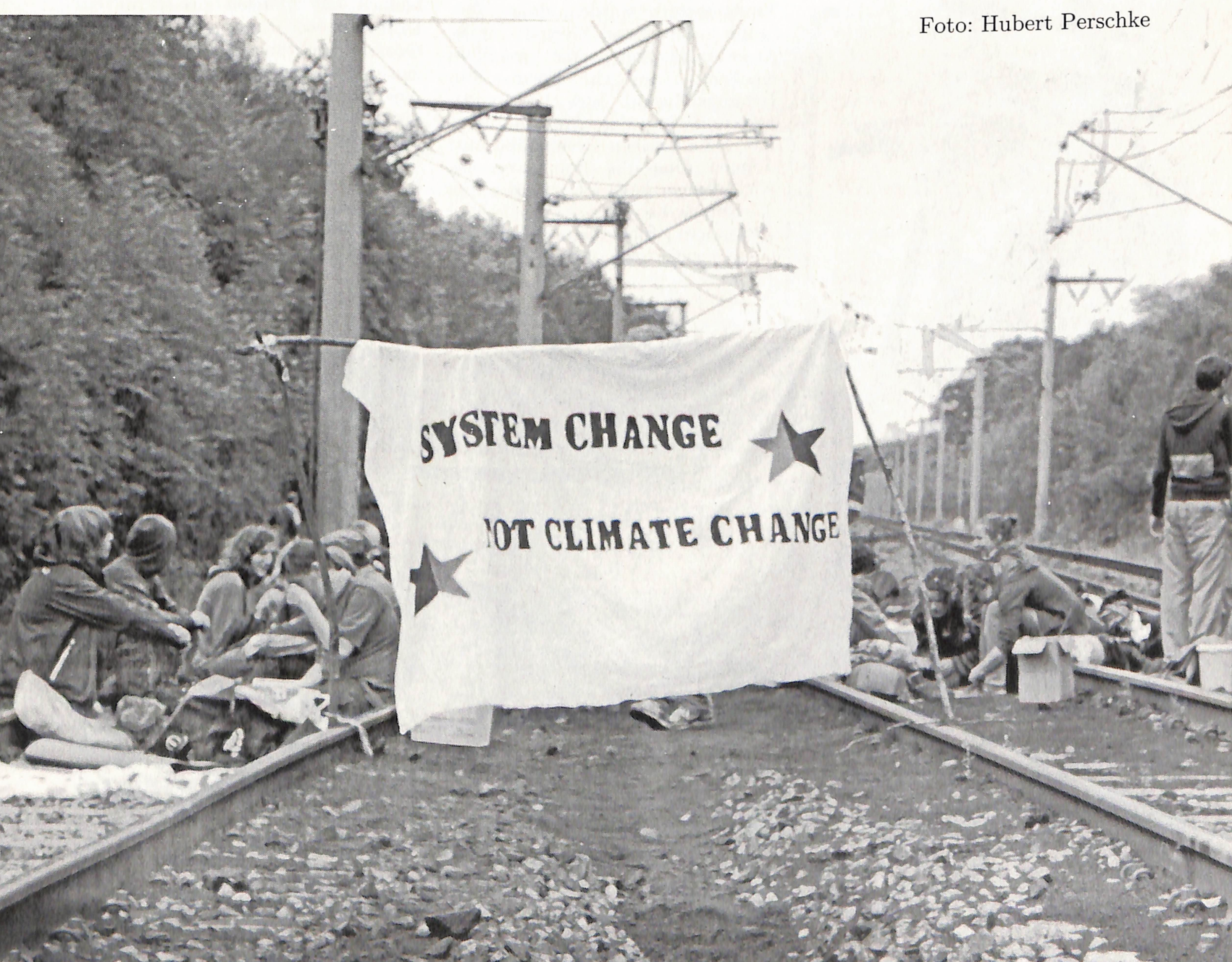
Den Widerstand verfestigen

Im besetzten Gebiet bei Nantes „la ZAD“, wo es gegen einen Bau eines „grünen“ Flughafens geht, war die Devise am Anfang: „Das Land wird von denjenigen verteidigt werden, die von ihm leben – oder nicht“. Daraufhin siedelten sich zig Besetzer_innenkollektive an, die Höfe, Wälder und Flächen besetzten und anfiengen dort Gemüse für sich und andere anzubauen. Eine Bäckerei für den Widerstand entstand, ein Piratenradio, das regelmäßig sendet, eine komplette autonome Infrastruktur. Und tatsächlich: Die unmittelbare Verknüpfung der Lebensrealitäten vieler Aktivisten mit diesem Land führte dazu, dass das Land bis jetzt verteidigt wurde. 4 Wochen nach dem ersten Räumungsversuch letzten Herbst (parallel zur Räumung im Hambacher Forst) besetzten 40 000 solidarische Menschen die gesamte Fläche wieder. Danach existierten sogar mehr besetzte Orte – wie davor.

Sicherlich ist es nicht die einzige Vorraussetzung für effektiven Widerstand, in der Region zu leben. Aber ohne verbindliche Strukturen vor Ort, die den Widerstand tragen, wird eine Verbreiterung schwer möglich sein. Denn so geht ein Großteil der Energie in die Organisierung von Events, um für einzelne Momente genügend Aktive für Aktionen zusammen zu kriegen.

In dieser Region sind alle Bedingungen gegeben, um ein Konzept wie das der ZAD erfolgreich übertragen zu können.

Foto: Hubert Perschke



Anti-Atom-Aktionscamp im Münsterland

hanna Gegen die zahlreichen Atomanlagen und Atomtransporte im Münsterland könnt ihr vom 19. bis 26. Juli campen und aktiv werden. Mit vielfältigem Programm und Aktionen wollen wir gemeinsam widerständig sein und Spaß haben!

In Gronau und Lingen stehen Uranfabriken, die angereichertes Uran und Brennstäbe für Atomkraftwerke produzieren, den größten Teil für den weltweiten Export. Diese Anlagen haben eine unbefristete Betriebsgenehmigung, die Bundesregierung erklärte neulich noch ihr Festhalten an der Urananreicherungsanlage in Gronau. In Lingen produziert Areva Brennstäbe für Atomkraftwerke vor allem in Frankreich und Deutschland. An der Urananreicherungsanlage in Gronau gibt es seit langem regelmäßig Proteste, an der Brennelementefabrik in Lingen dagegen waren die Betreiber von einer kleinen Demonstration Ende letzten Jahres völlig überrascht. In der Nähe gibt es außerdem noch das AKW in Lingen, welches aktuell bis 2022 laufen soll und die Urananreicherungsanlage in Almelo (Niederlande), die ebenso wie die Anlage in Gronau der Firma Urenco gehört.

Verbunden mit dem Betrieb der Anlagen sind alltägliche Atomtransporte, fast jeden Tag fährt in Lingen oder Gronau ein Atomtransport per Bahn oder LKW raus oder rein. Transportiert werden dabei die Stoffe, die einen Betrieb von Atomkraftwerken erst möglich machen: Uran (in Form von Uranhexafluorid oder Uranoxid) zur und von der Anreicherung, sowie die fertigen Brennstäbe aus Lingen. Über die Transporte ist viel weniger bekannt als über die Castoren, sie fahren meist ohne besondere Sicherheitsvorkehrungen und ohne Polizeibegleitung.

Produziert werden auch Unmengen von Atommüll, bei denen niemand weiß, wohin damit. Im Zwischenlager Ahaus, keine 30km von Gronau entfernt, wird Atommüll angeliefert – auch hier bringt fast jede Woche ein LKW schwach- und mittelradioaktiven Müll hinein. Im Münsterland befindet sich also eine der Atomregionen in Deutschland – vom Atomausstieg ist hier nichts zu spüren. Wohl aber vom Widerstand.

Bereits im letzten Jahr sorgte ein nicht angekündigtes Camp von Atomkraftgegner_innen im Münsterland für einigen Wirbel. Von dem kleinen Ort Metelen aus wurde ein Urantransport mit Uranmüll aus Gronau Richtung Pierrelatte gleich zweimal gestoppt: Erst durch eine Ankettaktion, dann hingen Aktivist_innen zwischen den Bäumen über der Strecke – am Ende nahm der Transport nach sechs Stunden eine Ausweichstrecke, das erste Mal. Bereits einen Tag später wurde das Haupttor der Uranfabrik in Gro-

Foto: Pay Numrich

nau für 24 Stunden blockiert. Für viel Spaß sorgte das Austricksen der Polizei und die Freude über die gelungenen Aktionen – ein paar Tage zum Stören des reibungslosen Ablaufs der Atomindustrie – Auch wenn noch ein paar Verfahren laufen (s.u.).

Wir wollen dieses Jahr wieder campen und aktiv gegen Atomanlagen im Münsterland vorgehen – diesmal mit öffentlicher Ankündigung und einem vielfältigen Programm. Auf dem Camp könnt ihr Workshops zur Urananreicherungsanlage in Gronau besuchen, euch über Atommülllagerung, Atomtransporte oder Atomwaffen informieren oder euch auf die nächsten Aktionen vorbereiten: Es gibt Blockadetrainings, Rechtshilfe für Einsteiger_innen, ihr könnt Samba-Trommeln lernen oder wie ihr eine Ankettaktion vorbereitet. Mit Aktionstagen sollen einige der Atomanlagen ins Visier genommen werden, dabei sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt – gemeinsam sollen die Aktionen vorbereitet und durchgeführt werden. Selbstverständlich es es auch erwünscht, spontan vor Ort weitere Workshops anzubieten. Daneben gibt es natürlich auch Möglichkeiten für Gespräche, gemeinsames Ausspannen, Musik und Party. Wir wollen gemeinsam widerständig sein und Spaß haben!

Informationen über das Camp, das genaue Programm und bald auch zum genauen Ort werden laufend ergänzt unter:

antiatomcamp.nirgendwo.info

Zwei Seiten der gleichen Medaille: Widerstand und Repression

Im Sommer 2012 ketteten sich zwei Aktivist_innen in einer Gemeinschaftsaktion von contratom, Robinwood und Aktiven aus dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen nahe Metelen an die Bahnschienen. Sie konnten mit ihrer Aktion einen Zug mit abgereichertem Uran aus der Gronauer Anreicherungsanlage für mehrere Stunden aufhalten und zum Umkehren zwingen. Wegen weiterer Kletterblockaden an der Schiene musste der Zug im Endeffekt sogar umgeleitet werden, was die Aktivist_innen als Erfolg bewerten. Die beiden damals angeketteten Aktivist_innen erhielten nun Strafbefehle über 80 und 120 Tagessätze wegen Störung öffentlicher Betriebe.

“Es ist nicht neu, dass der Staat die Interessen der Atomindustrie schützt. In diesem Fall tut er dies eben durch die Verfolgung widerständiger Personen, an anderer Stelle durch gezieltes Wegschauen, durch das Erteilen von absurdesten Betriebs- und Transport-Genehmigungen oder das Durchprügeln von Atomtransporten. All das sind nur unterschiedliche Facetten des Atomstaats. Solange Anlagen wie die Brennelementefabrik in Lingen oder die Urananreicherungsanlage in Gronau noch laufen kann von einem ernst gemeinten Atomausstieg nicht die Rede sein!” äußerten sich die beiden Aktivist_innen gegenüber der Presse. Sie legten Einspruch ein und bereiten sich nun auf die Prozesse vor dem Amtsgericht Steinfurt vor. Auch gegen die damals nicht angeketteten Personen wurden Verfahren eingeleitet. Der Vorwurf lautet, sie hätten gegen die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung verstoßen. Seit einer internen Umstrukturierung der Bundespolizei werden alle Verstöße gegen diese Verordnung zentral vor dem Amtsgericht in Potsdam verhandelt. Es wird weit entfernt von Tat- und Wohnort der Betroffenen über den Vorwurf verhandelt. Das Amtsgericht Potsdam ist damit zu einer Art zentraler Sonder-Verfolgungsbehörde für Sitzblockaden und Kletteraktionen an Schienen geworden.

Ebenfalls von Repression betroffen sind vier Aktivist_innen von Robin Wood, die Pfingsten 2012 mit einer Kletteraktion über dem Dortmund-Ems-Kanal in Münster das Schiff Edo aufhielten, mit dem verstrahlte Bauteile aus dem AKW Obrigheim nach Lubmin transportiert wurden. Den im Münsterland aktiv gewordenen wird nun in Dortmund vor dem Schifffahrtsgericht der Prozess gemacht, die Vorwürfe entlarven sich selbst als lächerlich: Es handle sich bei der Aktion zum einen um eine Fehlbenutzung einer bundeseigenen Brücke und zum zweiten stelle das Verhalten eine grob ungehörige Handlung dar, die in der Lage sei die Allgemeinheit zu belästigen.

Foto: Pay Numrich

Wer die Betroffenen finanziell unterstützen will, kann dies mit einer Spende an das gemeinsame Rechtshilfekonto tun, die beste Solidarität sind und bleiben aber entschlossene Aktionen für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Konto „Spenden & Aktionen“, Nr. 92881806, Volksbank Mittelhessen, BLZ 513 900 00
Betreff: Ankettaktion Gronau 2012 bzw Edo-Schiffsblockade

Weitere Informationen zu den laufenden Verfahren:
http://antiatomcamp.nirgendwo.info/rechtshilfe/info

Talvivaara: Umweltkatastrophe in Finnland

Themenrubrik Energie
Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 21. Juli 2013

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

fb/Nuclear Heritage Network Am 4. November 2012 ereignete sich zum wiederholten Mal ein Dammbruch in Europas größtem Nickel-Tagebau, der zufällig auch der - bislang illegalen - Urangewinnung dient. In der letzten Ausgabe des grünen blatts berichteten wir über die ersten Erkenntnisse zu Finnlands "größter Chemiekatastrophe der Geschichte" (Greenpeace). Inzwischen sind die Zusammenhänge besser offengelegt und haben gezeigt, dass Methodik hinter dem Desaster steckt - u.a. teilweise gedeckt von der lokalen Umweltbehörde.


Foto: Greenpeace

Militärhelikopter im Katastropheneinsatz beim Talvivaara-Dammbruch am 9. November 2012

Chemikalisch-ökologische Aspekte

Der Dammbruch im Gipsbecken des Talvivaara-Nickelbergwerks im November 2012 soll etwa eine Million Kubikmeter kontaminierter Flüssigkeiten umfassen; an anderer Stelle wurden auch 1,4 bis 3 Millionen Kubikmeter geschätzt. Ein relevanter Teil der freigesetzten Abwässer sammelte sich in "Notfallbecken", die im wesentlichen aus Moorgebieten bestehen. Es bestehen schwere Befürchtungen, weil die Sicherheitsbecken undicht geworden sind, was von Umweltschützer*innen entdeckt und dokumentiert wurde. Und da den Becken jeglicher Boden fehlt, sind sie nicht von den örtlichen Grundwasserströmen isoliert. · Mindestens 20.000 Kubikmeter der Leckage erreichten den nördlichen Oulujoki-Wasserlauf. Das größte Leck mit mindestens 200.000 Kubikmetern Abwässern im Süden läuft durch den See Ylä-Lumijärvi im bedeutenden ostfinnischen Wasserlauf Vuoksi.

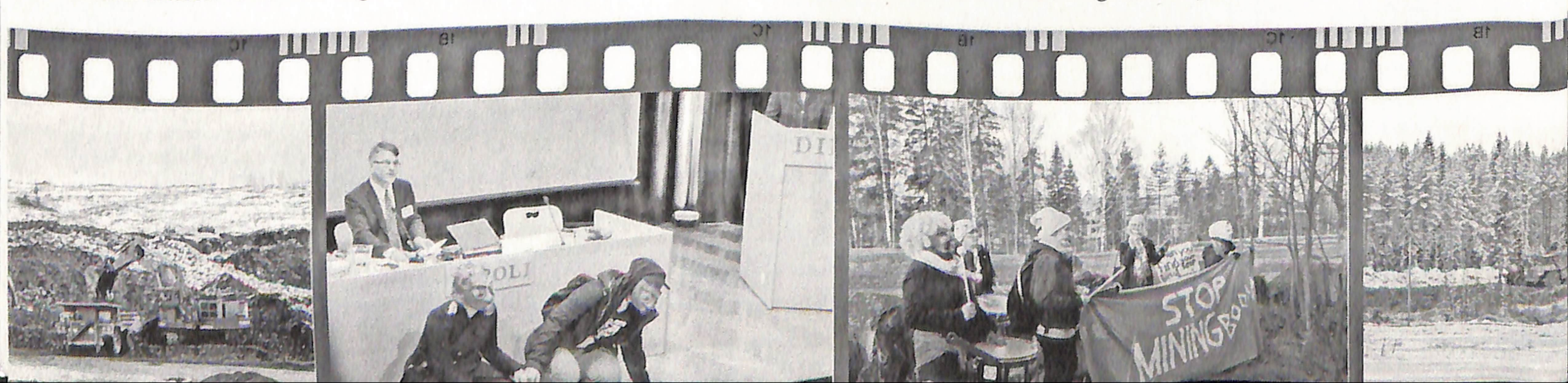
Beträchtliche Mengen an Uran und Metallen wurden auf einer kontaminierten Landfläche von schätzungsweise 5 Hektar unterhalb des letzten Notfallbeckens gemessen. Die höchsten Urankonzentrationen, die von der staatlichen Strahlenschutzbehörde gemessen wurden, betrugen 260 mg/kg. Die gesetzlichen Grenzwerte für radioaktive Abfälle liegen bei 1.000 Bq oder 40 mg Uran je Kilogramm, aber die Behörde ist unwillig, die Abfallstoffe als radioaktiv zu klassifizieren. Diese Klassifikation würde möglicherweise zu juristischen Problemen in Bezug auf die Umwelt- und Betriebsgenehmigungen führen. Es wurde lediglich eine Umweltzulassung für eine Uran-Rückgewinnungsanlage beantragt (noch in Prüfung), die nicht den Anreicherungsprozess einschließlich der Strahlenrisiken behandelt.

Die Konzentrationen der wichtigsten Schadstoffe basieren auf einer Probenahme des Anwohners Ari Korhonen und auf späteren offiziellen Messungen der Untersuchungsbehörde, die übereinstimmend waren. Die Cadmium-Mengen basieren auf offiziellen Angaben. Es wird ein Gesamtvolumen von 220.000 m³ angenommen. Das weitere Freisetzungsrisiko in den Notfallbecken umfasst sogar eine zehnmal größere Menge von Chemikalien. Die Menge an Cadmium beträgt 4,2 kg, was eine beträchtliche Größe ist. Es gab 50, 2 und 2.9 Gramm Sulfate, Aluminium und Magnesium jeweils pro Liter und die Sulfatgesamtmenge lag bei 11.000 Tonnen.

Talvivaara hat bereits sehr hohe Grenzwerte für Nickel und Zink in seiner Umweltzulassung (gerade in Prüfung durch die finnischen Behörden und die EU-Kommission) - 1 bzw. 2 mg/Liter. Talvivaara hat keine Genehmigung für Uran und Cadmium (in Prüfung). Die Genehmigung umschließt Schätzungen für Aluminium, Sulfate und Magnesium, die als bindende Normen für Talvivaara betrachtet wurden, wenn es um frühere Sulfatemissionen ging. Der Verstoß gegen die Genehmigung sollte zu rechtlichen Konsequenzen für die Verantwortlichen führen.

Toxizitätsstandards

Nickel und Zink sind für Gewässer ab Konzentrationen von einigen Mikrogramm pro Liter toxisch. Die EU-Qualitätsnorm für Nickel beträgt 21 Mikrogramm pro Liter für Inland-



Oberflächenwasser. Die ökologischen Auswirkungen von Uran sind noch immer nicht vollständig bekannt; ein Review der EU-SCHER-Wissenschaftskommission erwähnt einen vorläufigen Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter. Aluminium ist akut giftig für Fische, da ihre Kiemen blockiert werden. Die höchste Toxizität liegt in dem niedrigen sauren PH-Wert der Leckage. Magnesium ist in Gewässern ebenfalls giftig und soll in großem Maße zu neurotoxischen Effekten bei Menschen führen. Die Grenzwerte, die für Aluminium und Magnesium angewendet werden, liegen bei 27 Mikrogramm bzw. 1,2 mg pro Liter. Sulfate reichern sich in tiefen Regionen von Seen an, verursachen einen Sauerstoff-Mangel und können sich zu hochgiftigem Schwefelwasserstoff abbauen. Ein Grenzwert von 50 mg/Liter wird empfohlen, um Beeinträchtigung des Laichs von Fischen zu vermeiden. Die Leckage enthielt u.a. giftige Schwermetalle wie Kobalt mit über 0,5 mg/Liter, Chrom mit nahezu 1 mg/Liter und Fluor mit 68 mg/Liter.


Foto: Greenpeace

Probenahme durch Greenpeace-Aktivist*innen

Wasserläufe in Gefahr

Basierend auf den ökologischen Standards wurden die Mengen an Wasser, die über die gesetzlichen Werte kontaminiert werden können, berechnet. Eine Million Kubikmeter entspricht einem kleinen See mit einer Fläche von 1 km^2 und einer Tiefe von einem Meter (oder z.B. 0,2 km^2 und 5 Meter Tiefe). Ein wirklich großer See im südlichen Vuoksi-Wasserlauf ist z.B. Syväri mit mehr als 500 Millionen Kubikmetern Volumen. Unter Anwendung der Umweltstandards hat die November-Leckage das Potenzial, in beiden Wasserläufen viele Seen-Systeme zumindest zeitweise zu ruinieren. Im Augenblick konzentriert sich der wesentliche Teil der freigesetzten Abwässer in tiefen Bereichen der ersten 2-3 Seen an beiden Wasserläufen. Die Konzentrationen und Mengen einiger Schlüsselsubstanzen der Freisetzung in die Natur außerhalb des Bergbaubereichs könnten Millionen Kubikmeter von Inland-Obenflächengewässern kontaminiert haben.

Gerichtliche Auseinandersetzungen

Am 4. März 2013 hat das Verwaltungsgericht in Vaasa eine Entscheidung gegen Talvivaara Sotkamo, Plc. gefällt. Die Beschwerde war im Juni 2012 eingereicht worden. Damals hatte das Zentrum für wirtschaftliche Entwicklung, Transport und Umwelt in Kainuu (Kainuun Elykeskus), das für das Monitoring des Bergbaus verantwortlich ist, Talvivaara erlaubt, den Artikel 62 des Umweltschutzgesetzes anzuwenden. Dieser Artikel erlaubt die Umgehung der Umweltvorschriften, wenn ein bedeutendes Risiko einer durch unerwartete Naturphänomene oder andere unvorhergesehene Desaster verursachten Katastrophe besteht. Der Artikel schließt ausdrücklich jegliche durch Aktionen des Unternehmens verursachte Probleme aus.

Die Umweltzulassung erlaubt Talvivaara, 1,3 Millionen Kubikmeter neutralisierte Wässer pro Jahr in die Umwelt zu entlassen, so lange das Wasser zuvor durch das Gipsbecken geleitet wurde, welches einige der Schwermetalle zurückhält. Die sauren Wässer werden mit Kalk neutralisiert und enthalten daher große Mengen an Sulfaten, deren Umfang nicht durch die Umweltzulassung kontrolliert wird. Die Sulfate sind dafür bekannt, dass sie bereits schwere Schäden an benachbarten Wasserkörpern verursacht haben.

Der Artikel wurde im Juni 2012 benutzt, um die zeitweise Umleitung der Abwässer hinter dieses entscheidende Gipsbecken zu rechtfertigen. Die Umleitung setzte die ökologische Leistung des gesamten Systems herab und war eine Verletzung der Umweltzulassung. Obwohl der Artikel lediglich kurzzeitige Abweichungen von der Genehmigung erlaubt, ist das Umleitungssystem selbst im März 2013 noch an Ort und Stelle. Das Problem wurde dadurch verschärft, dass die Leckage des Gipsbeckens im November 2012 teilweise durch illegal darin gelagerte kontaminierte und saure Metallraffinate aus dem Bioleaching-Verfahren verursacht wurde.

Diese Gerichtsentscheidung ist lediglich die erste in einer Serie von Beschwerden, die gegen das Bergwerk erhoben wurden. Artikel 62 wurde von Talvivaara bereits sechsmal angewendet. Im vorliegenden Gerichtsverfahren kann auch das Oberverwaltungsgericht noch angerufen werden, daher muss Talvivaara die Freisetzung seiner Abwässer nicht sofort stoppen. Das Unternehmen hat in Hinblick auf diese Umstände bisher keine Kommentare zu dem Gerichtsurteil abgegeben und behauptet, dieses hätte keinen Einfluss auf den aktuellen Betrieb des Bergwerks.

Der Artikel basiert auf einer Zusammenstellung von Biochemiker Dr. Jari Natunen und einer Veröffentlichung des Finnischen Naturschutzverbands (FANC) in Kainuu.



Das Atomzeitalter in Québec ist vorbei!

NukeNews Am 28. Dezember 2012 wurde Gentilly-2, der letzte kommerzielle Atomreaktor in der kanadischen Provinz, endlich geschlossen. Nachdem der Betreiber im Jahr 2008 angekündigt hatte, den Reaktor für etwa 1,9 Milliarden kanadische US-Dollar renovieren und noch bis 2040 in Betrieb halten zu wollen, musste er im Oktober 2012 aus wirtschaftlichen Gründen seine atomaren Träume begraben. Am Tag der Schließung fand in Montréal eine Feier dieses Ereignisses statt. Québec wird das Atomzeitalter erst dann komplett hinter sich lassen, wenn wir ein permanentes Uranabbau-Moratorium erreichen, wie es in zwei anderen Provinzen schon gelungen ist - in Nova Scotia und British Columbia! *(Gordon Edwards)*

Castor-Transport von Italien nach La Hague

NukeNews Im Januar 2013 wurden hochradioaktive Abfälle aus Italien in Castor-Behältern zur französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague transportiert. Anti-Atom-AktivistInnen hatten aus diesem Grund Proteste und Blockaden angekündigt, wie sie auch bereits mehrfach in den vergangenen Jahren stattfanden. Aus Furcht vor diesen Protesten wurde die Route des Transports kurzfristig geändert. Die Öffentlichkeit wurde nur von den Anti-Atom-AktivistInnen informiert; die zuständigen Behörden und die Atombranche hüllten sich dagegen in Schweigen.

Cameco - Areva - Pinehouse-Kollaborationsvertrag soll Widerstand ruhig stellen

NukeNews Am 12. Dezember 2012 hat das Dorf Pinehouse eine Kollaborationsvereinbarung mit den Uranabbau-Konzernen Areva und Cameco abgeschlossen, die Arbeitsplätze und Geld im Austausch für Zurückhaltung bei öffentlicher Kritik an den Aktivitäten dieser Unternehmen verspricht. Die Vertragsbedingungen umfassen:

"Von Pinehouse wird die vollständige Unterstützung für Camecos/Arevas Bergbau erwartet."

"Pinehouse wird Camecos/Arevas bestehende Bergbau-Arbeiten unterstützen."

"Pinehouse wird Camecos/Arevas angekündigte Projekte unterstützen" und wird "Camecos/Arevas zukünftige Aktivitäten unterstützen".

"Pinehouse sagt zu: Keine Stellungnahmen abzugeben oder Dinge in der Öffentlichkeit oder zu irgendeiner Regierung oder Wirtschaftsinstitution, die Camecos/ Arevas Bergbau-Aktivitäten ablehnend gegenübersteht, zu sagen."

Pinehouse verspricht:

"Angemessene Anstrengungen zu unternehmen, um sicher zu stellen, dass keine Vertreter*innen von Pinehouse etwas sagen oder unternehmen, das Camecos/Arevas Bergbau stören oder verzögern könnte, oder irgendetwas unternehmen oder sagen, das nicht im Einklang mit Pinehouses Zusagen aus der Kollaborationsvereinbarung steht."

Eine Gruppe von Bewohner*innen des Nordens aus Pinehouse, Beauval, English River First Nation und Canoe Lake First Nation haben gerade einen Anwalt verpflichtet, der an einer gerichtlichen Verfügung gegen die Umsetzung des Vertrages arbeiten soll. "Jeder kann seinen/ihren Namen darunter setzen, einschließlich Organisationen und Gruppen". - Das "Komitee für zukünftige Generationen" aus Saskatchewan bittet um Unterstützung für die Bewohner*innen von Pinehouse, die gegen den Kollaborationsvertrag mit Cameco/Areva kämpfen.



Idle No More-Demonstration in Buffalo Narrows, Saskatchewan

Hochspannung: Säge gegen Säge

NukeNews Im französischen Le Chefresne hat jetzt das Kettensägenmassaker am La-Bévinière-Wald begonnen, das den Bau von Hochspannungsleitungen insbesondere für Atomkraftwerke ermöglichen soll. In Folge eines Aufrufs zu dezentralen Aktionen gegen die Abholzung fielen auch einige Strommasten Sägen zum Opfer. In der Nähe der Baustelle in Montabot wurde ein Haus gekauft, in dem ein Widerstandszentrum eingerichtet werden soll.

http://antitht.noblogs.org



Atomkraftwerk Forsmark: Aktivitäten und Kämpfe

In der Halloween-Zeit wollten wir eine lange Wanderung mit Laternen zum Atomkraftwerk Forsmark (Schweden) unternehmen. Danach wollten wir uns in der Kirche von Forsmark versammeln, um Kerzen für die Opfer von Atomkatastrophen zu entzünden. Drei Wochen vorher stimmte der Priester diesem Plan zu, aber drei Tage vor der Veranstaltung überlegte er es sich anders. Er verbreitete das Gerücht, wir seien Terrorist_Innen. Wir vereinbarten schnell ein Treffen an einem anderen Ort. Wir waren etwa 30 „Terrorist_Innen", die mit Laternen durch die Dunkelheit wanderten. In der Nähe von Forsmark trafen wir auf einige kleine, wohlgenährte Wächterinnen. Wir diskutierten mit ihnen, aber sie gaben nicht nach. Also blieben wir einige Minuten lang stehen, um still für die Opfer zu beten.

Zwei Frauen gingen weg und sangen ein altmodisches Warnungs-"Kulning", d.h. ein mit sehr hoher Stimme gesungenes Lied ohne Worte, das Frauen früher beim Viehhüten in den Bergen sangen. Dann gingen wir zur Kirche zurück und hielten draußen einen stillen Protest ab, bei dem es ebenfalls "Kulning" und ein Lied gab. Danach nahmen wir den Bus zu einem Ort, an dem wir willkommen waren. Dort lauschten wir zwei jungen Musikern, hörten einer Rede zu und aßen etwas.

Später trafen wir uns mit dem Priester und zwei Vertretern des Kraftwerks, um über die Frage der Atomkraftwerke zu diskutieren - auch wenn der Priester Lars-Åke Palm lieber darüber gesprochen hätte, "Was für eine Gesellschaft wir haben sollten". Auch in Zeitungen wird weiter darüber diskutiert, was für eine Position die Kirche vertritt.

Monica Dahlby, Uppsala, für FMKK

Atomtransport entgleist

NukeNews Am 20. Januar 2013 entgleiste in Südfrankreich ein Zug mit einem AREVA-Atomtransport. Die Ladung bestand aus Uranoxid (U_3O_8). Ziel des Transports war vermutlich eine Urananreicherungsanlage der Firma Urenco in Deutschland oder den Niederlanden. Ein weiterer möglicher Bestimmungsort könnte auch das Zwischenlager der COVRA gewesen sein. AREVA lehnte eine Auskunft über Zweck und Ziel des Transports ab.

Der Zug verunglückte kurz nach Verlassen des Atomkomplexes Tricastin um 17.30 Uhr. Ursache für die Entgleisung soll eine falsch gestellte Weiche gewesen sein. Wie üblich folgte die Meldung, es sei "keine Radioaktivität freigesetzt" worden. Zum Zeitpunkt des Unglücks fuhr der Zug nicht mit Höchstgeschwindigkeit - es hätte also schlimmer kommen können.

Als die Eisenbahngewerkschaft SUDRAIL zu einem späteren Zeitpunkt Fotos der entgleisten Waggons veröffentlichte, räumte AREVA ein, dass ein Castor-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll von dem Unglück betroffen war. Aufgrund der Entgleisung musste ein weiterer Castor-Transport über mehrere Stunden am Bahnhof warten. Beide Castoren sollten zur französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague transportiert werden.

http://blog.eichhoernchen.fr/post/Kurzmeldung-Atomtransport-entgleist-in-Frankreich

Broschüre "The Critical Question/Die Kernfrage" übersetzt

NukeNews Die sehr gut geschriebene Broschüre "The Critical Question/Die Kernfrage", im Jahre 2009 von der NGO "Women in Europe for a common future" herausgegeben, war bereits in Deutsch, Englisch und Französisch erhältlich. Diese Publikation gibt einen umfassenden Einblick in alle wichtigen Bereiche der Atomindustrie mit kritischen Beispielen aus der ganzen Welt. Die Übersetzungen ins Tschechische und Slowenische waren Teil eines Projektes der vor allem österreichisch-tschechischen NGO "Sonne+Freiheit", welches finanziell von der oberösterreichischen Landesregierung unterstützt wurde. Beide neuen Sprachversionen werden auch online unter http://www.slunceasvoboda.eu abrufbar sein.

http://www.wecf.eu/english/publications/2009/kernbuch.php

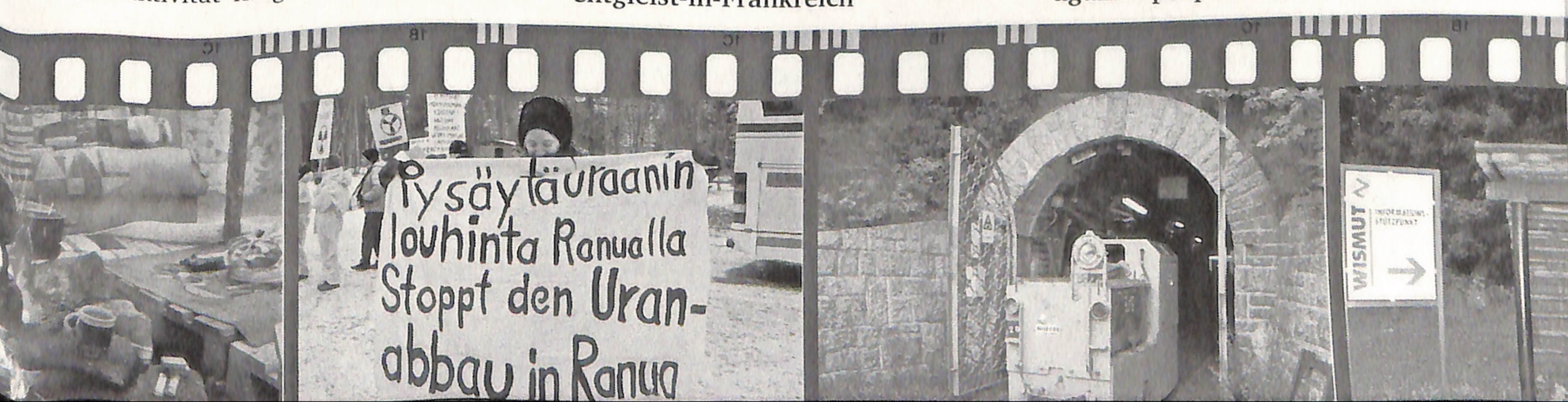
Infomaterialien
http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Indischer Ketten-Hungerstreik gegen geplantes GE-AKW

NukeNews Die Menschen aus dem Dorf Kovvada Village im südostindischen Bundesstaat Andrha Pradesh setzen zusammen mit Menschen aus den umliegenden Dörfern ihren Kettenhungerstreik, den sie am 18.12.2012 begonnen haben, fort. Damit protestieren sie gegen ein AKW-Projekt, welches GE errichten soll.

http://www.dianuke.org/kovvada-update-50-days-of-hunger-strike-against-proposed-ge-reactors/





Englisch-französische Fastenaktion gegen Atomwaffen 2013

NukeNews Eine viertägige Fastenaktion - aus Entsetzen über den amerikanischen Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki, der diese zwei Städte im Jahr 1945 zerstörte und hunderttausende Zivilist_Innen das Leben kostete. Eine gemeinsame englisch-französische Fastenaktion gegen den Aldermaston-Valduc-Vertrag zur Entwicklung der Atomsprengkopftechnologie in den nächsten 50 Jahren.

Es gibt weltweit immer noch 20.000 Atomwaffen, 2.000 davon befinden sich in hoher Alarmbereitschaft. Bei der UN-Generalversammlung im Dezember 2012 stimmten 75% der Länder für eine Konvention zur Abschaffung von Atomwaffen. Frankreich und Großbritannien stimmten aber dagegen. "Humanitäre Abrüstung" ist eine Priorität! Atomwaffen abschaffen! Ja, wir können es - und noch mehr, wir müssen es tun!

Chernobyl roof collapse - coverage and analysis

NukeNews A "combination of negative factors" rather than excessive snowfall was the cause of the February 12 partial wall and roof collapse at Chernobyl's infamous reactor unit 4, recent findings of two commissions that investigated the incident revealed. Notably, the risk of concrete slabs collapsing over the reactor halls of the defunct nuclear plant's three other units had been discussed just one day earlier, on February 11, in Ukraine's Slavutich. And Russia has three stations running Chernobyl-type reactors, RBMK-1000s – all three of similar or older ages and still in operation. How badly should Russia be concerned about its old stations' safety?

http://www.bellona.org/articles/articles_2013/chernobyl_roof_collapse_report

Tschechisches Ministerium stimmt Bau zweier neuer Reaktoren in Temelín zu

Das Tschechische Umweltministerium hat dem geplanten Bau von zwei neuen Atomblöcken am Standort des bereits bestehenden AKWs Temelín seine Zustimmung gegeben. Tausende Kommentare von tschechischen und ausländischen NGOs und BürgerInnen wurden beiseite geschoben. Zentrale Fragen wurden in einem formal nicht korrekt abgeführten UVP-Prozess nicht beantwortet, wie zum Beispiel: Welche Reaktortypen werden verwendet (AP1000 von Westinghouse, EPR von Areva oder MIR.1200 von Rosatom)? Was soll mit dem Atommüll geschehen und wer wird für den zukünftigen Rückbau und die Sekundärinvestitionen bezahlen, wie z.B. notwendige neue Straßen in der Umgebung des AKWs und die erforderlichen Verbesserungsarbeiten beim Stromnetz?

Außerdem ist es ziemlich unüblich, dass von Seiten des Investors (also vom mehrheitlich in Staatsbesitz stehenden Konzern CEZ) eine führende Persönlichkeit (Herr Ivo Hlavác) seinen Job wechselt, um plötzlich als stellvertretender Minister für exakt jene Periode, in welcher das Umweltministerium (sein neuer Arbeitgeber) das entsprechende Investitionsvorhaben seines früheren Arbeitgebers (CEZ) zu untersuchen hat, eine zentrale Verantwortung über das gesamte Ministerium zu haben. Noch sonderbarer wird die Sache, wenn man weiß, dass Herr Hlavác mittlerweile das Ministerium wieder verlassen hat und neuerlich für CEZ tätig ist. Tschechische NGOs wie Calla und die "Südböhmischen Mütter" ergreifen nun Rechtsmittel, um dieses schlecht vorbereitete Projekt doch noch zu Fall zu bringen.

Edvard Sequens, Calla

Japanische finanzielle Unterstützung für das AKW Visaginas war nur ein Gerücht

NukeNews Gerüchte, dass das japanische Finanzministerium und die Japanische Bank für internationale Zusammenarbeit (JBIC) einen Exportkredit für das Atomkraftwerk Visaginas in Litauen vergeben wollten, sind dementiert worden. Sprecher des Ministeriums und der JBIC haben japanischen NGOs gegenüber bestätigt, dass keine Verhandlungen zu diesem Projekt stattfinden. Selbst wenn Hitachi das Geld beantragen würde, ist es unwahrscheinlich, dass es ausgezahlt würde, weil die umwelt- und sozialpolitischen Kriterien für ein solches Projekt nicht erfüllt sind. So würde das Projekt dem Referendum im Oktober 2012 widersprechen, bei dem die Mehrheit der Wähler_Innen gegen ein neues Atomkraftwerk in Litauen stimmte. In Folge des Referendums hat das litauische Parlament die litauische Regierung aufgefordert, bis zum 15. Mai 2013 eine "kostenoptimale und kundenfreundliche Stromversorgungsstrategie" zu entwickeln.

Untersuchungsbericht:

http://www.bellona.org/articles/articles_2013/hitachi_still_seeks_backing



Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadline: 28. April 2013
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit zwei Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit sieben Sprachen (deutsch, englisch, finnisch, französisch, litauisch, russisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 28. April 2013 schicken.

Internationale Termine

26.04.13-28.04.13:	Atomic Ciné-Filmfestival im "Andorra" in Helsinki
29.05.13-04.06.13:	3. Internationales Uran-Film-Festival für eine globale atomkraftfreie Zukunft in Rio de Janeiro
12.06.13-15.06.13:	Uranium Exposium in Saskatoon, Saskatchewan
Sommer 2013:	"Walk For A Nuclear Free Future": Minnesota -> Buffalo
06.08.13-09.08.13:	Gemeinsame Anglo-Französische Fasten-Aktion gegen Atomwaffen 2013 an der Burghfield Atombasis (UK) und am Eiffelturm in Paris
14.10.13-16.10.13:	Europäische Kommission: EURADWASTE '13-Konferenz in Vilnius (LT)
11.11.13-13.11.13:	2. InSOTEC-Interessenverteter*innen-Seminar in Berlin
12.12.2013:	Globaler Aktionstag gegen Atomkraft 2013
2014:	Möglicher Castortransport mit mittelradioaktiven Abfällen aus La Hague (F) nach Gorleben

Walkatjurra Walkabout

NukeNews The Walkatjurra Walkabout is set for the 4th-28th of May, 2013 and it looks like being even bigger than last years walk.

The walk will continue to be a celebration of Wangkatja country, a testament to the strength of the community who have fought to stop uranium mining at Yeelirrie for over forty years, and a chance to come together and continue to share our commitment to a sustainable future without nuclear. It is a chance to reconnect with the land, and to revive the tradition of walking for country.

http://walkingforcountry.com

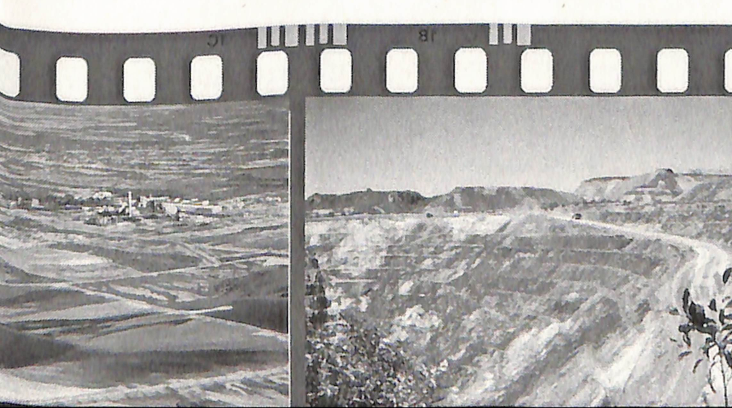


Mitmachen beim grünen blatt:

Das neue grüne blatt soll offener werden als bisher. Dazu wurde eine Wiki-Internetseite unter http://gruenes-blatt.de/ eingerichtet, auf der du deine Artikel veröffentlichen kannst. Mach mit beim grünen blatt, egal ob Layout, Internetarbeiten, Redaktion, Verbreitung, Vernetzung... Melde dich!
mail@gruenes-blatt.de

Neue Broschüre: Atompolitik in Europa

fb Ein 20seitiges Heft informiert über die aktuelle Atompolitik und Atomanlagen in der BRD, Finnland, Frankreich, Litauen, Österreich, Polen, Portugal, Slowenien und Schweden. Es entstand aus der Kooperation von Anti-Atom-Gruppen aus diesen Ländern. Somit wird ein Vergleich der politischen Ausgangssituation und der Bewegungen erleichtert. In den nächsten Monaten soll sie um Länderberichte aus weiteren Regionen ergänzt und aktualisiert werden. Die englischsprachige Broschüre kann für 5 EUR beim Nuclear Heritage Network bestellt werden: contact@nuclear-heritage.net





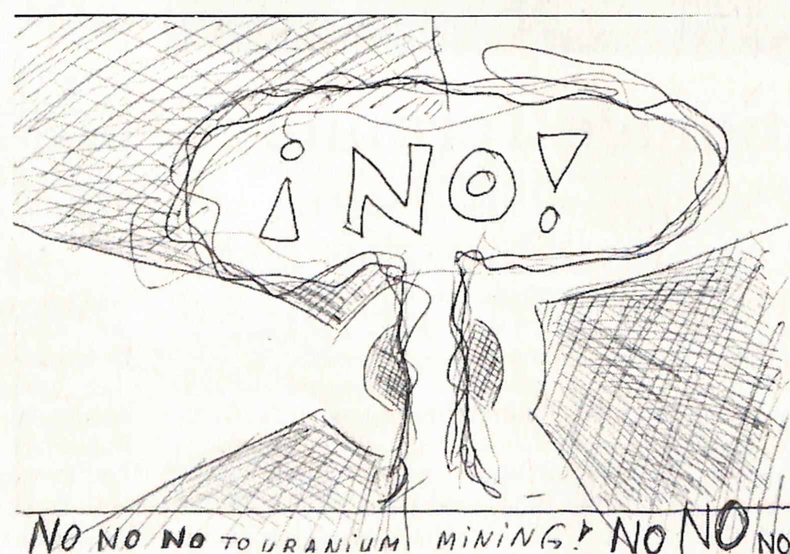


Uranabbau in Portugal

gb Der Kampf gegen Atomkraft hat eine lange Tradition in der Umweltbewegung Portugals. 1974, kurz nach der Revolution vom 15. April, die das faschistische Regime zu Fall gebracht hatte, wurde die Movimento Ecológico Português (MEP - Portugiesische Umweltbewegung) geformt. Hauptanliegen der Bewegung war der Widerstand gegen den Bau des Atomkraftwerks in Ferrel im Kreis Peniche. Der Anti-Atom-Kampf entwickelte sich zu einer Bündelung der Bewegungen und Bürger*innen mit ökologischer Motivation unter der CALCAN - Comissão de Apoio à Luta Contra a Ameaça Nuclear (Unterstützungskommission für den Kampf gegen die Atomgefahr). Ein großes Anti-Atom-Festival und 1977 ein großer mit Kirchglocken eingeläuteter Marsch in Ferrel markierten den Höhepunkt des Anti-Atom-Kampfes. Die Debatte, ob eine Atomanlage in Portugal gebaut werden soll, wurde bis in die 1980er Jahre fortgesetzt. In diesem Jahrzehnt entschied die Regierung endgültig, dass Portugal frei von Atomkraft bleiben sollte.

Trotzdem setzte das Land die Gewinnung und den Export von Uran fort. Seit 1977 beschäftigte die öffentliche Empresa Nacional de Urânio S.A. (ENU), ein Tochterunternehmen des portugiesischen Bergbau-Staatsholding-Unternehmens Empresa de Desenvolvimento Mineiro S.A. (EDM), bis zu 614 Arbeiter*innen in Bergwerken in Viseu, Guarda und Coimbra. Das größte und bekannteste Bergwerk ist Urgeiriça, das heute eines der sichtbarsten Beispiele der Umweltbelastungen, die durch den Uranabbau verursacht werden, darstellt.

1999 ging die Anaconda Urangesellschaft eine rechtsverbindliche Vereinbarung zur Errichtung und Ausbeutung des Nisa-Uranprojekts als Joint Venture mit ENU ein. Gelegen in der portugiesischen Region Alto Alentejo, setzt sich das Nisa-Projekt aus acht oberflächennahen Uranlagerstätten mit einer Gesamtreserve von 5 Millionen Pfund 0,13 %igem U3O8 zusammen. Es war angenommen worden, dass das Vorhaben innerhalb der nächsten 12 Monaten in die Produktion gehen würde. Allerdings ging ENU 1991, immer noch mit 44 Arbeiter*innen, in Liquidation und schloss seine Türen endgültig im Jahr 2004. Die Vereinbarung zwischen Anaconda und ENU zur Errichtung des Nisa-Projekts lief zusammen mit dem Liquidationsprozess aus.



In den letzten Jahren haben Ex-Arbeiter*innen von ENU um Entschädigungen für die Gesundheitsauswirkungen ihrer Arbeit gekämpft. Sie erklären, dass unter den 160 Ex-Arbeiter*innen, die gestorben sind, viele an Krebs erkrankt waren. In diesem Kampf für Umweltgerechtigkeit haben sich bereits mehr als 160 Ex-Arbeiter*innen, mehr als die Hälfte der 300 noch lebenden, freiwillig für medizinische Untersuchungen gemeldet.



Foto: Falk Beyer

Mit der Wirtschaftskrise wurden neue Bergbaufronten in Portugal eröffnet. Darunter befand sich auch die Möglichkeit der Uran-Erschließung in Nisa und der Prospektion durch das Unternehmen Berkeley Resources Ltd., die 2008 gestartet wurde. Andere private Konsortien drückten ebenfalls ihr Interesse zur Exploration von mindestens 6.000 Tonnen Uran aus dieser Quelle aus. Lokale Bürger*innen reagierten mit Unterstützung von Umweltorganisationen sofort und gründeten die "Movimento Urânio em Nisa, Não" (MUNN). Mehr als 300 Menschen unterzeichneten eine Petition, die von Movimento Urânio em Nisa, Não (MUNN) gestartet worden war, um gegen die mögliche Exploration von Uran in ihrer Region zu protestieren. Am 19. Oktober 2008 hielten 300 Menschen eine Demonstration gegen jegliche Uranexploration in der Region von Nisa ab.



Atompolitische Situation in Litauen

Ig Litauen ist derzeit mit dem Rückbau des sowjetischen Atomkraftwerks Ignalina beschäftigt und plant ein neues am selben Ort, obwohl die Bürger*innen in einem landesweiten Referendum am 14. Oktober 2012 dagegen gestimmt haben.

In der Vergangenheit bestand das Atomkraftwerk Ignalina (INPP) aus zwei Reaktoren des Typs RBMK (derselbe wie in Tschernobyl), die gebaut wurden, als Litauen Mitglied der Sowjetunion war. INPP hat bis zu 70-80 % der Elektrizität des Landes produziert. 1992 wurde eine Brennstoffkassette aus dem Atomkraftwerk Ignalina gestohlen. 1994 wurde ein Terroranschlag auf die Atomanlage geplant und diese wurde für wenige Tage außer Betrieb genommen.

Als Bedingung für den EU-Beitritt musste Litauen das INPP aus Sicherheitsgründen schließen. Der erste Reaktor wurde 2004 geschlossen, der zweite 2009. 2010 wurden radioaktive Flüssigkeiten in die Umgebung der Anlage freigesetzt; offiziell wurde behauptet, dies sei nicht gefährlich gewesen. Auch abgesehen davon geht der Rückbau des Kraftwerks mit vielen Skandalen einher. Es gibt Verzögerungen bei der Errichtung von Zwischenlagern, so dass es keinen Platz für den abgebrannten Brennstoff gibt. Deswegen wird der Brennstoff weiter verwendet, obwohl die Anlage keine Energie mehr produziert. Finanzielle Schwierigkeiten werden erwartet, da Litauen nicht in der Lage ist, alle für die Periode 2007-2013 bereitstehenden Geldmittel zu verwenden. Außerdem verschwand eine Milliarde Euro. Deswegen könnte die EU die Mittel für die nächste Periode kürzen.

Trotz dieser Schwierigkeiten planen litauische Politiker*innen ein neues Atomkraftwerk (Visaginas - VNPP) am selben Standort. 2006 entschieden Litauen, Lettland und Estland, das neue Atomkraftwerk gemeinsam zu bauen. Später stieß Polen zu dem Projekt hinzu, aber zögerte diesbezüglich wieder, als die Konditionen des Herstellers Hitachi-GE bekannt wurden. 2007 nahm das litauische Parlament ein Gesetz zum Bau des neuen AKW an. Das Gesetz schrieb außerdem die Schaffung eines "nationalen Investors" fest, um Investitionen für das neue Atomkraftwerk einzuwerben. Die Litauische Energiegesellschaft (LEO LT), eine nationale Energie-Holding, wurde 2008 durch die Regierung mit einem Anteil Litauens von 61,7 % an LEO LT und 38,8 % an NDX Energija errichtet. LEO LT wurde von Kontroversen umgeben, z.B. wurde NDX Energija ohne jegliche Ausschreibung ausgewählt. Das Projekt erhielt öffentlichen Widerstand, aber dieser war nicht gegen das Kraftwerk selbst gerichtet, sondern gegen die Art und Weise wie der Investor gebildet worden war. Ende 2009 wurde das Unternehmen liquidiert. Dann schlug die Regierung eine internationale Ausschreibung zum Finden eines strategischen Investors vor, die fehlschlug. Danach schlug die Regierung ein Bieterverfahren vor. Das japanisch-amerikanische Unternehmen Hitachi-GE wurde zum strategischen Investor gemacht.



Das VNPP wird als Lösung gegen Litauens Abhängigkeit von russischer Energie beworben, während die Anlage das Land in Wirklichkeit sogar noch abhängiger machen würde, da Litauen an das russische Netz angeschlossen ist und nur Russland die unmittelbare Stromversorgung garantieren kann. Die Politiker*innen behaupten, Litauen würde durch den Bau des Kraftwerks regional die Führung übernehmen und Strom würde billig werden.

Die kritischen Informationen wurden während der gesamten Projektentwicklung vor der Öffentlichkeit geheim gehalten. Zudem organisierten Befürworter*innen eine Kampagne gegen Anti-Atom-Aktivist*innen und behaupteten, diese seien von der russischen Regierung bezahlt worden.

Die litauische Regierung hielt selbst nach dem Fukushima-Desaster 2011 an den atomaren Plänen fest. Für Hitachi-GE ist das eine Chance, seine Reaktoren zu verkaufen, während der Markt schwindet. Am 14. Oktober 2012 stimmten die Bürger*innen Litauens über die Aussage "Ich bin für den Bau eines neuen Aktomkraftwerks in Litauen" in einem landesweiten konsultativen Referendum ab. 52,5 % der Wähler*innen nahmen daran teil, 62,6 % stimmten mit "Nein". Nichtsdestotrotz versuchen die litauischen Politiker*innen die Ergebnisse des Referendums nun herunterzuspielen und behaupten, es sei nur dazu gedacht gewesen, die Meinung der Leute einzuholen, wohingegen die Gesetze die legale Bindungskraft des Referendums festschreiben.



"Tar Sands": Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter Vorkommen

fb In Alberta, einer kanadischen Provinz, befindet sich die größte bekannte Ölreserve der Welt: in Form von 1,7 - 2,5 Billionen Barrel Bitumen. Nachteil dieser "nichtkonventionellen" Ölquelle ist die notwendige industrielle Aufbereitung, bevor ein weiterverarbeitbares Rohöl gewonnen wird. Bei diesem als "Upgrading" bezeichneten Verfahren werden große Mengen an Kohlenstoffdioxid und anderen Schadstoffen freigesetzt und gewaltige Energiemengen verbraucht. Doch die gigantische Umweltzerstörung fängt schon beim Abbau an, der aus dem All sichtbare Mondlandschaften hinterlässt: unberührte Urwälder werden abgeholzt, riesige zusammenhängende Feuchgebiete trockengelegt, die sensible "Muskeg"-Moor-Landschaft abgetragen und dann im Tagebau enorme Kraterlandschaften gebildet. All das findet im wesentlichen auf dem Land indigener Menschen statt, denen ungefragt und unter Brechung kanadischen Rechts der Zutritt zu ihrem traditionellen Land versagt und die dort lagernden Rohstoffe geraubt werden - eine moderne Spielart des alten Kolonialismus. Dieser Artikel gibt Einblicke in die Hintergründe der Tar Sands-Industrie und ihrer Auswirkungen auf Menschen und Umwelt.

Etwa 300 Milliarden Barrel der in Alberta vorkommenden Ölreserven können mit vorhandenen Technologien ausgebeutet werden. Der Hauptteil dieses Bitumens ist in den sogenannten "Tar Sands" gebunden, die von der Öllobby seit einigen Jahren lieber, weil sauberer klingend, als "Oil Sands" bezeichnet werden. Die Tar Sands-Abbaugebiete Kanadas befinden sich in drei Hauptlagerstätten: Peace River, Cold Lake und Athabasca, wobei letztere die größte und einzige ist, die im Tagebau abgebaut wird.

Foto: Falk Beyer

Bagger und Monstertrucks im Einsatz bei Syncrude

Etwa ein Drittel der weltweit bekannten Tar Sands befinden sich in Alberta, ein weiteres Drittel wurde in Venezuela entdeckt und der Rest sind vergleichsweise kleine Vorkommen in anderen Ländern. Auch in der BRD, in der Lüneburger Heide bei Wietze, wurden Tar Sands von 1918-1964 bergmännisch abgebaut.

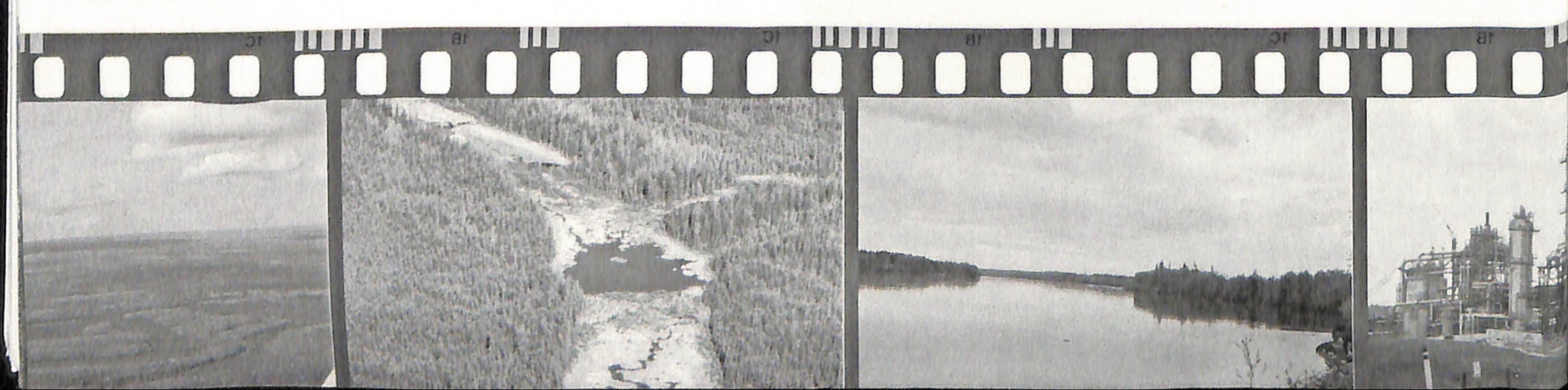
Mit etwa 8.000 km² ist die **Peace River-Region** das kleinste der Tar Sands-Gebiete in Alberta. Die hier befindlichen tiefen geologischen Lagerstätten werden mittels In Situ-Methoden ausgebeutet.

Die **Athabasca-Region** ist mit 40.000 km² das größte Gebiet. Es enthält außerdem das meiste Bitumen. In diesem Areal befindet sich mit Fort McMurray außerdem auch die "Hauptstadt" der Tar Sands-Industrie, die sich durch den Ölboom stark vergrößert und an Bedeutung gewonnen hat. In Fort McMurray befindet sich auch das Oil Sands Discovery Center, ein beeindruckendes Werbemuseum der Öllobby für die Tar Sands. Einige der Bitumenvorkommen (<10% der Gesamtfläche) nahe der Stadt liegen oberflächennah und werden daher im Tagebau ausgebeutet. Für tiefere Lagerstätten werden auch hier In Situ-Technologien angewendet. Zu den Athasca Tar Sands gehört außerdem die etwas abseits gelegene Wabasca-Region, die geologisch mit den Fort McMurray-Tar Sands verbunden ist.

Das zweitgrößte Tar Sands-Gebiet und Reserve Albertas ist mit 22.000 km² die **Cold Lake-Region**. Einige Lagerstätten werden derzeit im In Situ-Verfahren abgebaut.

Entstehung

Die beliebteste Theorie zur Entstehung der Tar Sands besagt, dass leichte Rohöle von Südalberta nach Norden und Osten gewandert sind und unter dem selben Druck standen, der die Rocky Mountains geformt hat. Über die Zeit verwandelten Wasser und Bakterien das leichte



und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts

Rohöl in Bitumen, ein sehr viel schwereres, kohlenstoffreiches und extrem zähflüssiges Öl. Der Anteil von Bitumen in den Tar Sands kann von 1-20% variieren. Die ölgesättigten Sandablagerungen verließen uralte Flüsse in den drei Hauptgebieten Peace River, Cold Lake und Athabasca.

Bergbau-Geschichte

Seit den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts sind Tagebaue zentral für die Ausbeutung der Tar Sands. Die erste kommerzielle Nutzung in großem Stil erfolgte ab 1967 durch die Firma Great Canadian Oil Sands (heute: **Suncor**). Dazu wurden Schaufelradbagger des deutschen Herstellers O&K aus der Kohlebergbau-Industrie eingeführt. 1978 startete das Unternehmen **Syncrude** Canada Limited und führte gigantische Förderbänder ein.

Heute sind Schaufelradbagger und Förderbänder durch Bagger und riesige Trucks ersetzt worden, die die Tar Sands selektiver und kostengünster abbauen können. Die Abbauarbeiten laufen ohne Unterbrechung Tag und Nacht jeden Tag im Jahr. GPS wird häufig eingesetzt, um die Abbauflächen festzulegen.

Industrial Heartland

Auf dem Weg von Albertas Hauptstadt Edmonton passiert mensch das nordöstlich gelegene "Industrial Heartland", einen industriellen Zusammenschluss von mehr als 40 Unternehmen im Einzugsgebiet von fünf Städten. In der Eigenwerbung liest sich das folgendermaßen: "Albertas Industrial Heartland ist einer der weltweit attraktivsten Orte für chemische, petrochemische, Öl- und Gas-Kapitalanlagen. Es ist außerdem Kanadas größte Kohlenwasserstoffe verarbeitende Region." Hier kann mensch gleich mehrere Upgrader bewundern, z.B. hat Shell eine dieser Tar Sands-verarbeitenden Fabriken und baut diese weiter aus, aber diverse andere Ölkonzerne sind auch dabei, solche Anlagen zu errichten.

Das verflüssigte Bitumen wird, sofern es nicht direkt in den Abbaugebieten wie bei Suncor und Syncrude in der Athabasca-Region upgegradet wird, über Hunderte Kilometer in Hochdruck-Pipelines zu den Upgradern transportiert. Die Kapazitäten für weiteres Upgrading in Fort McMurray sind weitestgehend erschöpft, weil die großzügigen Grenzwerte für deren Emissionsfreisetzungen bereits ausgereizt sind. Neue Upgrader entstehen an diversen Orten in Kanada und sogar in den USA, wohin es die Bitumen-Pipelines pumpen.

Im Industrial Heartland gibt es, wie auch in anderen Regionen Albertas, einzelne Bürger*innen, die sich gegen die Ausweitung der Ölindustrie und die Zerstörung der Umwelt und ihrer Lebensgrundlagen wehren. Die meisten von ihnen agieren alleine oder in kleinen Gruppen. Erste Anläufe einer Vernetzung und Stärkung des Widerstands gab es mit den "Land Stewart Gatherings" 2009, die von Greenpeace und anderen Umwelt-NGOs organisiert wurden. Dort war zu erleben, dass die Leute noch recht schüchtern und teilweise ängstlich waren, in eine Ecke mit sogenannten Ökoterrorist*innen gestellt würden, wie es gegen Ölindustriegegner*innen im benachbarten British Columbia und in den USA bereits seit Jahren geschah. Unter ihnen sind Kartoffelbauern und andere, deren regionale Lebensgrundlage durch die Okkupation von mehr und mehr Flächen für konventionelle Erdöl- und Erdgasindustrie sowie durch die extrem wachsende Tar Sands-Industrie gefährdet wird.

Einst war die Landwirtschaft der wichtigste Erwerbszweig in Alberta. In den letzten Jahrzehnten hat die Ölindustrie diese Rolle übernommen,



deren wichtigste Konzerne ihren Sitz in der heimlichen 2. Hauptstadt Albertas, in Calgary (der größten Stadt der Provinz) haben. Inzwischen lässt sich auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen mehr Geld durch die Verpachtung von Land für Pipeline-Pumpstationen, Gasspeicheranlagen und Erdöl-Tiefpumpen verdienen als durch den Anbau von Gemüse. Gleichzeitig verschmutzen die Raffinerien, Upgrader und anderen chemischen Anlagen die Böden auf lange Sicht.

Naturlandschaften

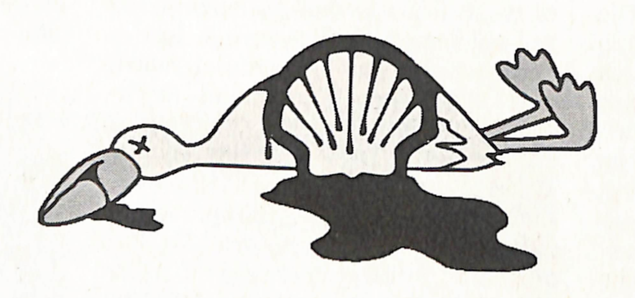
Einhundert Kilometer nördlich von Edmonton geht die relativ dicht besiedelte Gegend in eine weitestgehend naturbelassene Landschaft über. Abgesehen von den Highways 63 und 881 ist Fort McMurray und damit die Athabasca Tar Sands-Region nur via Boot über das dichte Gewässernetz oder per Flugzeug erreichbar. - Und damit ist auch der für die Tar Sands-Industrie lebensnotwendige Lieferverkehr mit täglich hunderten von Trucks und PKW effektiv durch Aktionen zivilen Ungehorsams blockierbar. Parallel zum Highway verlaufen die Hochdruck-Pipelines der Ölindustrie, alle paar Kilometer aufgelockert durch Pumpstationen. Ansonsten sind hier nur die borealen Wälder und erste Feuchtgebiete zu sehen, die den ganzen Norden Albertas bedecken.

Boreale Wälder sind Kanadas größtes zusammenhängendes Ökosystem. Mehr als ein Drittel des Landes sind boreale Wälder. Die immense Größe kann trügerisch sein: Albertas boreale Wälder sind tatsächlich ein sehr vielfältiges Mosaik verschiedenster Subregionen. Jede Subregion hat ihre eigene charakteristische Ökologie basierend auf dem Terrain und unterschiedlichen Mustern pflanzlichen und tierlichen Lebens.

Es gibt sechs verschiedene Subregionen borealer Wälder in Alberta. Die meisten Tar Sands-Flächen befinden sich in der "Zentralen Mischwald-Zone" und zu einem kleineren Anteil in der "Trocken-Mischwald-Zone" des übergeordneten borealen Wald-Ökosystems. Die langen, kalten Winter und dünnen Bodenschichten bewirken, dass Bäume nur langsam wachsen und Tierpopulationen lange Zeit brauchen um sich zu erholen, wenn sie beeinträchtigt werden.

Außerdem durchziehen weitflächige **Feuchtgebiete** den Norden Albertas. In der Region Fort McMurrays ist der Athabasca River der wichtigste Fluss, der hunderte Kilometer flussabwärts Richtung Norden in den gewaltigen Athabasca Lake mündet. Ein System

Stop the Tar Sands!



von Flüssen, Bächen, Seen und Muskeg-Mooren bedeckt die ganze Fläche. Dieses Gewässernetzwerk ist sehr sensibel für Schadstoffeinträge, die schnell großflächig verbreitet werden.

Muskeg ist eine spezielle, nur im Westen Kanadas und Alaska anzutreffende Moorart, die über Tausende von Jahren entstanden ist und sich aus unzähligen Schichten abgestorbener Vegetation zusammen setzt, die immer wieder neu bewachsen sind. Nördlich von Fort McMurray führt eine einzige Straße weiter nach Norden, die nur im Winter, wenn die Moore gefroren sind, befahrbar ist. Es gibt Geschichten von unzähligen Fahrzeugen unbeirrbarer Autofahrer*innen, die meinten, mit ihren Geländewagen trotzdem durch die Gegend fahren zu müssen. Der Muskeg ist oft trügerisch, im ersten Moment scheint der Boden tragfähig zu sein, dann versinkt das Fahrzeug unwiderbringlich. Es müssen schon viele Autoleichen in den Mooren im Norden Albertas liegen. Muskeg ist ein einmaliges Ökosystem, das von wenigen, sehr spezialisierten Pflanzenfamilien besiedelt wird. Diese sind oft so genau aufeinander eingespielt, dass sie nur in ihren spezifischen Pflanzenartenkonstellationen funktionieren. Wenn sie abgetragen werden, sind die Chancen schlecht, dass sie wieder zu einem lebendigen Lebensraum werden.

Umweltzerstörung

Ein erstes grundsätzliches Problem der industriellen Erschließung unberührter Naturgebiete ist die **Habitatfragmentierung**, also die Zerstückelung von zuvor zusammenhängenden Landschaften. Im selben Maße wie der industrielle Ausbau voranschreitet, führen Zufahrtswege und Schneisen zur Zerschneidung von Waldgebieten, dann zur Perforation und schließlich zur Fragmentierung. Industrieanlagen, Forstmaßnahmen und Erholungsaktivitäten verstärken diese Effekte. Letztlich birgt jeder kleine Erschließungsvorgang das Potenzial und eine Wahrscheinlichkeit dafür, dass die schrittweise Zerstörung der Naturlandschaft immer größere Ausmaße annimmt.

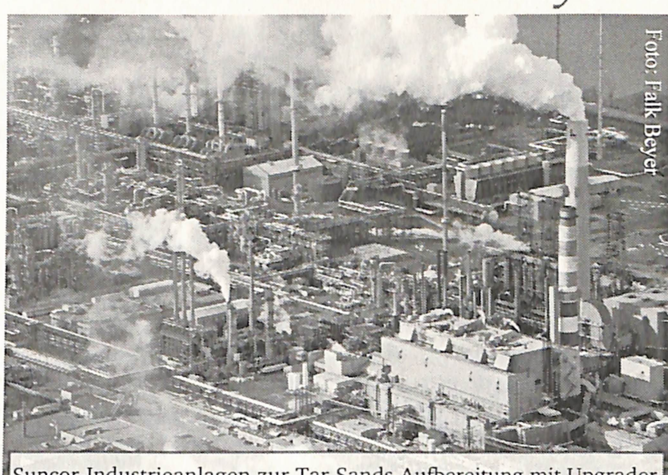
Aus anfänglichen Zufahrtswegen und Schneisen werden große Netzwerke, so dass Waldstücke vielmehr Inseln darstellen. Dem folgen erst einzelne, dann immer mehr Anlagen, weitere Pipelinekorridore, Abbaue, Industrieanlagen, Pumpstationen und Siedlungen. Diese Störungen können auch zur Ansiedlung neuer Arten in den Waldrandbereichen und zur Verdrängung bisher heimischer Arten führen.



Habitatfragmentierung kann auch zur Erhöhung von Raubtierpopulationen und Gefährdung von deren Beutetieren führen. Beispielsweise wird befürchtet, dass das Woodland Caribou Nordost-Albertas durch eine Kombination aus vermehrtem Raubtieraufkommen und Konkurrenz um Futterquellen gefährdet wird, da Arten wie Wölfe, Coyoten, Elche und Rehe Vorteil aus der Zerstückelung der Landschaft ziehen.

Wasserverschmutzung und -verbrauch sind einer von vielen ökologischen Aspekten der Tar Sands-Industrie. Sie betreffen sowohl den Abbau im Tagebau als auch in In Situ-Verfahren. Die meisten In Situ-Technologien erfordern große Wassermengen zur Dampferzeugung - bis zu 3 Kubikmeter für jeden Kubikmeter aufbereiteten Bitumens. Der Bergbau erfordert außerdem die Trockenlegung der Muskeg-Moore und führt oft auch zu Beeinträchtigungen des Grundwasserflusses, nicht zu vergessen die Wassermengen, die zur Extraktion des Bitumens aus den abgebauten Tar Sands benötigt werden. Ein anderes wesentliches ökologisches, aber auch für Menschen bedenkliches Problem ist die toxische Verschmutzung der natürlichen Wasserläufe - Flüsse, Seen und Grundwasser, die durch die großflächigen Feuchtgebiete in engem Austausch stehen. Flussabwärts von Fort McMurray den Athabasca River entlang wurden immer wieder hohe chemische Belastungen gemessen, mutierte Fische gefunden sowie erhöhte Krebsraten in den indigenen Communities festgestellt.

Wie in vielen anderen Bergbaubetrieben fallen große Mengen von Abwässern an. Diese werden in sogenannten "**Tailing Ponds**" (Absetzbecken) gesammelt und versickern langsam in den Untergrund oder werden bei starken Regengüssen und Überschwemmungen über die Dämme hinweg in die Flüsse und Feuchtgebiete freigesetzt. Keiner der Tailing Ponds hat eine ernstzunehmende Isolierung von Absetzbecken, Bodenschichten und Umgebung. Was sich in diesen Becken ansammelt, ist teilweise so giftig, dass Wasservögel nach einer Landung darin verenden. Es gab immer wieder Skandale um hunderte von Enten, die aufgrund solcher Vorfälle umkamen. In Konsequenz wurden propangasbetriebene Schussanlagen installiert, die in bestimmten Abständen schussänliche Geräusche verursachen und so die Vögel fernhalten sollen. Ein indigener Arbeiter kommentierte die Entenproblematik in einem Interview so: "Die Vögel gewöhnen sich schnell an die Schüsse und lassen sich dadurch nicht mehr stören. Die Skandale um die verendeten 500 Enten waren sicherlich herausragende Ereignisse; tatsächlich sterben jeden Tag Enten in den Tailing Ponds, aber eben keine hundert, sondern in geringerem Umfang".


Foto: Falk Beyer

Suncor-Industrieanlagen zur Tar Sands-Aufbereitung mit Upgrader

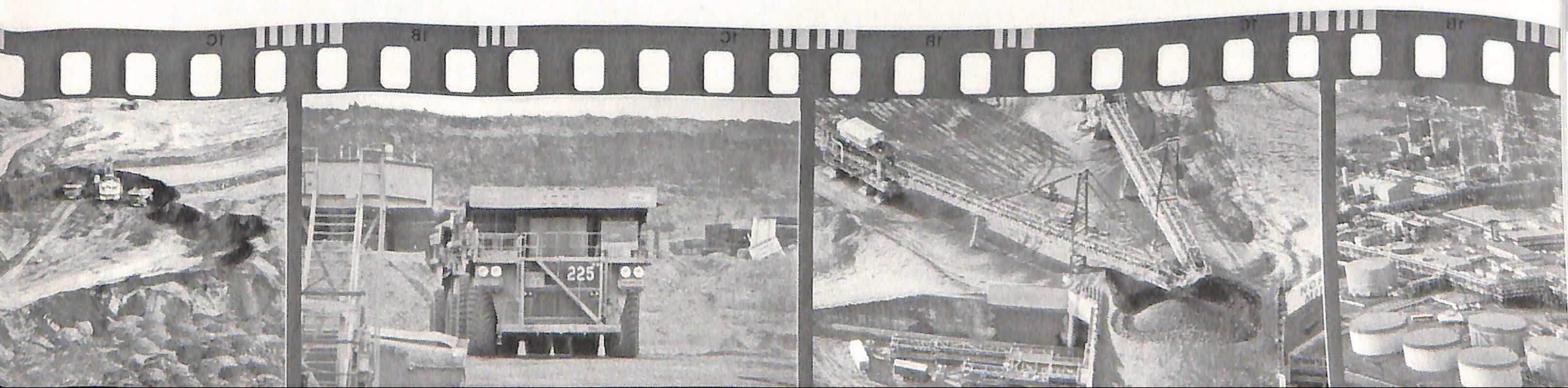
Die Extraktion von Bitumen aus den Tar Sands produziert eine Mischung aus Wasser, Sand, Lehm, Schlick, Chemikalien und anderen Spurenstoffen. Unbehandelt trennt sich diese Mixtur schnell in drei Schichten auf. Der Sand fällt aus und hinterlässt eine Schicht aus Wasser, Schlick und Lehm, bezeichnet als "fine tails", und eine Oberschicht von weiterverwendbarem Wasser.

Innerhalb der Schicht der "fine tails" beginnen Lehm und Schlick sich abzusetzen, was letztlich die sogenannten "mature fine tails" (MFT) bildet. Es ist unklar, wie lange es dauern würde, bis diese MFT sich auf natürlichem Weg wieder vollständig in ihre Bestandteile - Wasser, Lehm, Schlick - auftrennen würden. Um diesen Prozess zu beschleunigen, werden verhäuft Beigaben von Gips hinzugefügt. Außer Acht gelassen werden die toxischen Bestandteile, die durch die Tar Sands-Verarbeitung freigesetzt werden.

Die **totale Zerstörung des Ökosystems** beschreibt die Lobbyeinrichtung der Tar Sands-Industrie, das Oil Sands Discovery Center, unter der Überschrift "*Getting started*" folgendermaßen: "*1. The area is cleared of trees*" - also der totale Kahlschlag und die Beseitigung des borealen Waldes. "*2. The area is drained*" - die Feuchtgebiete werden trocken gelegt und damit zerstört. "*3. The muskeg is removed and stored for later use in reclamation*" - der Muskeg-Moorboden wird abgetragen, die spätere Wiederverwendung zur Renaturierung ist illusorisch, da die einstige Muskeg-Pflanzengesellschaft kaum Chancen hat, sich wieder einzufinden. "*4. The overburden is removed, opening the ore body for mining*" - mit anderen Worten: eine Kraterlandschaft wird für den Abbau der Tar Sands geschaffen.

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe - oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts schon weiter lesen.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*



...derweil die Sternlein traulich funkeln

ähm Alle Jahre wieder überschüttet uns die Weihnachtswelt mit glitzernden Lichtern, schlechter Musik, Kommerzkack und erzwungener Familienharmonie. Erfreulicherweise gibt es jedes Jahr Gruppen und Einzelpersonen, die dem etwas entgegensetzen und die Weihnachtstage mit kreativen Aktionen bereichern.

So wie die Försterin in Loriots Gedicht „Advent“ die Weihnachtsidylle nutzt um ihren Ehegatten unbemerkt umzubringen, so nutzten auch 2012 verschiedene Aktionsgruppen die Ruhe der Weihnachtszeit für ihre Aktivitäten. Einige mir bekannt gewordene Aktionen mit explizitem Weihnachtsbezug möchte ich an dieser Stelle näher betrachten, um Menschen, die ein langweiliges oder zerstrittenes Weihnachtsfest hinter sich haben Ideen an die Hand zu geben, wie eine etwas andere Art aussehen kann, zu feiern...

Das Offensichtliche thematisieren: Eine Demo gegen einen Weihnachtsbaum
In Chemnitz demonstrierte der DBMW („Der Baum muss weg“) auf dem Polizeirevier gegen den dort aufgestellten Weihnachtsbaum. Die Demonstrierenden thematisierten in ihrer Rede rechtsradikale Angriffe auf Moscheen im Vogtland, institutionalisierten Rassismus deutscher Behörden, die Doppelmoral vermeintlich fehlender Polizeikapazitäten, Strom- ,Flächen- und Ressourcenverbrauch für Weihnachtsbeleuchtung und Weihnachtsbaumanbau sowie die ökologischen Folgen und Tierrechtsaspekte.

„Deshalb unserer ausdrücklicher Appell an die Polizei Chemnitz: Geben Sie den Baum der Natur zurück. Sofort! Jede Sekunde länger bedeutet auch Werbung für die völlig sinnlose Abholzung von Wäldern! Der Baum muss weg “

Was diese Aktion bei allem (ja durchaus auch berechtigten) Spaß an kreativen Aktionen zusätzlich aufzeigt ist, dass sich oft an banalen Dingen sehr viele Zusammenhänge aufzeigen lassen. So wie es der Film „Darwins Nightmare“ schafft, als Dokumentarfilm über den Viktoria-Barsch Waffenlieferungen, zerstörte Ökosysteme, Hunger, Prostitution, westlichen Reichtum und Ausbeutung unter einen Hut zu bringen, ist es der Gruppe in Chemnitz mit dieser Aktion gelungen, verschiedene Aspekte sozialer und ökologischer Kämpfe zusammenzudenken. Bedauerlicherweise war das Interesse von Seiten der Polizei nicht besonders groß und die Rede wurde nicht an weiteren Weihnachtsbaumstandorten wiederholt, aber 2013 wird es sicherlich wieder Weihnachtsbäume geben.



Räumt euch doch selber
In Berlin-Kreuzberg statteten Aktivist_innen dem Immobilienspekulanten André Franell einen Hausbesuch ab. Er betreibt die Zwangsräumung einer Familie in der Lausitzer Strasse. Bisher angesetzte Räumungstermine im Oktober und Dezember scheiterten u.a. am solidarischen Widerstand von 200 Menschen. Weihnachten bekam Franell nun Besuch von Aktivist_innen mit einem Transparent mit der Forderung „Friede den Hütten – Krieg den Palästen“.

Abholzung mal anders: Vorgarten von RWE-Vorstand gerodet
Ebenfalls Hausbesuch zu Weihnachten gab es in NRW: Im rheinischen Braunkohlerevier, in der Nähe des Tagebaus Hambach, für den momentan der Hambacher Forst gefällt wird, hat ein „Rodungstrupp“ dem scheidenden Vorstandsvorsitzenden der RWE Power AG Dr. Johannes Lambertz ein ganz besonderes Abschiedsgeschenk gemacht. Der RWE-Funktionär wohnt in Manheim, einem der Orte, die für den Tagebau „umgesiedelt“, also in den nächsten Jahren zerstört werden sollen.

In einem Bekenner_innenschreiben heißt es: *„lange haben wir überlegt, wie wir uns bei ihm für seine großzügige zerstörung der umwelt, die er stehts mit geistreichen worten zu kombinieren wusste, bedanken können. da viele bäume dr. lambertz im wege standen und er immer auf eine anständige rodung bedacht war, haben wir uns entschieden, ihm ein bisschen unter die arme zu greifen. deswegen haben wir die buchsbäume, sträucher, rosen und anderes gestrüpp, welches ihm auf der karierreleiter im wege stehen könnte, aus seinem vorgarten entfernt und abschiedsgrüße an der hauswand hinterlassen.“*

Kritisieren ließe sich der starke Fokus auf eine Einzelperson und die damit einhergehende inhaltliche Verkürzung, die möglicherweise ein Stück weit ausblendet, dass Konzernchefs austauschbar sind. Da der Aktion aber neben dem direkten Zerstörungselement vor allem eine sehr hohe satirisch-symbolische Komponente innewohnt, erscheint die Personenfixierung vernachlässigbar, weil hier doch die Rodung des Vorgartens des Rodenden im Vordergrund zu stehen scheint.

Auch 2013 wird es wieder ein Weihnachten geben, also fangt jetzt schon mal an, euch Gedanken zu machen, wie ihr das Fest angemessen feiern könntet...

Fernweh

Hyman Roth Es gibt gute Nachrichten. Die anarchistische Medienlandschaft ist um „Fernweh – anarchistische Straßenzeitung" aus München reicher geworden. Und der Fundus der anarchistischen Theorie wurde um den redaktionellen Artikel „Bist du frei" bereichert. Soweit zu den guten Nachrichten. In die Sparte „nicht so gute Nachrichten" muss leider der Inhalt des Textes verzeichnet werden.

Dort steht: "Wenn ich die Grundlagen meines Alltags und unseres Zusammenlebens umkrempeln und selbst lenken will, kann dass niemand durch irgendeine Art von Politik übernehmen und kein_e Politiker_in kann mir bei dieser Änderung helfen. Abgesehen davon, dass ich diesen Kampf also sowieso selbst führen muss, ist Politik an sich eine entfremdete und langweilige Sache. Politik heißt meiner Meinung nach, dass irgendwelche Menschen die nichts mit mir zu tun haben, die ich meistens noch nicht ein einziges Mal in meinem Leben persönlich gesehen habe, geschweige denn mit ihnen geredet habe, über die Dinge die mein und unser Leben betreffen in irgendwelchen Treffen oder Parlamenten entscheiden. Da wir dann gezwungen sind diese Entscheidungen auch zu befolgen und unsere persönlichen Konflikte, gemeinsamen Entscheidungen oder Abmachungen zu übergehen oder in den Hintergrund zu drängen, spielt sich Politik immer getrennt von unserem täglichen Leben ab und nimmt uns so die Möglichkeit selbst über unsere Leben zu entscheiden.
Politik heißt uns zu kontrollieren, damit sich unsere Aktivitäten nicht von den Fesseln der Arbeit und Pflicht befreien.
Für eine andere Welt zu kämpfen hat für mich also nichts mit Politik zu tun, es geht mir eher darum, alle Sachen, die mich daran hindern zu zerstören und nicht zu verändern oder abzuschaffen, denn das würde wieder heißen Politik zu machen.
Die Verhältnisse die uns unterdrücken, durchdringen unser ganzes Dasein..."

Ab dem zweiten hier zitierten Satz wird es schräg. Man kann herrschende Politik für vieles kritisieren, aber „Langeweile" ist ein seltsames Kriterium. Man kann durch Analyse der Verhältnisse zum Schluss gelangen, dass einige, sehr grundsätzliche Dinge sich nicht auf parlamentarischem Wege ändern lassen, aber es ist was ganz anderes, wenn man für Revolution ist, einfach weil man brennende Barrikaden (und eventuell damit verbundenes Blutvergießen) lustiger findet als ewiges Verhandeln bei irgendwelchen Gremientagungen. Es gibt Radikalität, die nach dem Prinzip „so radikal wie die Wirklichkeit" entsteht. Dies impliziert die analytische Auseinandersetzung mit eben dieser Wirklichkeit, also auch mit „langweiligen" Strukturen. Und es gibt die revolutionäre Romantik. Beides sollte nicht durcheinander geworfen werden.
Es stimmt, dass in der parlamentarischen Demokratie Vertreter und Vertretene einander oft nicht kennen. Aber ist es ausgerechnet das, was daran zu kritisieren wäre? Denn dieses Problem lässt sich leicht beheben. Jeder Abgeordnete hat ein Büro in seinem Wahlkreis, da kann man hingehen und den Vertreter kennenlernen. Bloß was wird dadurch besser? Wenn ein Gesetz zu Ungunsten einzelner Bürger ausfällt, liegt es nicht daran, dass die zum Gesetzeerlassen ermächtigten Abgeordneten die Betroffenen nicht kennen.
Wenn man nicht sein Leben in einer abgeschotteten Dorfgemeinschaft verbringen möchte (was für sehr viele Menschen keine attraktive Option ist), wird man in jeder Gesellschaftsform auf Menschen, die man nicht persönlich kennt angewiesen sein. Was das Problem an dieser „Entfremdung" (was auch immer das für ein Ding das sein soll) sein mag, ist nicht klar. Arbeiter in riesigen Betrieben oder gar in ganzen Branchen beschließen zu streiken nicht weil die sich alle persönlich kennen und sympathisch finden, sondern weil sie ein gemeinsames Interesse sehen und es für so wichtig halten, dass sie unter Abstraktion von allen sonstigen Unterschieden in gemeinsame Aktion treten. Ein Protest gegen Abschiebung findet hoffentlich nicht nur dann statt, wenn die davon Bedrohten allen wohlbekannt und ursympathisch sind.
Politik kann es Freunden der revolutionären Unmittelbarkeit nie Recht machen, weil sie immer einer Vermittlung bedarf. Wenn man das ganze gesellschaftliche System umkrempeln will – und das eben nicht als Putschaktion von einigen ganz doll Entschlossenen und Unangepassten, sondern zusammen mit der Mehrheit, muss diese Mehrheit ja irgendwie überzeugt werden. Dabei können nicht alle sich gegenseitig kennen, jeder mit jedem befreundet sein. Es kann dabei auch schwer vermieden werden, dass man „persönliche Konflikte" nicht in den Hintergrund drängt. Persönliche Zu- und Abneigungen sind keine gute Grundlage für das gesellschaftliche Zusammenleben. Was wäre besser, wenn ein Bäcker darauf achten wurde, dass seine Brötchen ja nicht von Leuten verzehrt werden, die er nicht mag? Oder wenn mitten in so formell-entfremdeten und angeblich vor allem deswegen bösen, bürgerlichen Rechtstaat ein Sachbearbeiter Sozialhilfe nach dem Prinzip verteilen wurde „wenn mag ich"? Oder will man eine Produktionsweise haben, bei der erst geschaut wird, ob ein Mensch sich durch persönliche Eigenschaften als würdig erwiesen hat, auch für seine Bedürfnisse etwas zu produzieren?
Arbeitsteilung, Planung und Organisation von komplizierten Produktionsabläufen kann sicherlich nicht komplett nach dem Lustprinzip geschehen, aber ohne all das wäre man die ganze Zeit der Natur und damit dem Mangel an allem möglichen ausgeliefert.
Ein anderer Punkt ist: wenn man eine Programm der Weltveränderung fährt, die z.B. Privateigentum abschaffen will, dann kollidieren die eigenen Interessen mit den Interessen derjenigen, die wollen, dass alles so bleibt, wie es ist. Sich gegen deren Interessen durchzusetzen impliziert auch solche (den Autoren des „Fernweh"-Textes verhasste) Dinge wie Kontrolle über deren Aktivitäten oder Entscheidungen über ihr alltägliches Leben, die ihnen eventuell nicht passen. Will beispielsweise Jemand weiterhin Immobilienbesitzer sein und irgendwelche Leute (die er bis dahin nicht mal gesehen hat) hindern ihn daran, , dann ist das Zwang. Man kann nicht so tun, als wäre es das nicht – sonst ist es eine Mogelpackung: Freiheit ist unsere Freiheit den anderen unsere politische (jawohl, das ist dann politisch) Vorstellungen aufzudrücken, aber in der umgekehrten Variante ist es dann keine Freiheit. Die politischen Fragen werden unter tiefsinnigen" Begriffen wie „Dasein" und „Leben" versteckt.

Wie der deutsche Tierschutzbund und die Fleischwirtschaft voneinander profitieren.

"DAS IST EIN BEGRIFF DEN MAN ALS TIERSCHÜTZER NUR SCHWER ÜBER DIE LIPPEN BEKOMMT ABER ES GEHT HIER UM EIN PRODUKT LETZTENDLICH" Thomas Schröder (Präsident des deutschen Tierschutzbundes)

kcl Die deutsche Fleischbranche rutschte in den letzten Jahren immer mehr in eine „Vertrauens-Krise". Veröffentlichungen von Undercover-Recherchen über die Zustände in der Hühner-, Puten- und Enten-Mast, aber auch aus sogenannten Ferkelzuchtanlagen erzeugten Empörung und ein schlechtes Gewissen in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Rufe nach mehr Kontrolle, Transparenz und korrekterer Tierhaltung wurden laut. Diese Empörung musste dringend besänftigt werden.



Die Vorgeschichte

Am 16.01.13 brachte der Deutsche Tierschutzbund *"das Tierschutzlabel für mehr Tierschutz"* auf den Markt. Die Kriterien für dieses Label wurden von der *„Initiativ-Gruppe Tierwohl-Label"* an der Georg-August Universität Göttingen entwickelt. Ins Leben gerufen wurde dieses Label u.a. von Prof. Achim Spiller, der an der Uni Göttingen zu Agrarökonomie lehrt und forscht. In einer Studie *„Tierschutzlabel aus Ökonomischer Sicht"* analysiert er das potentielle Konsumverhalten der *„Kernzielgruppe" „Besorgte Tierschützer/innen"* und die *„erweiterte Zielgruppe" „Tierschutz-bewusste Fleischesser"*. Hier stellt er ein Marktpotenzial von 20% fest.

„Es geht uns um einen Brückenschlag zwischen Wirtschaft und Tierschutz – ein „Gelände", dass in Deutschland bisher ausgesprochen „vermint" ist.", betont die Initiative in ihrer Selbstdarstellung. Gemeint ist damit die Zusammenarbeit zwischen Tierschutzverbänden (der Deutsche Tierschutzbund), der Forschung (Universität Götingen, Universität Kassel, (Friedrich-Loeffler-Institut) der Fleischindustrie (Wiesenhof, Vion und Neuland) sowie dem Lebensmitteleinzelhandel (Kaiser's, Tengelmann, Edeka in Minden-Hannover). Gefördert wurde das Projekt vom Bundesministerium für Landwirtschaft mit 1 Mio. Euro.

Der "Kriterienkatalog" und die Realität

Der Deutsche Tierschutzbund nahm die Forschungsergebnisse und Ausarbeitungen entgegen und bastelte daraus Ende letzten Jahres das Tierschutzlabel *„für mehr Tierschutz"*.

Das Label vergibt seit Januar 2013 bis zu zwei Sterne an Leichenteile von Hühnern oder Schweinen.

Nach den Kriterien der „Einstiegsstufe" dürfen bis zu 60.000 Hühner in einer Anlage gehalten werden und müssen Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten. In der Praxis sieht das so aus das sich 2.000 Hühner drei Strohballen teilen und 1000 Hühner einen Pickgegenstand. 2.400 von 60.000 Hühnern dürfen sich aufgrund von Haltung, Fang und Transport verletzen und 2.160 bereits während der Mast sterben.[1]

Dass die Haltungsbedingungen von Schweinen, die für den Konzern Vion gehalten und mit dem Siegel versehen werden nicht einmal minimale Verbesserungen aufweisen, zeigen Recherchen des Vereins „Animal Rights Watch". Die Bilder von Schweinen, die mit minimalen Beschäftigungsmöglichkeiten in engen Buchten mit Spaltenböden über den eigenen Exkrementen stehen, wurden in einem kritischen Beitrag des ARD-

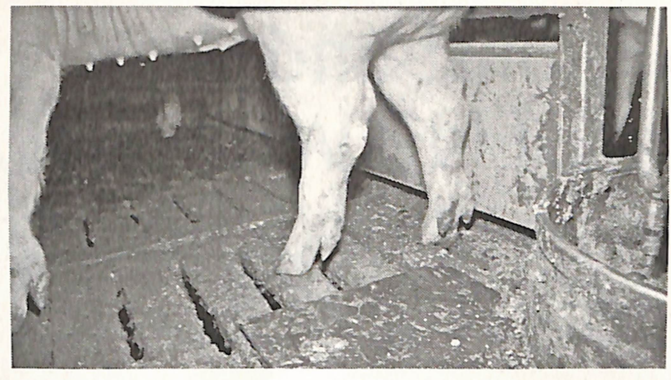


Hast du Lust auf einen aktuellen Austausch über Berichte, Aktionen, Treffen, Termine ect. gegen und über Tierfabriken?

Dann kannst du dich gerne auf eine interaktive Mailingliste gegen Tierfabriken setzen lassen. Schreibe einfach eine Mail mit dem Betreff "Mailingliste" an aif@riseup.net.

Wenn du weniger Lust auf noch mehr E-Mails hast, aber trotzdem regelmäßig über Berichte, Aktionen, Treffen, Termine ect. über und gegen Tierfabriken informiert werden möchtest, kannst du gerne den E-Mail-Newsletter gegen Tierfabriken bestellen, der wird von nun an einmal im Monat erscheinen. Schreibe einfach eine E-Mail mit dem Betreff "Newsletter" an aif@riseup.net.

Magazins "REPORT MAINZ" veröffentlicht. Sowohl bei Hühnern als auch bei Schweinen werden die Haltungsbedingungen, . die während der Zucht vorherrschen, komplett aus dem Kriterienkatalog ausgeklammert. Die Vereinbarungen mit der Fleischwirtschaft seien *«kein leichter Schritt»* gewesen, sagt Thomas Schröder.[2] Aus der Zusammenarbeit mit Konzernen der Fleischindustrie macht der Deutsche Tierschutzbund kein Geheimnis. So wird auf der Homepage des Labels unter der Rubrik *„Mitglieder im Beirat des Tierschutzlabels“* u.a. Vertreter_innen von Wiesenhof und Vion aufgelistet. Der Deutsche Tierschutzbund hat mit diesem Label die Schweine- und Hühnerfleischbranche eher gestärkt als geschwächt und das Tierschutzlabel *„für mehr Tierschutz“* kann ohne weiteres als Geschenk an sie bezeichnet werden. Es ist nicht etwa so, dass Wiesenhof seine Mastanlagen nach den Kriterien des Labels umrüstet, sondern es werden neue Mastanlagen dazugebaut. So wird lediglich eine neue Marktlücke an eine neue Zielgruppe von Konsument_innen angepasst. "Spiegel Online" berichtet, dass Wiesenhof einen Teil seiner Produktion nun ohne viel Aufwand teurer verkaufen



kann - so soll ein solches gelabeltes Hähnchen bis zu 40 Prozent teurer sein, bei Hähnchenteilen sollen es sogar 70 Prozent mehr sein.[3]
Ist dieses Geschenk auch nicht ganz einseitig, so ist der Deutsche Tierschutzbund doch auf die Fördergelder durch Mitglieder aus der bürgerlichen Mitte angewiesen und diese können nun wieder guten Gewissens Fleisch konsumieren.

Mehrere Schlußfolgerungen konnte ich aus dieser Recherche ziehen:

- Ich finde es wichtig die Zustände, unter denen Tiere in dieser Gesellschaft ausgebeutet werden, zu dokumentieren, allerdings sollte bei den Aufnahmen und der Vermittlung der Bilder mehr darauf geachtet werden, dass das Eingesperrt-Sein und die Benutzung an sich bereits massive Gewalt darstellt, nicht nur einzelne Schockmomente.

- Eine Auseinandersetzung mit der Kritik am Kapitalismus und auch eine Vermittlung dieser ist für eine radikale Bekämpfung von Tierausbeutung unabdingbar.

- Verbände, die ein höheres Interesse daran haben mehr Spendengelder zu bekommen als Menschen zum selbstständigen Denken und Handeln zu animieren, sollte eine radikale Politik von unten entgegengesetzt werden.

Die Fotos wurden im Januar 2013 von dem Verein "Animal Rights Watch" gemacht und dokumentieren die Zustände unter denen Schweine, die mit dem neuen Tierschutzlabel zertifiziert wurden, gezwungen werden zu leben.

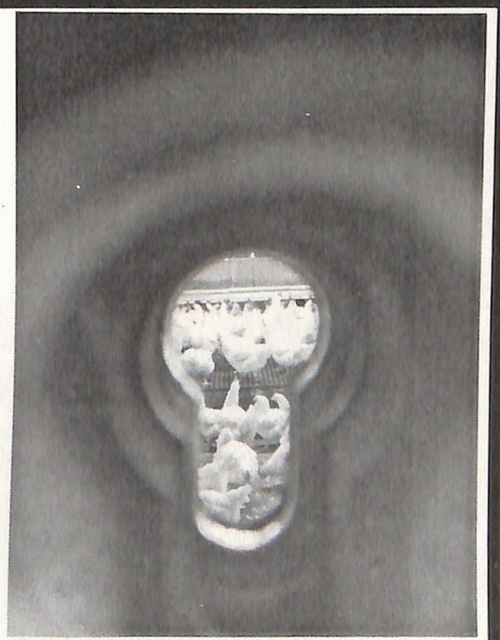
[1] Quelle:
„Kriterienkatalog des Deutschen Tierschutzbundes“
[2] Quelle:
http://www.agrarheute.com/reaktionen-tierschutz-label
[3] Quelle:
www.tagesspiegel.de/wirtschaft/tierschutz-label-besser-artgerecht/7684502.html

Wenn du intensiver in diese Thematik einsteigen willst, kannst du folgende Veranstaltung organisieren:
Einblicke in das System der Hühnerfleischindustrie

Wie beschenkt der Deutsche Tierschutzbund die Fleischindustrie? Welche Rollen spielen Universitäten in der sogenannten "Geflügel"-Wirtschaft? Wie verdient eines der größten Hühnerzuchtunternehmen an der Biofleischbranche? Unter welchen Bedingungen leben Hühner in Mastanlagen in Deutschland?
In 1,5 Stunden wollen wir unsere Rechercheergebnisse über das System der Hühnerfleischindustrie präsentieren. Wir wollen euch einen Überblick und eine Faktensammlung darüber geben, welche Unternehmen vor allem in Niedersachsen eine Rolle beim Wettbewerb um Hühnerleichenteile spielen. Welche kritischen Diskurse existieren im Bezug auf Massentierhaltung, wie versucht die Branche, darauf zu reagieren und welche Unterstützung erhält sie von Politik, Forschung und von sogenannten kritischen Verbänden? Außerdem wollen wir anhand von Beispielen Widerstandsmöglichkeiten gegen die Tierhaltungsindustrie aufzeigen und diskutieren.

Veranstaltungen zu einer spezifischeren Auseinandersetzung mit der Forschung und Zucht von und an Masthühnern sowie zu der Lobby der Hühnerfleischindustrie sind in Arbeit.

Anfragen an: aif@riseup.net



Quelle: www.facebook.com/tierrechtsinfos

Aktionsbündnis MASTANLAGEN? WIDERSTAND! blockiert Wiesenhof-Schlachtfabrik

Etwa 40 Aktivist_innen blockierten am 9. März diesen Jahres eine Wiesenhof-Schlachtfabrik in Bogen, nahe Regensburg. Vier davon waren an insgesamt drei Betonfässern festgekettet, eine weitere Aktivistin blockierte auf einem Tripod eine der Zufahrten.
Die Übrigen unterstützten die Blockierenden oder bildeten selbst mobile Blockaden. Nach fünf Stunden wurden die letzten beiden Aktivist_innen durch die von der Polizei beauftragte Feuerwehr aus den Betonfässern geflext und geräumt.



Erfolg und Effizienz der Blockade

Ziel der Blockade war unter anderem, den Betrieb der Schlachtfabrik für einige Zeit aufzuhalten um damit auf die Problematik der Tierhaltung aufmerksam zu machen. Gestoppt wurden LKW und andere Betriebsfahrzeuge, die die Ein- und Ausfahrten der Schlachtfabrik blockieren sollten, letztlich nur für kurze Zeit. Die letzte der fünf Zufahrten – eine Feuerwehrzufahrt - sollte aus strategischen Gründen nicht dauerhaft blockiert werden. Dies wurde von Wiesenhof genutzt, die LKW durch diese Einfahrt für die nächsten fünf Stunden umzuleiten.

Zwar wurde versucht, die LKW durch eine mobile Gruppe von Aktivist_innen, die kurzzeitig Blockaden bildeten, aufzuhalten – sie wurden allerdings recht schnell wieder durch die nach kurzem Bestehen der Blockade angekommenen Polizei geräumt.

Hintergrund und Ziele der Aktion

Ein aktueller Anlass der Blockade war, dass Wiesenhof, der größte Konzern der „Geflügel"-Industrie Deutschlands, erst im September letzten Jahres die Schlachtfabrik erweitern ließ, um damit die Infrastruktur für intensivste industrielle Tierhaltung in Süddeutschland zu schaffen.

Grund dafür ist auch, dass Wiesenhof, wie andere Megakonzerne auch, eine wirtschaftliche Verdrängung anderer Unternehmen anstrebt, um seinen Status als führender Geflügelkonzern aufrecht zu erhalten. So lässt die Schlachtfabrik in Bayern dort für den gesamten „Geflügel"-Sektor Hühner töten: etwa 250.000 Tiere können dort inzwischen täglich zu „Fleisch" verarbeitet werden. 120 Mastanlagen und zusätzlich etwa 28 sogenannte „Privathof-Betriebe" beliefern die Schlachterei mit lebenden Tieren, um die Kapazität aufrecht zu erhalten und möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften. Mit der Erweiterung wurden mehr als 20 neue Mastanlagen in der Umgebung gebaut. Zusätzlich müssen zur vollendeten Leistung der Fabrik mehr Mäster_innen unter Vertrag genommen werden, die für Wiesenhof in neu entstehenden Mastanlagen massenhaft Hühner mästen.

Kritikpunkt der Blockierenden war daher vorrangig, dass Tiere, Menschen und Umwelt in diesem Marktgesteuerten System keinen Platz haben und somit auch keine Rücksicht auf das Leben von Individuen und deren Bedürfnissen genommen wird.

Gleichzeitig sollte die Erweiterung der Schlachtfabrik in der Öffentlichkeit thematisiert werden – denn scheinbar hatte Wiesenhof versucht, den Ausbau medial geheim zu halten.







Tierschutzvereine wie der „Deutsche Tierschutzbund“ und „Vier Pfoten“ führten etwa zeitgleich zur Erweiterung neue Tierschutzlabel ein, die die industrielle Tierhaltung gesellschaftlich legitimieren und beschönigen. Auch setzte Wiesenhof vermehrt auf professionelles Marketing oder kündigte einzelnen Betrieben, nachdem die dort skandalöse Zustände veröffentlicht wurden, um von einer allgemeinen Problematik weg – und zu individuellem Fehlverhalten hinzulenken.

Nicht nur die vielen Skandale um Wiesenhof innerhalb der letzten drei Jahre zeigen dagegen deutlich, dass Lebewesen in diesem System per se zu Objekten, zu Ware, degradiert werden.

Die Blockade der Wiesenhof Schlachtfabrik kann unter anderem auch als Auftakt für weiteren Widerstand gegen den „Geflügel“-Konzern und dessen Zulieferbetriebe verstanden werden - und grundsätzlich gegen jede Form von Tierhaltung.

Aktionsbündnis gegen industrielle Tierhaltung

Initiiert wurde die Blockade durch das Aktionsbündnis MASTANLAGEN? WIDERSTAND! – ein Zusammenschluss aus verschiedenen Gruppen, Einzelpersonen und Aktivist_innen, der so seit etwa eineinhalb Jahren existiert. Das Aktionsbündnis soll – vorrangig im süddeutschen Raum - eine Plattform bieten, sich über das Thema und die Problematik von Hühnermastanlagen auszutauschen, zu vernetzen und zu informieren. Durch die Beschränkung auf einen bestimmten örtlichen Raum soll vor allem erreicht werden, dass kontinuierlich und offen zusammen gearbeitet werden kann. Damit soll aber nicht suggeriert werden, dass Unterstützer_innen oder Aktive in anderen Teilen der Welt damit ausgeschlossen werden sollen. Mastanlagen sind nicht nur eine regionale, sondern auch eine weltweite Problematik.

Darüber hinaus hat das Aktionsbündnis einen emanzipatorischen Anspruch und möchte Herrschaftsverhältnisse an sich in Frage stellen und diesen mit Widerstand begegnen. Dass Wiesenhof als Aufhänger und thematischer Schwerpunkt des Aktionsbündnisses gewählt wurde, hat nicht vorrangig damit zu tun, dass es der größte „Geflügel“-Konzern Deutschlands ist und damit ausgedrückt werden sollte, dass dieser besonders miserabel, katastrophal und rückständig sei. Vielmehr geht es darum auch hier strukturelle Probleme von Tierhaltung bzw. von Tierausbeutung zu erkennen und am Beispiel von Wiesenhof darzustellen.

MASTANLAGEN? WIDERSTAND! freut sich über Unterstützung

Um dem allgemeinen Ziel des Bündnisses, weitere Mastanlagen zu verhindern, nachkommen zu können, sieht sich das Aktionsbündnis vor allem in einer initiierenden Rolle – das bedeutet, dass Gruppen, Einzelpersonen und Aktivist_innen nötig sind, die dann Projekte in ihrer Umgebung oder überregional ins Leben rufen und selbst gestalten.

Weitere Informationen gibt's unter:

http://mastanlagenwiderstand.blogsport.de

www.facebook.com/
mastanlagenwiderstandbuendnis

Kontakt:
mastanlagenwiderstand@riseup.net



Boehringergegnerin für zwanzig Tage im Knast

Ein Interview mit der Betroffenen: Mo

Scarlett (Grünes Blatt): „Hallo Mo! Du warst ja für zwanzig Tage in der JVA Hildesheim. Erzähl uns doch bitte mal, wieso."

Mo: „Die Firma Boehringer Ingelheim hat vor einigen Jahren beschlossen, in Hannover ein sogenanntes Tierimpfstoffzentrum zu bauen, um dort Impfstoffe für die Massentierhaltung, besonders für die Schweinemast zu entwickeln. 2008 hat sich dagegen eine Widerstandsbewegung formiert. 2009 wurde das Baugelände von Umwelt- und Tierrechtsaktivist_innen besetzt, um gegen den geplanten Bau zu protestieren. Die Besetzung wurde jedoch nach sechs Wochen geräumt. Kurz danach gab es eine Wiederbesetzung des Geländes, die nur einen Tag dauerte. Allerdings hat Boehringer Ingelheim Anzeige wegen Hausfriedensbruchs gegen die Aktivist_innen erstattet. Ich war eine dieser Aktivist_innen und wurde im Februar 2012 zu 25 Tagessätzen verurteilt. Ich habe mich dazu entschieden, dieses Geld nicht zu bezahlen, weil ich dem Staat kein Geld geben will, da dieser Einrichtungen wie das Tierversuchslabor der Firma Boehringer Ingelheim mit Subventionen und Fördergeldern unterstützt. Deswegen habe mich entschieden, die Strafe im Knast abzusitzen.



Solikundgebung zum Haftantritt in Hannover. Quelle: privat.

Scarlett (Grünes Blatt): „Und wie sah dort im Knast dein Alltag aus?"

Mo: „Der Alltag dort war ziemlich durchstrukturiert. Ich war im geschlossenen Vollzug, das heißt ich hatte keine Ausgänge und wurde immer wieder in die Zelle eingeschlossen. Es fing dann unter der Woche damit an, dass um sechs Uhr Wecken war und dann eine Stunde Aufschluss, das heißt ich konnte mich auf dem Flur bewegen und konnte duschen gehen oder meine Wasserflasche auffüllen, ich konnte mit anderen Gefangenen reden und wurde dann nach einer Stunde um sieben Uhr wieder bis 11.30 Uhr eingesperrt. Um 11.30 Uhr war immer Frühstück-, Mittagsessen- und Abendessenausgabe. Wir haben immer alles zusammen bekommen. Während des Mittagessens war ebenfalls Aufschluss. Nachmittags war noch mal zwei Stunden Einschluss und ab 14.30 Uhr war dann die Zelle offen. Mensch konnte sich wieder auf dem Flur bewegen und es gab verschiedene Nachmittagsveranstaltungen, wo mensch hingehen konnte. Das waren unter anderen eine Bastelstunde oder eine Gesprächsrunde oder eine Bibelstunde, wo mensch auch andere Gefangene treffen konnte. Ab 19:00 Uhr war Einschluss für die ganze Nacht."

Scarlett (Grünes Blatt): „Das hört sich ja nicht so schön an. Und hast du dich irgendwie auf deinen Knastaufenthalt vorbereitet?"

Mo: „Ich habe verschiedene Texte zu Knast gelesen. Es gibt da ja verschiedene Publikationen, wie zum Beispiel „Nachrichten aus dem Strafvollzug", wo Gefangene von ihrem Alltag aus dem Knast berichten. Das hab ich gelesen, um schon mal eine Vorstellung zu bekommen, wie es da ungefähr abläuft. Dann hab ich mit Menschen gesprochen, die schon selber im Knast waren, die mir von ihren Erfahrungen berichtet haben. Ich habe mir natürlich selber auch viele Gedanken gemacht, mir vorgestellt, wie es da drin wohl sein könnte, hab überlegt was ich alles mitnehmen könnte und mir eine Liste gemacht und gepackt. Ich hab vorher viel Zeit mit Freund_innen verbracht, um mich auch mental noch so ein bisschen drauf vorzubereiten und mit anderen drüber reden zu können.

Scarlett (Grünes Blatt): „Und hast du im Knast viel Unterstützung von außen erfahren?"

Mo: „Ja, schon. Ich hab vor allem sehr, sehr viel Post bekommen. Ganz viel Post auch von Menschen, die ich gar nicht kenne, die das über die Medien oder übers Internet erfahren haben; ganz viele Leute haben das über Facebook mitgekriegt. Die mir geschrieben haben, dass sie mir Kraft wünschen, dass sie in Gedanken bei mir sind, was ich ziemlich, ziemlich super fand. Es ist einfach total schön zu wissen, dass draußen Menschen sind, die an einen denken. Das gibt einem unheimlich viel Kraft.

Scarlett (Grünes Blatt): „Und was würdest du generell Menschen raten, die Gefangene unterstützen möchten?"

Mo: „Vor allem ist wichtig, dass man keine Angst hat, etwas Falsches zu schreiben. Es gibt eigentlich kaum was Falsches, was man schreiben kann, und die meisten Menschen, die im Knast sitzen, freuen sich einfach über Post. Es ist eine Abwechslung von diesem öden Alltag. Mensch bekommt etwas von draußen mit. Schön ist natürlich immer, dass man an die Person denkt, dass man dieser Person viel Kraft wünscht, dass man ihr viel Glück wünscht. Dann kann mensch erzählen, was man gerade so macht, was gerade draußen in der Welt abläuft. Im Knast gibt es wenig Möglichkeiten, sich über das Geschehen in der Welt zu informieren. Da ist es gut, wenn Menschen von draußen einem darüber schreiben. Mensch kann natürlich auch von Internetseiten Texte ausdrucken oder Buchseiten kopieren und die reinschicken, damit die Leute was zu lesen haben. In der JVA Hildesheim war es zum Beispiel so, dass man keine Bücher mitnehmen durfte, sondern sich nur welche aus der Knastbücherei ausleihen durfte. Da ist es schön Texte zu bekommen, die etwas abseits von Frauenromen und Kriminalromanen sind.

Scarlett (Grünes Blatt): „Ja, das kann man sich gut vorstellen. Wie ging es denn deinen Mitgefangenen dort im Knast?"

Mo: „ Das ist etwas schwierig zu sagen, weil das ganz unterschiedliche Menschen waren, die wegen ganz unterschiedlicher Sachen dort im Knast waren. Ganz viele mussten Tagessätze absitzen, weil sie nicht bezahlen konnten. Diese Menschen haben dann meist auch nur eine ‚kurze' Strafe abgesessen, so zwischen zehn und sechzig / siebzig Tagen. Es waren aber auch einige da, die eine längere Haftstrafe bis zu zehn Jahren abgesessen haben. Viele waren auch schon mehrfach im Gefängnis, für die war das schon so ein bisschen Alltag, weil sie die Hälfte ihres Lebens im Knast verbracht haben und gar nichts anderes draußen kannten. Für viele war es eine schwierige Zeit. Viele meiner Mitgefangenen hatten Familie und waren durch die Haftstrafen von dieser getrennt. Einige haben ihre Kinder und / oder Partner schon seit Jahren nicht mehr gesehen. Das war für viele die größte Belastung."

Scarlett (Grünes Blatt): „Nun bezieht sich ja deine Kritik nicht nur gegen den Konzern Boehringer Ingelheim, sondern deine Kritik ist ja eine umfassendere Gesellschaftskritik. Zum Beispiel hast du in unserem Vorgespräch gesagt, dass du den Knast an sich kritisierst. Kannst du das noch ein bisschen weiter erläutern für uns?"

Mo: „Ja, ich denke, dass es kein Mittel ist Menschen einzusperren, wenn sie irgendwas falsch gemacht haben. Wobei die meisten in meinen Augen von sich aus nichts falsch gemacht haben. Viele waren wegen Eigentumsdelikten im Knast, also wegen Diebstahl, meistens Waren von geringem Wert, alltäglichen Gebrauchsgegenständen, die sie geklaut haben oder wegen Betrug oder wegen Drogenkonsum. Die meisten dieser Delikte wurden von den Betroffenen aus einer materiellen Not heraus begangen. Das heißt diese Menschen haben einfach kein Geld und keinen gesellschaftlich anerkannten Status, das heißt sie haben kaum eine andere Möglichkeit, als zu stehlen oder zu betrügen, und es ist überhaupt kein Mittel, diese Menschen dann zu bestrafen. Auch bei Menschen, die Verbrechen begangen haben, ist es kein Mittel, diese einfach weg zu sperren, weil das an deren Situation nichts ändert und sie werden danach keine besseren Menschen werden, wenn sie einfach ein paar Jahre eingesperrt werden, sondern denen wird es danach noch viel beschissener gehen, sie haben noch weniger Perspektiven im Leben und werden dadurch dann noch eher straffällig, wie es im gesellschaftlichen Kontext heißt. Es ist notwendig auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse hinzuarbeiten. Hin zu einer solidarischen Gesellschaft, wo es allen Menschen möglich ist, nach ihren Wünschen und Vorstellungen zu leben.



Solikundgebung zum Haftantritt in Hannover. Quelle: privat.

Scarlett (Grünes Blatt): „Vielen Dank für das Interview!"

Eindrücke vom Knastalltag

Die folgenden Tagebucheinträge sind während meiner 20 tägigen Haft entstanden und geben einen kleinen Einblick in die Welt hinter den Mauern. Dies ist keine Kritik am Knastsystem, sondern lediglich ein Sammlung subjektiver Eindrücke.

4.1.2013, Tag 1, Freitag:
Nachdem ich mich vor dem Knast von allen verabschiedet habe, drücke ich gegen 17 Uhr den Knopf der Gegensprechanlage am Eingang der JVA Hildesheim. Nachdem eine gefühlte Ewigkeit nur ein sich regelmäßig wiederholendes Tuten erklingt, meldet sich endlich eine weibliche Stimme.



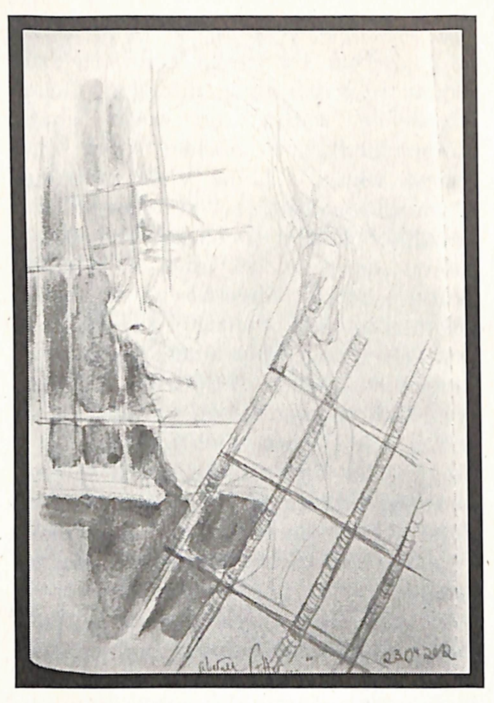
„Hallo, wie kann ich Ihnen helfen?". „Hallo, ich soll hier eingesperrt werden!", entgegne ich. „Ok, ich komme.", kommt es von der Stimme erfreut zurück.
Dann tut sich 10 min gar nichts. Meine Nervosität steigt mit jeder Minute, in der nichts passiert.
Fragen, wie: „Soll ich da wirklich rein? Ist es nicht doch sinnvoller zu bezahlen? Was erwartet dich da drin?", schießen mir durch den Kopf.
Dann summt die Tür und ich kann rein. Alleine laufe ich den Weg bis zur Eingangstür, wo ich von der zuvor gehörten Stimme begrüßt werde, diesmal auch mit Körper. Sie will von mir meine Ladung und den Personalausweis sehen, bevor sie mich reinlässt. Wieder muss ich 10 min warten, bis die Frau meine Personalien überprüft hat und sich sicher ist, dass sie keine falsche einsperrt. Dann erst macht sie die Tür auf und ich kann reingehen.
Ich laufe ihr hinterher durch ein Gängegewirr. Fast alles ist aus Metall. Und überall Gitter- oder Glastüren, die jedes mal auf- und zugeschlossen werden müssen. An den Wänden hängen in rot gehaltene Gemälde von, so vermute ich, Frauen im expressionistischen Stil. Die sollen wohl irgendwie die weibliche Sexualität darstellen oder unmissverständlich allen klarmachen, dass das hier ein Frauenknast ist.
Nachdem wir durch 5 Gänge und mindestens 10 Glastüren gelaufen sind, stößt eine zweite Frau zu uns (ebenfalls Knastangestellte). Ich soll meine Sachen abgeben, mich ausziehen und Anstaltskleidung anziehen. Die Klamotten. Die ich anhabe kommen in einen großen gelben Sack. Sie werden am Montag auf Drogen durchsucht und dann bekomme ich sie (hoffentlich) wieder.

Stattdessen habe ich jetzt Anstaltsklamotten. Einen übergroßen grauen Jogginganzug, der trotz seines scheußlichen Aussehens erstaunlich bequem ist. Dazu gibt es eine weiße Unterhose, ein Unterhemd mit Spitze, weil alle Frauen das ja gerne tragen und ein paar graue Sportsocken. Außerdem bekomme ich ein paar blaue Plastikschlappen für die Dusche. Da am Wochenende Hofgang ist, darf ich immerhin meine Schuhe mitnehmen. Auch ein Buch fürs Wochenende wird mir gewährt. Ich entscheide mich für ***„Er ist wieder da“.*** Stifte und Papier darf ich allerdings nicht mitnehmen. Meine Klamotten, der Rucksack und die Büchertasche kommen zur Verwahrung in die Kammer. Ich werde sie am Montag ausgehändigt bekommen, nachdem die Kammerangestellte sie auf verbotene Gegenstände und Drogen durchsucht hat. Jetzt ist die Kammerangestellte allerdings schon im Wochenende. Ok, nie wieder an einem Freitagabend in den Knast, notiere ich mir im Kopf. Jetzt muss ich 3 Tage lang in einem grauen Jogginganzug, der viel zu dünn ist, herumlaufen, hab nur ein Buch zum lesen und weder Stift noch Papier zum schreiben.

Dann geht es in die Zelle. Vor dem Moment hatte ich am meisten Schiss. Wieso kann ich gar nicht genau sagen. Vielleicht, weil ich mir die Zelle als das schlimmste vorgestellt habe. Der Knast hier ist in Stationen aufgeteilt, auf denen jeweils die Gefangenen ***„zusammenleben“.*** Ich bin auf Station 1. Die liegt im Erdgeschoss. Die Station besteht aus insgesamt 5 Zellen, von denen mit mir jetzt 4 belegt sind. Dann gibt es auf der Station noch eine Küche, eine Fernsehecke, ein Büro für die Kerkermeister_innen1, einen Duschraum , eine Waschmaschine und einen Trockner und ein Seelsorger_innenbüro[2].



Auf meiner Station sind noch 3 weitere Gefangene. Meine Zelle ist die Nummer 57. Sie ist etwa 6 qm^2 groß und gelb gestrichen3. Es gibt ein Bett mit einer 10 cm dicken Schaumstoffmatratze, die scheiße unbequem ist. Außerdem gibt es einen Kleiderschrank, einen Stuhl, ein Regal und einen Fernseher. Zudem habe ich noch Geschirr, Besteck, einen Wasserkocher, Hygieneartikel, Handtücher und Bettwäsche bekommen.
Ich hab nicht besonders viel Zeit, um mich an die Zelle zu gewöhnen, da ich direkt wieder ins Büro der Kerkermeisterin gerufen werde. Sie will mit mir noch ein Eingangsgespräch führen. Am Ende des Gesprächs drückt sie mir eine Postkarte in die Hand, die bereits für mich gekommen ist. Als ich mit der Karte gehen will, hält sie mich zurück. Postkarten dürfen nicht mit in die Zelle genommen werden, da die Gefahr besteht, dass die Postkarten in Drogen getaucht worden sind. ***„Man kann es auch übertreiben!“***, denke ich mir und sage es ihr auch, bleibe dann aber doch im Büro, um die Postkarte dort zu lesen. Außerdem bekomme ich noch ein Willkommenspaket, für das ich 5,30€ von meinem mitgebrachten Geld zahlen muss. Darin sind ein Glas löslicher Kaffee, zwei Briefmarken, ein Kugelschreiber und, da ich angegeben habe, dass ich nicht rauche, zwei Tafeln nicht vegane Schokolade. Als das Empfangsgespräch und ähnliches Gedöns abgeschlossen ist, ist es 17.45 Uhr. Bis 19 Uhr ist noch Aufschluss, dass heißt, dass alle Zellen offen sind und mensch sich auf der eigenen Station bewegen kann. Ich steh erst eine Weile unschlüssig vor meiner Zelle herum, bis Beate mich entdeckt. Sie zeigt mir die Station und stellt mir meine anderen beiden mitgefangenen vor. Als um 19 Uhr Einschluss ist, bin ich froh ein bisschen Zeit für mich alleine zu haben, fange aber schon nach 1 Stunde an mich zu langweilen. Ich lese ein wenig, traue mich aber auch nicht zu lange, da ich für das Wochenende nur dieses eine Buch habe. Da ich fürs Schreiben zu sehr Kopfschmerzen habe, beschließe ich Fern zu sehen. Nachdem ich mich eine Stunde durch die Programme gezappt habe und nur



Schwachsinn gefunden habe (besonders bezeichnend ist, dass der Fernseher 2 x RTL, Sat 1, Pro 7, Kabel 1, Viva, Vox, Sixx und Ard empfängt, aber weder ZDF, noch NDR, noch irgendein Nachrichtensender), schalte ich den Fernseher wieder aus und gehe schlafen.

8.1.13, Tag 5, Dienstag:

Der 5. Tag! Ein Viertel meiner Haftzeit ist schon vorüber. Die Tage unter der Woche ähneln sich jeden Tag. Morgens ist um 6 Uhr wecken und Aufschluss bis 7 Uhr. Um 7 Uhr werden alle die, die keine Arbeit haben wieder eingeschlossen. Um 11.30 Uhr ist dann wieder Aufschluss und Mittag- und Abendessensausgabe und es ist Aufschluss bis 12.30 Uhr. Dann ist bis 14.30 Uhr wieder Einschluss und der Nachmittag ist bis 19 Uhr offen. Um 19 Uhr ist Nachteinschluss und die Zellen sind bis zum nächsten Morgen zu. Das einzige Highlight ist die Ausgabe der Post jeden Tag. Heute bekomme ich 6 Postkarten, die meisten davon von Menschen, die ich nicht kenne. Ich freue mich total und lese die Postkarten gleich mehrmals hintereinander. Leider darf ich die Postkarten nur kurz mit in meine Zellen nehmen und muss sie dann wieder abgeben. Ich steig nicht so ganz durch die Regelungen hier durch. Gestern durfte ich die Postkarten behalten, heute nicht. Mal sehen was morgen ist...
Den Vormittag hab ich heute schlafend verbracht. Ich bin nur um 6 Uhr kurz aufgestanden, um meine Wasserflasche aufzufüllen. Das Mittagessen heute besteht aus Kartoffeln und Bratlingen, also das gleiche wie gestern. Veganes Essen bekom-

men die hier nicht so gut auf die Reihe, wie ich anfangs dachte. Seit Sonntag hab ich auch keine Aufstriche mehr bekommen. Dadurch esse ich relativ wenig und hab fast immer Hunger. Gewöhnt mensch sich aber auch dran. Während des Einschluss nach dem Mittagessen fällt mir das erste Mal richtig auf, dass in diesem Knast alles so konzipiert ist, dass mensch nirgendwo richtig nach draußen gucken kann. In den Gemeinschaftsräumen gibt es keine Fenster und wenn es doch Fenster gibt, sind diese aus Milch- oder Buntglas, wie die Fenster im Gottesdienstraum. Die Fenster in den Zellen sind zwar durchsichtig, so dass mensch durchschauen kann, aber die Fenster sind in einer solchen Höhe angebracht, dass mensch auf dem Fußboden stehend nur den Himmel mit den weißen Gittern davor sehen kann. Selbst wenn ich mich auf das Bett stelle, kann ich nur den Himmel sehen, der seitdem ich hier bin immer grau und verregnet ist. Um aus dem Fenster sehen zu können, muss ich auf das Regal, was am Fußende des Bettes befestigt ist, klettern und mich am Fenstergriff festhalten. Der Aufwand lohnt sich allerdings nicht für die Aussicht, die ich dann habe. Ich kann von meinem Fenster aus in den Innenhof und auf das Verwaltungsgebäude gucken, die auch alle grau sind. Mensch hat von hier drin keine Möglichkeit auf Blicke, geschweige denn Kontakt mit der Außenwelt. Selbst wenn mensch im Hof zu Freistunde ist, sind rund um den Hof hohe Mauern mit Stacheldraht, die jeden Blick nach draußen verhindern. Ich frage mich, wie es in den Zellen im zweiten oder dritten Stock ist, ob die die Möglichkeit haben über die Mauer zu gucken oder ob die dann Milchglas in den Fenstern haben. Heute hat die Bibliothek geöffnet. Endlich wieder lesen! Die Bücherei hat zweimal die Woche jeweils eine Stunde geöffnet. Dienstags für Gefangene der Strafhaft und Donnerstags für Gefangene der U- Haft. Die Bücherei ist eine kleiner Raum, ca. 6 qm² groß, mit etwa 200 Büchern. Wie ich befürchtet habe gibt es fast nur Liebesromane und Krimis. Außerdem ein paar unkommentierte Gesetzbücher, Koch- und Strickbücher und, was ich völlig absurd finde, mehrere Diätbücher und ein Buch ***„Wie werde ich schön in 6 Wochen- speziell für die Frau“***. Eine Mitgefangene neben mir hat beim Anblick des Buches wohl denselben Gedanken wie ich und schüttelt fassungslos den Kopf. Nachdem ich eine halbe Stunde die Bücherregale auf und ab getigert bin und nichts gefunden habe, was ich gerne lesen würde, entscheide ich mich für zwei Krimis. Zwei Wochen habe ich Zeit zum lesen, danach muss ich die Bücher zurückbringen. Als ich abends vorm einschlafen bereits eins der Bücher zur Hälfte durchgelesen habe, bereue ich, dass ich mir nur 2 Bücher ausgeliehen habe. Immerhin muss ich bis nächsten Dienstag die Zeit damit totschlagen. Obwohl es draußen regnet, gehe ich auf Charlottes Drängen mit in die Freistunde. Wir müssen uns alle in einer Reihe aufstellen und einzeln durch einen Metalldetektor laufen. Wenn das Gerät piepst (was praktisch immer der Fall ist) wird mensch noch einmal von einer Kerkermeisterin abgetastet. Heute müssen wir im Gegensatz zu Sonntag auf den anderen Innenhof. Dieser ist von der Optik zwar schicker gestaltet (es gibt mehrere Blumen- und Kräuterbeete, eine Rasenfläche, ein auf die Steine gepinseltes Mensch- ärgerdich nicht- Spielfeld, eine Sitzecke und mehrere merkwürdig aussehende bunte Statuen) aberdafür noch kleiner, als der andere Innenhof. Auf diesem Hof kann mensch nicht mal im Kreis laufen, sondern immer nur hin und her zwischen den Beeten und der Rasenfläche (Das betreten der Rasenfläche ist natürlich verboten). Auch hier ist alles von hohen Mauern, Stacheldraht und Gittern umgeben. In jeder Ecke hängt eine unübersehbare Überwachungskamera, um uns immer daran zu erinnern, dass jede falsche Bewegung zwecklos ist. Ich stehe mit Charlotte und ein paar anderen, deren Namen ich nicht kenne, auf dem Hof herum. Es ist ziemlich kalt und nass und bereits nach 5 Minuten bereue ich es in die Freistunde gegangen zu sein. Am liebsten würde ich wieder reingehen, aber wenn mensch erst einmal draußen ist, darf mensch auch erst nach Ablauf der 60 Minuten wieder rein, egal welches Wetter ist und welche Gründe mensch hat.



1 Die Justizangestellten hab ich in diesem tagebuch Kerkermeister_innen genannt, um eine negativassoziation mit ihenen hervorzurufen und ihre eigentliche Funktion (das einsperren und unterdrücken der Gefangenen) hervorzuheben.

2 In diesem Büro hat die Pastorin der Anstalt gearbeitet

3 Mit der Zeit stelle ich fest, dass alle Zellen in der JVA Hildesheim gelb gestrichen sind. Durch Gespräche mit Gefangenen, die schon in anderen Gefängnissen waren und, nachdem ich wieder draußen bin, mit Freund_innen, die auch schon im Knast waren, erfahre ich, dass in den meisten Knästen die Zellen gelb gestrichen sind. Vermutlich soll so positiver Einfluss auf die Stimmung der Gefangenen genommen werden, da gelb häufig als warme und freundliche Farbe wahrgenommen wird. Bei mir bewirkt die gelbe Farbe allerdings das Gegenteil. Ich find die Farbe hässlich und es hält mir jeden Tag vor augen, dass ich nicht die Sonne, den Himmel und die ganze Aussenwelt sehen kann, wenn mir danach ist. Das deprimiert mich eher, als das es mich aufheitert.

Die Zeichnungen sind Werke der Künstlerin Alissa Weidenfeld

Mehr Hintergrunfinformationen zu Mos Knastaufenthalt: boehringerbesetzung.blogsport.de

Infoportal über Menschen die sich gerade in Haft befinden: weggesperrt.blogsport.eu

Für eine Welt ohne Knast und Strafe www.projektwerkstatt.de/antirepression/knast.html

Aus Wietze wird Wietzen

Im Juni 2012 hat die Firma Wiesenhof bekannt gegeben, dass sie ihren Schlachthof in Wietzen-Holte abreißen und in doppelter Größe neu bauen will.

Den Schlachthof in Wietzen-Holte gibt es seit 40 Jahren. Heinrich Dröge, Vorstand der PHW-Gruppe (Wiesenhof) beschreibt auf dem Erörterungstermin zum Neubau des Schlachthofs am 27.11.2012 mit blumigen Worten die Verankerung des Schlachthofs in der Region:

„Die Geflügelschlachterei Wiesenhof-Holte, ehemals Wiesenhof, inzwischen nennt sie sich Nienburger Geflügelspezialitäten, besteht seit vielen, vielen Jahren an dem Standort an der Staffhorster Straße, die inzwischen auch Schulstraße heißt. Der Betrieb ist nach meiner Ansicht ein fester Bestandteil in der Region, er ist fest verwurzelt, ganz viele Familien in der näheren Umgebung haben eine Beziehung zu diesem Betrieb. Der Betrieb hat seit vielen, vielen Jahren dort sein Geschäft gemacht und ich denke, diejenigen, die dort in der Nähe wohnen, wissen auch, wie der Betrieb arbeitet und können den Betrieb sehr gut beurteilen. Und ich denke auch, dass das Vertrauen, was dem Betrieb immer geschenkt worden ist, auch für die Zukunft gelten sollte“

Auch die Vorteile des Standorts für die Region und den Schlachtablauf erläuterte Heinrich Dörge in seiner Einlassung für den Erörterungstermin im November 2012:

„Was weiter wichtig ist: Wir wollen für die Region auch die Infrastruktur, die dort vor Ort ist, beispielsweise die Abwasserentsorgung, sichern und wir wollen sie auch für alle Einwohner in der Region bezahlbar belassen. Wenn wir als Wiesenhof nicht da wären, gehe ich persönlich davon aus, dass dies gravierende Nachteile für die Region hätte. Das gilt genauso für Strom, das gilt genauso für Telekommunikation...
Wenn wir noch mal ein bisschen weiter ins Detail gehen, dann können wir sehen, wie der Produktionsfluss ist. Wir haben eine Lebendtierannahme, das ist da, wo jetzt der Cursor liegt. Die Tiere werden dort automatisch abgeladen und kommen dann in eine Pufferzone. Dort werden die Tiere ca. drei Stunden klimatisiert, damit sie entsprechend gut vorbereitet für den weiteren Produktionsprozess sind. Die Tiere sollen über ein CO2-Betäubungsverfahren betäubt werden und anschließend dann geschlachtet werden. Die Container werden weiter geführt, werden gereinigt und anschließend auf den ebenfalls gereinigten Lkw wieder verladen. Die Tiere gehen dann über mehrere Stufen: Die Federn werden entfernt, die Innereienpakete werden entfernt in der Bratfertig-Abteilung. So gehen sie weiter durch den Produktionsprozess und werden danach dann auch auf eine Temperatur von unter 4 Grad abgekühlt, sodass sie dann in einem weiteren Schritt – jetzt kommen wir in die nächste Halle – entweder als ganzes Tier oder in Teilen dann verpackt werden.“

Rund 1000 Einwendungen erreichten das Gewerbeaufsichtsamt Hannover, die meisten davon von Anwohner_innen aus der Region. Zudem laufen Klagen von Anwohner_innen beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg.

Der Geschäftsführer der Schlachtfabrik in Wietzen reagierte prompt auf den Proteststurm gegen den geplanten Neubau und ließ in der Nienburger Kreiszeitung am 15.8.2012 folgendes verlauten:

„Wenn es noch mehr Ärger gibt, dann macht mein Chef in Visbek den Laden hier komplett dicht“



Die Wahrheit sieht jedoch anders aus: Täglich werden in der Schlachtfabrik in Wietzen 140.000 Tiere getötet. Der Konzern plant, mit dem Ausbau der Schlachtfabrik die Kapazität auf 250.000 getötete Tiere pro Tag zu erhöhen.

Das Leid für die Tiere und die Konsequenzen für die Umwelt lassen sich dabei sehr leicht erahnen. Obwohl Wiesenhof bisher bestreitet, neue Mastanlagen für den Schlachthof bauen zu wollen, ist selbsterklärend, dass sich die erhöhte Schlachtkapazität nicht mit den derzeit existierenden Mastanlagen decken lässt. Es müssen also zwangsläufig mehr Mastanlagen gebaut werden. Auch die Verbundenheit der Bewohner_innen in der Region, die Heinrich Dörge in seiner Rede so blumig schildert, ist nur ein Produkt seiner Fantasie:

Um auf die Aufforderung zu Protest und Widerstand des Geschäftsführers der Schlachtfabrik einzugehen, organisieren einige unabhängige Umwelt- und Tierbefreiungsaktivist_innen im Juli diesen Jahres ein einwöchiges Aktionscamp gegen die Schlachtfabrik in Wietzen und Tierfabriken im allgemeinen. Das Camp soll als Plattform für möglichst vielfältige und kreative Aktionen dienen, um langfristigen Druck gegenüber dem Konzern Wiesenhof aufzubauen und ihn zu der Schließung der Schlachtfabrik zu bewegen.

Bisher steht das genaue Datum noch nicht fest, es wird jedoch frühzeitig auf folgender Website bekannt gegeben:

www.aktionscampgegentierfabriken.blogsport.de

Go-In bei der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin gegen Air France

Das Flugunternehmen Air France-KLM agiert noch immer als wichtige Verbindung zwischen Züchter_innen von sogenannten "Versuchstieren" und der Tierversuchsindustrie. Sie transportiert als letzte europäische Airline sowohl tausende Primaten, als auch unzählige andere Tiere aus Asien und Afrika in die Tierversuchsanlagen nach Europa und Nordamerika. Aufgrund dessen entwickelte sich eine weltweit geführte Kampagne gegen Air France-KLM, um die unerträgliche Existenz solcher Transporte und das damit verursachte Leid zu beenden.

Im Rahmen dieser Kampagne entschied sich am 9. März eine Gruppe Tierbefreiungsaktivist_innen, den Messestand von SkyTeam, einer Allianz, der auch Air France-KLM angehört, zu besuchen und somit abermals den Normalbetrieb dieser Fluglinie nicht gänzlich zuzulassen. Gegen zwölf Uhr umringten sie den Stand auf der ITB in Berlin, warfen hunderte kleine Flyer durch die Messehalle und unterstrichen durch lautstarkes Rufen in verschiedenen Sprachen und das Entrollen dreier Transparente ihre Forderungen. Die überrumpelten SkyTeam-Angestellten – wohl besorgt ums Image – versuchten noch einige der unzähligen Flyer vom Boden zu sammeln, bis sie dann nach mehreren Minuten des Protests langsam zu seichten Handgreiflichkeiten gegen die Aktivist_innen übergingen. Als schließlich zu einer Rede angesetzt wurde, um die aufmerksam gewordenen Messebesucher_innen über das blutige Geschäft von Air France genauer zu informieren, wurde der_die Redner_in sofort von Seiten der Angestellten angegangen und ein Handzettel entrissen.

Doch sowohl dies als auch das versuchte Entwenden von Transparenten, diverses Gerangel und das Zerschneiden eines Transparents mit einer Schere konnte den Protest – zum Leidwesen von SkyTeam – nicht verhindern. Erst nach zirca zehn Minuten lautstarken Protests wurde dieser von heraneilendem Sicherheitspersonal unterbunden. Erfreulicherweise konnten die meisten der Aktivist_innen in den erdrückenden Menschenmengen der Tourismusbörse unerkannt entkommen. Lediglich drei Personen wurden von eingesetzten Sicherheitsleuten durch einen Notausgang gezerrt und auf einem Hof auf dem Messegelände festgehalten. Noch vor Ort wurden die drei Personen von herbeigerufenen Polizist_innen durchsucht und nach einer Personalienfeststellung vom Gelände geführt. Ihnen drohen nun Anzeigen wegen Hausfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.



Diese Aktion war nur eine von vielen Aktionen gegen den Versuchstierhandel von Air France-KLM und es bleibt abzuwarten, wie lange dieses Unternehmen noch gegen diesen immer größer werdenden, entschlossenen Widerstand standhalten will.

Weitere aktuelle Informationen zur Kampagne findet ihr unter anderem auf:
http://stopvivisection.blogsport.de



Camps, Kongresse und Aktionen

Action, Mond & Sterne - Camp
23. - 26. Mai - actionmondundsterne.blogsport.de

Aktionstag gegen die Frankfurter Fleischmesse
4.Mai - iffa.frankfurt-vegan.de

blockupy Aktionstag
31. Mai - 1. Juni - blockupy-frankfurt.org

e*camp gegen Kapitalismus und sein Geschlechterverhältnis
6. bis 11. Juni - ecamp.blogsport.de

Antifee Festival in Göttingen
7.-8. juni - antifee.de

Aktionscamp gegen Tierfabriken.
Erste Junihälfte (genauer Termin wird noch bekanntgeggeben)
antiindustryfarm.blogsport.de/

transgenisaler CSD
22. Juni: transgenisalercsd.blogsport.de
eine Woche Workshops direkt davor

Anti-Atom-Camp im Münsterland
19. bis 27. Juli - antiatomcamp.nirgendwo.info

War starts here camp in der Altmark
21. - 29. Juli - warstartsherecamp.org

Tierbefreieungskongress
31. Juli – 04. August 2013 - kongress.antispe.org/

Klima- und Energiecamp in der Lausitz
13. bis zum 21. Juli in Rohne (Lausitz) - lausitzcamp.info

relaim the power tour
vom klimacamp zum Klimacamp - reclaimpowertour.org

Klimacamp im Rheinland
23. August bis 01. September - ausgeco2hlt.de/klimacamp

reclaim the fields camp
28. August bis 08. September - reclaimthefields.org

no border camp in Berlin
August 2013 - nobordercampberlinreloaded.blogsport.eu/

antinationale Sommercamps
25.Juli - 1. August in Niedersachsen 30. August–4. September in Bayern/Baden-Württemberg
gegen-kapital-und-nation.org

Ecotopia Biketour – Thema: „Borders & Boundaries"
Sommer 2013

„Ungerechtigkeit treibt aufs Meer" - Veranstaltungswochenende am und im Hamburger Hafen
19.-21. Juli 2013

no border Camp in Rotterdam 2.-10. August

„Voices from the borders" von Rotterdam bis Ramsgate: 3.-24. August 2013,
Ostsee-Infotour von Kiel nach Greifswald: 8.-21. September 2013

Seminare und Workshops

Den Kopf entlasten - Kritik vereinfachter Welterklärungen
3. bis 5. Mai: projektwerkstatt.de/termine

Sich einmischen - Akten & Pläne studieren, mitreden & protestieren
24. bis 26. Mai: projektwerkstatt.de/termine

Theorie der Herrschaftsfreiheit:
Eine Woche in der ersten Junihälfte: projektwerkstatt.de/termine

Antiratraining in Braunschweig
21. bis 23. Mai: nandu.net

Antisexistische Bauwoche in der WAA (Düren)
7. bis 16. Juni / davon 7. bis 13. Juni F.L.T.I.: waa.blogsport.de

Die Allervorletzte...

Folgender Brief trudelte vor einiger Zeit ins grbl-Postfach...

Moin Kollegen,

hiermit kündige ich unsere Abmachung des gegenseitigen Abos. Ich habe mir zum ersten Mal die Zeit genommen, Euer Blatt (es sollte nicht "grünes" sondern "braunes Blatt" heißen) weitgehend zu lesen, und nun ist mir richtig übel - und das am Wochenende! So schön pink, wie Euer vor Amerikanismen strotzendes Heft daherkommt: habt Ihr eigentlich Angst, irgendetwas auf dieser schrecklichen, furchtbaren, fleischlichen Welt auch mal gut oder schön zu finden? Würde Euch das aus der Bahn werfen? Dinge anzusprechen, die scheiße laufen - in allen Ehren (tun wir bei "zero" auch), aber ich habe das Gefühl, Ihr wollt gar nichts ändern. Dann bestünde die Gefahr, daß es gut werden könnte. Und da sei der vegane Gott vor! Ihr seid problemverbissen, das Schlimmste, was man Euch antun könnte, wäre etwas Glück, das haltet Ihr gar nicht aus. Auf all Euren schlecht und deprimierend gestalteten Seiten spüre ich nicht die Spur irgendeiner Lebenslust – reines Minensuchgerät. Furchtbar! Schrecklich! Und vor allem: so typisch deutsch! In meiner Heimat Italien oder auch in Frankreich würdet Ihr
von den eigenen Leuten gesteinigt! Reine Lehre, ideologisch verbrettert, egozentrisch weltfremd, unentspannte Spaßbremsen und vor allem EISEKALT! Auch finde ich Euch journalistisch indiskutabel und dilettantisch, von der Rechtschreibung mal ganz abgesehen. Und es scheint, als hättet Ihr ein Problem damit, ein ansprechendes Layout zu machen. Macht das zuviel Arbeit? Oder ist das Problem, daß das Spaß machen würde? Und Spaß wäre verwerflich? Ich finde Euch eine echt vegane Zeitschrift!
Aber vielleicht am meisten nervt mich Euer Gutmenschengetue: !hr gebt vor, die Menschheit zu lieben (wollt sie sogar retten), aber Ihr liebt die Menschen (und auch Euch selbst) nicht!!! Ihr seid die, die besser sind und wissen, wo es langgeht. Zum Kotzen!!! Eine Welt, die wie das grüne, vegane, antiatomare, antisexistische und antilebenslustige Blatt wäre - ich würde mich vor den nächstbesten solarbetriebenen Zug werfen.

Mit fleischlichen Grüßen

Karl-Heinz Farni

Wem`s nicht so geht, wer`s besser machen, oder sich auch in Zukunft weiter ärgern will, möge folgenden Reißzettel abschneiden, ausfüllen und an die angegebene Adresse schicken... vielen Dank!

Ich abonniere ab sofort das "grüne blatt"!

Bitte schickt mir... O ein Exemplar (15€/4 Ausgaben) O 10 Exemplare (60€/4 Ausgaben) O __ Exemplare (___€/4 Ausgaben)

Name: ______________ Anschrift: ______________

O Geld liegt bar oder in Briefmarken bei
O Ich zahle per Bankeinzug und ermächtige Greenkids e.V.
Den obenstehenden Betrag abzubuchen von meinem Konto:
KNr.:______________ BLZ:______________

Unterschrift: ______________

grünes blatt

ausschneiden und ab an:
grünes blatt, Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg

Haushaltsauflösung am Schaugerten
Hochwertiges Zaunmaterial als Abschiedsgeschenk an alle AnwohnerInnen

Seit 2008 arbeiten wir mit bestem Wissen und Gewissen daran mit unserem Schaugarten den Menschen die vielfältigen Vorteile der Gentechnik nahe zu bringen. Dabei können wir auf beachtliche Erfolge weisen: zahllose Gruppen, von der Elite der industriellen Landwirtschaft bis hin zu Grundschulklassen, konnten wir mit Hilfe der Führungen von der Ungefährlichkeit gentechnisch veränderter Pflanzenkonstrukte quasi hautnah überzeugen. Mit Kritiken wurde dabei immer kompetent umgegangen. Höhepunkt unserer kontinuierlichen Gentechnik-Werbung war zweifelsohne das alljährliche InnoPlantaFonrm - dem sicherlich auch Sie immer wieder entgegen fieberten. Leider wurden wir in den letzten Jahren mehr und mehr von völlig überzogener und unsachlicher Kritik unabhängiger Aktivistinnen und Aktivisten begleitet. Dies gipfelte in einer Zerstörung mehrerer „Versuchs“-Felder im Jahr 2011, was unter anderem dazu führte, dass wir die vergangene Anbauperiode darauf verzichteten Interessierte mit unseren Erkenntnissen zu beglücken. Auch zogen wir es daraufhin vor, das beliebte InnoPlanaForum in Gatersleben abzuhalten. Womit Ihnen, liebe Anwohnerinnen und Anwohner, sicher etwas entgangen ist. Nach diesen unerfreulichen Erfahrungen muss darüber nachgedacht werden, ob Gentechnik in Deutschland weiterhin eine Zukunft hat. wir denken NEIN! Und möchten daher der Diskussion darüber neuen Antrieb verleihen indem wir die BioTetechFarm GmbH & Co. KG mit sofortiger Wirkung schließen. Damit Sie, liebe Anwohnerlnnen, dabei nicht ganz leer ausgehen möchten Sie anregen etwas von unserem aufgelösten Hausrat mit zu nehmen. Den Anfang macht der Abbau unseres Zauns mit der Überwachungsanlage. Schauen Sie doch einfach mal vorbei: Vielleicht benötigen Sie ja gerade ein Stück fast neuwertigen Zaun oder ein paar Bewegungsmelder.



Mit gentechnik-freundlichen Grüßen,
Dr. der Mathematik Kerstin Schmift

ISSN 1612-2186

4 192284 403809